



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

9. Sitzung

5. Wahlperiode

Donnerstag, 7. Dezember 2006, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Fragestunde

– Drucksache 5/96 –	4
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS	4
Minister Dr. Otto Ebnet	4
Birger Lüssow, NPD	4, 5
Ministerin Sigrid Keler	4, 5
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS	5
Minister Jürgen Seidel	5, 6
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS	5, 6
Stefan Köster, NPD	6
Michael Andrejewski, NPD	6, 7
Minister Dr. Till Backhaus	6, 7
Minister Erwin Sellering	7

Wahl des Bürgerbeauftragten

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU: Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg- Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes – PetBüG M-V – Drucksache 5/94 –	8
--	---

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD:

Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg- Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes – PetBüG M-V – Drucksache 5/101 –	8
B e s c h l u s s	8, 9, 50
Bernd Schubert, CDU	9

Wahl des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU: Wahl des Vorsitzenden der Enquete- Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/98 –	9
---	---

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD: Wahl des Vorsitzenden der Enquete- Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/102 –	9
--	---

Wahlvorschlag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/99 – 9	Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ – Drucksache 5/79 – 21
Wahlvorschlag der Fraktion der NPD: Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/108 – 9	Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS 21
Beschluss 9, 10, 51	Minister Erwin Sellering 22
Heinz Müller, SPD 10	Volker Schlotmann, SPD 24
Beschluss 10, 52	Marc Reinhardt, CDU 27
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS 10	Ralf Grabow, FDP 28
	Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS 28
	Udo Pastörs, NPD 29, 30
	Michael Andrejewski, NPD 30
	Beschluss 31
Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) für die vierte Amtszeit 11	Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Grüne Gentechnik – Drucksache 5/77 – 31
Unterrichtung durch die Landesregierung: Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) für die vierte Amtszeit – Drucksache 5/72 – 11	Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 31
Beschluss 11, 53	Dr. Gottfried Timm, SPD 32
	Sigrun Reese, FDP 33
	Renate Holznagel, CDU 33
	Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS 35
	Minister Dr. Till Backhaus 36
	Raimund Borrmann, NPD 38
	Beschluss 38
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Rücknahme der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung – Drucksache 5/78 – 12	Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag – Drucksache 5/80 – 38
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS 12	Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 5/107 – 38
Heike Polzin, SPD 13	Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS 39
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 14, 16	Dr. Norbert Nieszery, SPD 40
Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS 16	Gino Leonhard, FDP 40
Mathias Löttge, CDU 17	Jörg Vierkant, CDU 40
Michael Roolf, FDP 18	Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS 41
Stefan Köster, NPD 19	Michael Andrejewski, NPD 42
Ministerin Sigrid Keler 20	Beschluss 42
Beschluss 21	

Antrag der Fraktion der NPD:

**Absage des G8-Gipfels in
Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 5/60 –	43
Udo Pastörs, NPD	43
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	44
Michael Andrejewski, NPD	45
B e s c h l u s s	45

Antrag der Fraktion der NPD:

**Freistellung der Kommunen und Kreise von
Kosten im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel**

– Drucksache 5/68 –	45
Birger Lüssow, NPD	45
Raimund Borrmann, NPD	47
B e s c h l u s s	47

Antrag der Fraktion der NPD:

**Absage der Ausrichtung des G8-Gipfels
gegenüber der Bundesregierung**

– Drucksache 5/69 –	47
Michael Andrejewski, NPD	47
B e s c h l u s s	49

Nächste Sitzung

Donnerstag, 7. Dezember 2006	49
------------------------------------	----

Beginn: 9.08 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 9. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Vonseiten der Fraktion der Linkspartei.PDS ist eine Dringlichkeitssitzung des Ältestenrates beantragt worden. Ich unterbreche daher die Sitzung für 15 Minuten. Wir werden unsere Beratungen dann fortsetzen. Der Ältestenrat trifft sich im Ältestenratsszimmer.

Unterbrechung: 9.09 Uhr

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

Wiederbeginn: 9.49 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8: Fragestunde**. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/96 vor.

**Fragestunde
– Drucksache 5/96 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Frau Birgit Schwebs, Fraktion der Linkspartei.PDS, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:

Nach Artikel 143c Grundgesetz stehen ab dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2019 den Ländern für den durch die Abschaffung der Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden bedingten Wegfall der Finanzierungsanteile des Bundes jährliche Beträge aus dem Haushalt des Bundes zu. Diese Mittel sind bis 2013 zweckgebunden. Zum 31. Dezember 2006 tritt das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden außer Kraft.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Auf welcher Grundlage will die Landesregierung ab dem 1. Januar 2007 Leistungen bzw. Zuwendungen an Kommunen und die Träger des ÖPNV vergeben?

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Abgeordnete, die gesetzliche Grundlage des Bundes wurde geschaffen durch das Föderalismusreformbegleitgesetz vom 5. September 2006, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt am 11. September 2006. Hier ist relevant der Artikel 13, das Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen. Hier wiederum ist entscheidend der Paragraph 3, Finanzierung beendeter Finanzhilfen. Da wird der Betrag festgelegt, der anstelle des alten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes nun an die Länder überwiesen wird, nämlich 1.335.500.000 Euro pro Jahr bis 2013. Relevant ist auch der Paragraph 4, die Aufteilung. Danach entfallen auf Mecklenburg-Vorpommern 2,617488 Prozent dieser Summe. Das sind knapp 35 Millionen Euro. Weiterhin ist relevant der Paragraph 5, die Zweckbindung.

Da ist in Absatz 3 festgelegt, dass diese Beträge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden einzusetzen sind.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Zweite Frage:

2. Beabsichtigt die Landesregierung, ähnlich wie zum Beispiel Schleswig-Holstein, einen eigenen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in den Landtag einzubringen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Wir sind hier noch in der Prüfung, ob ein solcher Gesetzentwurf sinnvoll ist. Zwei Länder haben ein solches Gesetz bereits gemacht, Bayern und Schleswig-Holstein; Schleswig-Holstein vor allem deshalb, weil der bisherige Katalog der Fördermöglichkeiten an dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz deutlich ausgeweitet werden sollte und ausgeweitet wurde. Bayern ist sehr restriktiv dabei vorgegangen. Hier gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wir wollen zuerst mit den Kommunen, die die Empfänger und die Verwen- der dieser Mittel sind, diskutieren, ob der bisherige Förderungskatalog des GVFG beibehalten oder erweitert werden sollte. Je nach Ausgang dieser Diskussion ist dann ein Gesetzentwurf notwendig, wenn man abweichen will von dem, was bisher gemacht worden ist, oder er ist nicht notwendig. Ich vermute, dass es Änderungs- wünsche der Kommunen geben wird. Wenn das der Fall ist, dann werden wir nächstes Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Darf ich eine Zusatzfrage stellen? (Zustimmung)

Herr Minister, wie wird die Landesregierung in diesen Gesprächen gewährleisten, dass die Bestimmungen des Gleichstellungsgesetzes zur Barrierefreiheit auch beim Straßen- und Wegebau berücksichtigt werden?

Minister Dr. Otto Ebnet: Ich muss gestehen, dass wir den Themenkatalog bisher noch nicht so vollständig haben, dass wir sagen können, auch dieser Aspekt ist jetzt berücksichtigt. Wir sind dabei zu prüfen, zu erarbeiten, und dann werden die einzelnen Gesichtspunkte eingehen. Es ist anzunehmen, dass die Kommunen von sich aus genau dieses Thema ansprechen und dass sie möglicherweise hier Wünsche äußern.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich der Finanzministerin. Ich bitte den Abgeordneten Birger Lüssow von der Fraktion der NPD, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Birger Lüssow, NPD:

Laut Medienberichten wird im Zusammenhang mit Subventionsbetrug gegen den Sassnitzer Bürgermeister ermittelt.

Frage:

3. Welche Ministerien sind in welchem Maße über das Geschehene in welchem Umfang informiert gewesen?

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter! Das Finanzministerium hat seit Anfang 2006 Kenntnis von Ermittlungen der Steuerfahndung gegen den ehemaligen Bauamtsleiter der Stadt Sassnitz, Herrn Wolfgang Riede, im Zusammenhang mit Subventionsbetrug. Das Innenmi-

nisterium, das Finanzministerium sowie das Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung haben ein Amtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft Rostock erhalten. Die Ministerien sind an einer schnellen Aufklärung der Vorgänge interessiert und werden die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch eine Aushändigung der erbetenen Verwaltungsvorgänge unterstützen.

Birger Lüssow, NPD:

4. Welche Weisungen wurden aus den betroffenen Ministerien erteilt?

Ministerin Sigrid Keler: Nach Bekanntwerden des laufenden Ermittlungsverfahrens hat das Finanzministerium die Finanzämter über die Erteilung unrichtiger Bescheinigungen der Stadt Sassnitz informiert. Auf der Grundlage einer maschinell erstellten Liste wurden die betroffenen Finanzämter angewiesen, einschlägige Anträge auf Investitionszulage, denen eine Bescheinigung des Bauamtsleiters Riede zugrunde liegt, zu ermitteln und zur Koordinierung weiterer gegebenenfalls erforderlicher Maßnahmen an das Finanzministerium zu berichten. Die erstellten Listen wurden zudem der Ermittlungsbehörde übergeben, um mögliche fehlerhafte Investitionszulagegewährungen außerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern überprüfen zu können. Die Überprüfung in den drei infrage kommenden Finanzämtern des Landes ergab keine Hinweise auf eine unzulässige Auszahlung von Investitionszulagen. Das damalige Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung sowie das Innenministerium haben der Stadt Sassnitz keine Einzelweisungen zum Bescheinigungsverfahren nach dem Investitionszulagegesetz erteilt. Das damalige Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung hat lediglich allgemeine Hinweise zum Bescheinigungsverfahren für Zwecke der Investitionszulage herausgegeben. Diese stehen nicht im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen.

Birger Lüssow, NPD: Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Ministerin Sigrid Keler: Ja.

Birger Lüssow, NPD: Die Ermittlungen laufen, wie Sie auch gerade sagten. Wenn sich jetzt der Verdacht erhärtet oder sich das alles bestätigen sollte, was passiert mit den Verantwortlichen, die davon Kenntnis hatten?

Ministerin Sigrid Keler: In die laufenden Verhandlungen werden wir nicht eingreifen, das ist selbstverständlich, und nach Vorliegen der Ergebnisse werden wir dann entscheiden.

Birger Lüssow, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus. Zunächst bitte ich die Abgeordnete Frau Barbara Borchardt, Fraktion der Linkspartei.PDS, die **Fragen 5 und 6** zu stellen.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

In Kenntnis der Versendung einer Mittel-in-Aussicht-Stellung an die Landkreise und kreisfreien Städte durch die Landesregierung im Oktober 2006 frage ich die Landesregierung:

5. Als wie verbindlich für die Landkreise und kreisfreien Städte betrachtet die Landesregierung diese Mittel-in-Aussicht-Stellung?

Minister Jürgen Seidel: Ja, sehr verehrte Frau Borchardt, die In-Aussicht-Stellung der Mittel der Landes-

initiative „Jugend, Schule, Sozialarbeit 2007“ ist aus der Sicht der Landesregierung verbindlich. In Abstimmung zwischen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus und dem Sozialministerium werden gegenwärtig die Zuwendungsbescheide in Höhe von 10,75 Euro mit der Zahl der 10- bis 26-jährigen Einwohner multipliziert für die 50-prozentige Mitfinanzierung der Personalkosten von Jugendsozialarbeitern und in Höhe von 10,75 Euro multipliziert mit der Zahl der 10- bis 26-jährigen Einwohner für die 50-prozentige Mitfinanzierung der Personalkosten von Schulsozialarbeitern und an die örtlichen Träger der Jugendhilfe versandt.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

6. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Jugendsozialarbeit im Rahmen der Fortführung der Landesinitiative bei?

Minister Jürgen Seidel: Wir gehen zunächst davon aus, dass die Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit gemäß der Paragraphen 11, 13 und 74 SGB VIII in erster Linie eine Aufgabe der zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und der jeweiligen Gemeinden ist. Im Rahmen der Landesinitiative „Jugend- und Schulsozialarbeit“ sollen die Träger der freien Jugendhilfe und Jugendämter aber dazu ermuntert werden, ab 2008 die Förderung der Schulsozialarbeiter und der Jugendsozialarbeit in gleicher Höhe umzusetzen.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Bedeutet das ...

Entschuldigung, darf ich eine Nachfrage stellen?

Minister Jürgen Seidel: Ja.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Bedeutet das, dass die Landesinitiative fortgeführt wird, oder wird die Aufgabe an die Kommunen restlos übertragen?

Minister Jürgen Seidel: Nein. Wir führen die Landesinitiative im genannten Umfang fort und, wie gesagt, unterstreichen damit die Bedeutung auch dieser inhaltlichen Zielstellung.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Danke.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Torsten Koplín, Fraktion der Linkspartei.PDS, die **Fragen 7 und 8** zu stellen.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Meine erste Frage lautet:

7. Welchen Standpunkt vertritt die Landesregierung hinsichtlich der Bezugsdauer des ALG I entsprechend der Einzahldauer der Beiträge?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter Koplín, es ist auch für mich ein sicherlich aus dem Gerechtigkeitsempfinden heraus durchaus verständlicher sozialpolitischer Ansatz, den Bezug von Arbeitslosengeld I für Arbeitnehmer, die langjährig sozialversicherungspflichtig beschäftigt und dann arbeitslos waren, zu verlängern. Jetzt gibt es sogar noch einen neuen Vorschlag der Gewerkschaften, die das auf das Alter beziehen. Auch das kann ich natürlich gut nachvollziehen, weil wir alle wissen, dass ältere Arbeitslose schwerer vermittelbar sind. Allerdings ist hierbei zu klären, wie dann eine Finanzierung des längeren Bezuges erfolgen soll. Dabei ist zu beachten – und das ist die Verabredung –, dass eine Finanzierung ausschließlich aus Versicherungsleistungen

erfolgt, was dann zur Folge hätte, dass an anderer Stelle gespart werden müsste. Insofern sind dabei natürlich ganz besonders auch die Erwerbsbiografien der Arbeitnehmer in den neuen Ländern zu beachten.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Daran knüpft dann meine zweite Frage an:

8. Inwiefern sieht die Landesregierung eigenen Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten, um auf Bundesebene für eine sozial gerechte Ausfinanzierung des ALG I initiativ zu werden?

Minister Jürgen Seidel: Wie Sie schon sagten, laufen die Diskussionen auf der Bundesebene. Es gibt dazu auch Vereinbarungen zwischen den Fraktionen, zwischen den Koalitionspartnern und insofern sehen wir hier keinen Handlungsbedarf für die Landesregierung.

Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf jetzt den Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD, bitten, die **Fragen 9 und 10** zu stellen.

Stefan Köster, NPD:

Laut Medienberichten beabsichtigt das Unternehmen Optical Disc Service (ODS) in Dassow (Nordwestmecklenburg) eine Verlegung des Hauptsitzes nach Hamburg und eine Verlegung der Produktionsstätte nach Osteuropa.

Meine erste Frage:

9. Welche Beträge hat das Unternehmen in welchen Zeiträumen als direkte (Geldzufuhr) und/oder indirekte (Mitarbeiterfortbildungen, Gehaltsbeteiligungen) Fördergelder/Subventionen erhalten?

Minister Jürgen Seidel: Herr Abgeordneter Köster, die Dassower Firma ODS ist aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur mit Zuschüssen unterstützt worden. Deren Umfang bemisst sich nach dem gegenwärtig gültigen Rahmenplan dieser Gemeinschaftsaufgabe sowie nach den europäischen Vorgaben. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, mit Hinblick auf die schutzwürdigen Interessen des Unternehmens ist es dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus lediglich gestattet, Ihnen hier zu versichern, dass die Förderung, der Umfang der Förderung sich im Rahmen der rechtlichen Möglichkeit für Unternehmen genau dieser Größenordnung bewegt.

Stefan Köster, NPD: Die zweite Frage:

10. Wurden von dem Unternehmen weitere Fördergelder beantragt und ist hierzu bereits eine Entscheidung getroffen worden?

Minister Jürgen Seidel: Also zunächst ist es übliche Praxis, dass, wenn Vorgänge, wie sie dort laufen – es gibt ja auch dort Untersuchungen –, bekannt werden, natürlich die Auszahlung gestoppt wird, bis die Dinge geklärt sind. Es gibt keine weiteren Förderanträge, die bei uns im Geschäftsbereich der Landesregierung vorliegen.

Stefan Köster, NPD: Gut.

Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Minister Jürgen Seidel: Gern.

Stefan Köster, NPD: Ich habe in einem Medienbericht

gelesen, dass das Unternehmen der Landesregierung beziehungsweise dem Wirtschaftsministerium vorwirft, dass das Ministerium nicht auf das Unternehmen zukommt. Gibt es da irgendwelche Hemmnisse, die Ihnen bekannt sind?

Minister Jürgen Seidel: Diese Vorwürfe können nicht zutreffend sein, weil wir uns jetzt sehr intensiv seit meinem Amtsantritt und seit Bekanntwerden dieser Dinge darum bemühen, auch ins Gespräch zu kommen. Und wenn es einen Termin bis heute noch nicht gibt, dann bedaure ich das, aber es liegt nicht an mir.

Stefan Köster, NPD: Gut. Ich danke Ihnen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz und hierzu bitte ich den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 11** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD:

11. Welche Kommunen des Landes sind mit Kläranlagen ausgestattet, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl auch bei Berücksichtigung des mitversorgten Umlands nach Ansicht der Landesregierung überdimensioniert sind?

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Abgeordneter, ich möchte die Frage folgendermaßen beantworten. Eine Vorbemerkung sei mir gestattet: Im Hinblick auf die Gewässerschutzproblematik des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist das Land insgesamt durch die Europäische Union in einen Korridor hineingegeben worden, in dem es notwendig ist, im gesamten Land die Abwässer ordnungsgemäß zu entsorgen, auch vor dem Hintergrund der Belastung von Ost- und Nordsee. Hinzu kommt, dass der Landesregierung bekannt ist, dass wir temporäre, ich betone, temporäre Überkapazitäten in unserem Lande haben

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

aufgrund der Tatsache, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern gerade im Tourismusbereich erhebliche Kapazitäten vorhalten muss, weil diese Abwässer insgesamt gereinigt werden müssen. Hinzu kommt, dass bei der Auslegung der Anlagen immer innerhalb des Landes – und das ist auch richtig so – nach dem aktuellen Bedarf die realen zukünftigen Entwicklungen berücksichtigt werden mussten. An dieser Stelle sei auch angemerkt, dass in den letzten Jahren circa 1,5 Milliarden Euro in die Abwasseraufbereitung und -klärung hineingeflossen sind. Bei den Bemessungen fließen im Übrigen in den Abwasseranfällen sowohl die häuslichen Abwässer, die Abwässer der Industrie und Gewerbe als auch der touristischen Einrichtungen mit hinein. Maßgebend für die Auslegung der Klärwerke ist die höchste Belastung als Summe aus all diesen Bereichen.

Über den Stand – und das dürften Sie auch wissen – erstattet die Landesregierung alle zwei Jahre dem Landtag einen Bericht, zuletzt im Jahr 2005, das heißt, im Jahr 2007 werden wir einen neuen Bericht dazu vorlegen. Im Übrigen bilden die Grundlage für diesen Bericht die Bestimmungen der Europäischen Union zur Behandlung von kommunalen Abwässern vom 21. Mai 1991 und ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Verordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern über die Behandlung von kommunalen Abwässern aus dem Jahr 1997, zuletzt geändert aus dem Jahr 2001. Danach

– und darauf habe ich hingewiesen – erfasst das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie die jeweils erreichten Ergebnisse bei der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung in einem Lagebericht. Dieser ist im Übrigen aus der Homepage vom LUNG, also vom Landesamt, auch zu ersehen.

Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Der letzte Bericht aus dem Jahr 2005, dessen Eckdaten mit dem aktuellen Stand im Lande korrespondieren, weist für Mecklenburg-Vorpommern insgesamt eine Kläranlagenreinigungskapazität von 3,146 Millionen Einwohnergleichwerten aus. Die maximale Belastung, die auch dort nachgewiesen wurde, erreicht mittlerweile einen Wert von 2,9 Millionen Einwohnergleichwerten. Demnach werden die Kapazitäten im Spitzenvergleich und in Spitzenzeiten zu mehr als 92 Prozent ausgenutzt, sodass von einer Überdimensionalität der Anlage insgesamt, ich betone, insgesamt nicht die Rede sein kann, aber Sie wissen auch, wenn Sie sich damit befasst haben, dass der Landtag dankenswerterweise Hilfestellung in der Anfangsphase vorgenommen und insgesamt 10 Millionen Euro bereitgestellt hat für die Kommunen, die aus unserer Sicht gewisse Überkapazitäten zunächst errichtet hatten.

Ich will abschließend noch einmal herausarbeiten: Es gibt einzelne Fälle, das ist Ihnen bekannt, das ist uns allen bekannt, wo es gewisse Überkapazitäten gibt. Das hängt auch vor diesem Hintergrund mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Ich nehme ein Beispiel, und zwar Neustrelitz. Hier ist ein Klärwerk für insgesamt 100.000 Einwohnergleichwerte gebaut worden. Dort werden nur 34.000 zurzeit genutzt. Dies hängt tatsächlich mit wirtschaftlichen Veränderungen zusammen, sodass die Kapazität dort nicht genutzt wird. Es ist unter anderem dabei aber auch zu berücksichtigen, dass mittlerweile eine Reinigungsstraße außer Betrieb genommen worden ist.

Michael Andrejewski, NPD: Zusatzfrage?

Minister Dr. Till Backhaus: Ja.

Michael Andrejewski, NPD: Könnte ich eine Aufstellung der Gemeinden, bei denen das der Fall ist, wie Neustrelitz, schriftlich nachgeliefert bekommen oder lohnt sich das gar nicht?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich kann Ihnen an dieser Stelle noch einmal sagen, wir haben in diesem Lande 587 größere Kläranlagen. Aus dem Bericht geht das hervor, ich würde Sie bitten, sich diesen anzuschauen. Ich kann hier auch darauf hinweisen, dass es eine Aufgabe in diesem Lande gibt, da insbesondere Kleinkläranlagen zurzeit nicht den Ansprüchen genügen und wir dazu im Rahmen der weiteren Entwicklung dieses Landes weitere Möglichkeiten der Unterstützung vornehmen werden. Ich würde Sie bitten, sich tatsächlich den Bericht anzuschauen. Daraus geht hervor – und er ist auch klar gegliedert –, wo es Hinweise auf die Entwicklung gibt. Und wenn Sie weitere Fragen haben, kennen Sie das Prozedere dieses Landtages.

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit und bitte den Abgeordneten Michael Andrejewski, Fraktion der NPD, die **Frage 12** zu stellen.

Michael Andrejewski, NPD:

Mit der Einführung von Arbeitslosengeld II ist die Befreiung von Rundfunk- und Fernsehgebühren erschwert worden.

Während die Anträge früher von den Sozialämtern direkt bearbeitet wurden, ist es jetzt nötig, bei den Arbeitsgemeinschaften oder der Sozialagentur Ostvorpommern eine Bescheinigung einzuholen und dann in einem zeitintensiven Verfahren die Befreiung bei der GEZ selbst zu beantragen.

12. Wer hat diese neue Vorgehensweise veranlasst und durch welche Maßnahmen könnte die Landesregierung den alten Zustand wieder herstellen?

Minister Erwin Sellering: Zunächst eine Vorbemerkung: Die Frage enthält eine Annahme, nämlich, dass die neuen Änderungen, die neuen Regelungen mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II erfolgt sind. Das ist so nicht richtig.

Wer diese neue Vorgehensweise veranlasst hat, ist die erste Halbfrage. Das sind die 16 Bundesländer, die diese neue Verfahrensweise in einem gemeinsamen Staatsvertrag, dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, beschlossen haben, der zum 01.04.2005 in Kraft getreten ist, und zwar mit Zustimmung aller Länderparlamente. Die Idee war nicht etwa, den Antragstellern die Befreiung zu erschweren, sondern die Idee war, Bürokratie abzubauen, und zwar in der Weise, dass nicht mehr in jedem einzelnen Fall gerechnet und auch nicht in jedem einzelnen Fall Einkommen nachgewiesen werden muss, sondern man nur noch die Bescheinigung über den Bezug von Sozialleistungen vorzulegen hat. Das zum ersten Teil der Frage.

Der zweite ist: Durch welche Maßnahmen könnte die Landesregierung den alten Zustand wieder herstellen? Das ginge nur durch einen weiteren Änderungsstaatsvertrag. Dem müssten alle 16 Länder zustimmen. Ich glaube, da ist jedem klar, dass das sehr schwer würde oder, genauer gesagt, das wird sehr schwer, weil die Koalitionsfraktionen das versuchen wollen. Wir haben heute auf der Tagesordnung einen Antrag der PDS-Fraktion und dazu einen Änderungsantrag der beiden Regierungsfraktionen. Diese Parteien wollen das Befreiungssystem verändern, und zwar aus zwei Gründen:

Es hat sich in der Praxis doch herausgestellt, dass der Bürokratieabbau zum Teil zulasten der Antragsteller gegangen ist, dass es eben nicht so einfach ist, diese Befreiung zu erlangen und weiterzugeben, sondern dass es Erschwernisse gab, an denen zwar gearbeitet wurde, aber ohne wirkliche Erleichterungen, sodass es letztlich vielleicht doch besser ist, zu dem alten Verfahren zurückzukehren.

Der zweite Grund ist, dass es Menschen gibt, die zu wenig Geld haben nach unserer Würdigung sozusagen, um Rundfunkgebühren zu zahlen, die aber keine Sozialleistung bekommen, und da ist es sicherlich gerechter, wenn wir eine Einkommensgrenze einführen. Wir werden das bei Punkt 12 gleich noch im Einzelnen genauer besprechen und dann wird man sehen müssen, ob das erfolgreich ist, ob man die anderen Länder dazubekommt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Michael Andrejewski, NPD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Mir liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes.

Wahl des Bürgerbeauftragten

**Wahlvorschlag der Fraktion der CDU:
Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes
Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36
der Verfassung des Landes Mecklenburg-
Vorpommern und § 5 des Petitions- und
Bürgerbeauftragtengesetzes – PetBüG M-V
– Drucksache 5/94 –**

**Wahlvorschlag der Fraktion der NPD:
Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes
Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36
der Verfassung des Landes Mecklenburg-
Vorpommern und § 5 des Petitions- und
Bürgerbeauftragtengesetzes – PetBüG M-V
– Drucksache 5/101 –**

Bevor wir zum Wahlverfahren kommen, gestatten Sie mir einige Anmerkungen.

Sehr geehrte Frau Lorenz! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserer Landesverfassung wurde zur Wahrung der Rechte der Bürger gegenüber der Landesregierung und den Trägern öffentlicher Verwaltung im Land sowie zur Beratung und Unterstützung in sozialen Angelegenheiten die Institution des beziehungsweise der Bürgerbeauftragten eingerichtet. Neben Mecklenburg-Vorpommern gibt es Bürgerbeauftragte nur in ganz wenigen Bundesländern.

Am 16. November 2000 wurden Sie, Frau Lorenz, gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes und Paragraf 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes Mecklenburg-Vorpommern zur Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Sechs Jahre lang haben Sie dieses Amt innegehabt. Ich möchte Ihnen heute für Ihre geleistete Arbeit meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen und ich tue das sicherlich auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Die jährlich von Ihnen vorgelegten Berichte beginnen immer mit einer statistischen Auswertung über den jeweiligen Berichtszeitraum. Lassen Sie mich daran anknüpfen und anhand einiger Zahlen ein wenig verdeutlichen, was während Ihrer Amtszeit mit diesem Verfassungsauftrag verbunden war: In den Jahren 2001 bis 2005 sind von Ihnen und Ihrer Behörde insgesamt 6.818 Anregungen, Bitten und Beschwerden behandelt worden. Davon wurden allein während der in diesem Zeitraum durchgeführten 213 Sprechtage in den Landkreisen und kreisfreien Städten 1.833 Petitionen vorgetragen. In diesem Jahr haben Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich bis jetzt mit 1.700 Fällen befasst und 40 Sprechtage durchgeführt. Ich denke, diese Zahlen sprechen für sich und belegen, wie intensiv die Behörde eines Bürgerbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern in Anspruch genommen wird.

Sie haben sich während Ihrer Amtszeit der Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes angenommen und diese in vielen Fällen einer für die Beteiligten zufriedenstellenden Lösung zugeführt. Damit und mit Ihrer sozialen Beratung, die in unserem Land einen besonderen Stellenwert hat, haben Sie sich hohes Ansehen bei der Bevölkerung erworben. Auch Ihre engagierte Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise Ihre regelmäßige Radiosprechstunde bei Radio MV, war vorbildlich und hat Maßstäbe für die Arbeit des zukünftigen Bürgerbeauftragten gesetzt.

Lassen Sie mich noch einmal Dank sagen für Ihre erfolgreiche Arbeit. Ich wünsche Ihnen für die zukünftigen Aufgaben alles Gute, Gesundheit, Kraft und Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Ich darf Sie jetzt kurz zu mir bitten, da ich den Platz nicht verlassen darf, Frau Lorenz. Ich möchte Ihnen gern noch einen Blumenstrauß überreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem aufgerufenen Tagesordnungspunkt liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der CDU auf Drucksache 5/94 und ein Wahlvorschlag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/101 vor.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 5 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie Artikel 36 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wählt der Landtag den Bürgerbeauftragten mit der Mehrheit seiner Mitglieder für die Dauer von sechs Jahren. Gemäß Paragraf 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Diese erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vor Betreten der Wahlkabine von der Schriftführerin beziehungsweise dem Schriftführer am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank.

Ich eröffne jetzt die Abstimmung zur Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Damit kommen wir zum Namensaufruf und zur Stimmzettelabgabe.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt. –
Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 10.38 Uhr

Wiederbeginn: 10.43 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 67 Stimmen abgegeben, davon waren 67 Stimmen gültig. Es stimmten für den Abgeordneten Schubert 42 Abgeordnete.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Es stimmten für den Abgeordneten Tino Müller 6 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass Herr Bernd Schubert nach Artikel 36 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 5 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Herr Schubert: Nehmen Sie die Wahl an?

Bernd Schubert, CDU: Ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Ich darf Ihnen, Herr Schubert, im Namen des Hauses für Ihre künftige Aufgabe alles Gute wünschen. Ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD und CDU – Gratulationen)

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 17** auf: Wahl des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen. Hierzu liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/98, ein Wahlvorschlag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/99 sowie ein Wahlvorschlag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/102 vor.

Wahl des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“

**Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und CDU:
Wahl des Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/98 –**

**Wahlvorschlag der Fraktion der NPD:
Wahl des Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/102 –**

**Wahlvorschlag der Fraktion der Linkspartei.PDS:
Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/99 –**

**Wahlvorschlag der Fraktion der NPD:
Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen (Enquete-Kommissions-Gesetz – EKG M-V) – Drucksache 5/108 –**

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen werden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende durch den Landtag gewählt. Gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Da durch die NPD-Fraktion getrennte Wahlgänge eingefordert wurden, muss ich jetzt die Sitzung noch einmal für zehn Minuten unterbrechen.

Unterbrechung: 10.48 Uhr

Wiederbeginn: 10.55 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

(allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Sitzung ist wieder eröffnet!

Wir kommen zur Wahl.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von der Schriftführerin zu meiner Linken vor Betreten der Wahlkabine von der Schriftführerin am Tisch zu meiner Rechten. Auf den Stimmzetteln sind die Namen der Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Die Stimmzettel sind in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, der Schriftführerin Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz je Stimmzettel versehen ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich den Schriftführer oder die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurkunde leer ist.

(Zuruf aus dem Plenum: Urne! –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Frau Präsidentin, was ist denn los heute?)

Urne, Entschuldigung.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne die Abstimmung zur Wahl des Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Ich bitte die Schriftführer und deren Vertreter, ihre vereinbarten Positionen einzunehmen, und den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt. –
Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Haben alle Mitglieder des Hohen Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Feststellung des Ergebnisses.

Unterbrechung: 11.15 Uhr

Wiederbeginn: 11.19 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl des Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Für die Wahl zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission wurden 66 Stimmen abgegeben, davon waren 66 Stimmen gültig. Es stimmten für den Abgeordneten Heinz Müller 53 Abgeordnete und für den Abgeordneten Michael Andrejewski 6 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass Herr Heinz Müller die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich frage Sie, Herr Müller: Nehmen Sie die Wahl an?

Heinz Müller, SPD: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Dann darf ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses für Ihre künftige Aufgabe alles Gute wünschen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Ergebnis.

Wir kommen nun zur Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquetekommission.

Es ist soeben ein Wahlvorschlag der NPD-Fraktion eingegangen, Herrn Andrejewski zum stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Für die Herstellung der Wahlzettel unterbrechen wir die Sitzung für 20 Minuten.

Unterbrechung: 11.20 Uhr

Wiederbeginn: 11.49 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir kommen jetzt zur Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission. Uns liegt zwischenzeitlich der Wahlvorschlag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/108 auch auf Ihren Plätzen vor.

Den für die Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission allein gültigen blauen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Linken vor Betreten der Wahlkabine von der Schriftführerin am Tisch zu meiner Rechten. In Bezug auf die Verfahrensweise zur Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden verweise ich auf das gleiche Prozedere wie im Wahlgang davor.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne damit die Abstimmung zur Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Ich bitte die Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen und jetzt die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung zur Feststellung des Ergebnisses für etwa fünf Minuten.

Unterbrechung: 12.06 Uhr

Wiederbeginn: 12.10 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der oder des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ bekannt. Für die Wahl zur oder zum stellvertretenden Vorsitzenden wurden 65 Stimmen abgegeben, davon waren 65 gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Gabriele Měšťan 49 Abgeordnete,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

es stimmten für den Abgeordneten Andrejewski 6 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass Frau Měšťan die Mehrheit der abgegebenen Stimmen des Landtages auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Měšťan: Nehmen Sie die Wahl an?

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Ja.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Dann darf ich Ihnen, Frau Měšťan, im Namen des Hauses für die Arbeit als stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission viel Erfolg und alles Gute wünschen.

(Gratulationen)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 18 aufrufe, hat die Fraktion der CDU um eine kurze Auszeit gebeten. Ich unterbreche die Sitzung für drei Minuten.

Unterbrechung: 12.11 Uhr**Wiederbeginn: 12.19 Uhr**

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) für die vierte Amtszeit, hierzu Unterrichtung durch die Landesregierung, Drucksache 5/72.

Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) für die vierte Amtszeit

Unterrichtung durch die Landesregierung: Entsendung und Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) für die vierte Amtszeit – Drucksache 5/72 –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Paragraph 52 Absatz 3 Rundfunkgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist für den Fall, dass sich die in Paragraph 52 Absatz 1 in den Ziffern 1 bis 11 aufgeführten zusammengefassten Organisationen nicht auf einen gemeinsamen Vertreter verständigen können, vorgesehen, dass aus den vorliegenden Vorschlägen der Landtag nach Paragraph 52 Absatz 3 ein Mitglied für die entsprechende Gruppe der zusammengefassten Organisationen wählt. Die Landesregierung hatte auf Drucksache 5/72 mitgeteilt, dass von den elf vorschlagsberechtigten Organisationen nach Paragraph 52 Rundfunkgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern sich sieben Organisationen auf einen gemeinsamen Vertreter im Landesrundfunkausschuss geeinigt haben. Da vier Organisationen sich nicht auf einen gemeinsamen Vertreter verständigen konnten, wählt der Landtag gemäß Paragraph 52 Absatz 3 einen Kandidaten für die entsprechende Gruppe.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die Wahl allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Linken vor Betreten der Wahlkabine von dem Schriftführer am Tisch zu meiner Rechten. Der Stimmzettel enthält für die vier Gruppen jeweils zwei Wahlvorschläge entsprechend der Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 5/72. Sie haben für jede Gruppe jeweils eine Stimme. Sollten Sie innerhalb der Gruppe mehrere Namen ankreuzen, ist Ihre Stimme für diese Gruppe ungültig.

Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder

Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist. – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja, sehr gut!)

Danke.

Ich eröffne die geheime Abstimmung zur Wahl der Mitglieder des Landesrundfunkausschusses. Ich bitte die Schriftführer und deren Vertreter, ihre vereinbarten Positionen einzunehmen – das ist schon geschehen –, und den Schriftführer oder die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn das der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 12.46 Uhr**Wiederbeginn: 13.01 Uhr**

Vizepräsident Hans Kreher: Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe nun das Ergebnis der geheimen Abstimmung zur Wahl der Mitglieder für den Landesrundfunkausschuss bekannt. Es wurden 64 Stimmen abgegeben. Davon waren gültig für die Gruppe 4 59 Stimmen, für die Gruppe 5 59 Stimmen, für die Gruppe 8 61 Stimmen, für die Gruppe 11 61 Stimmen.

Nach Paragraph 90 unserer Geschäftsordnung in Verbindung mit Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

In der Gruppe 4 – Journalisten und Zeitungsverleger – entfielen auf Frau Marleen Janew 53 Stimmen und auf Herrn Bernd Bleitzhofer 1 Stimme. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 4 die Kandidatin Frau Janew die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 4 als Mitglied des Landesrundfunkausschusses gewählt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

In der Gruppe 5 – Künstlerbund, Landesverband Deutscher Schriftsteller, Landesmusikrat – entfielen auf Herrn Jörg Velten 53 Stimmen und auf Frau Christine Kellermann 2 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 5 der Kandidat Herr Velten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 5 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

In der Gruppe 8 – Bauernverband, Tierschutz und Umwelt – entfielen auf Herrn Professor Dr. Detlef Czy-

bulka 13 Stimmen, auf Frau Katrin Kauer 42 Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 8 die Kandidatin Frau Kauer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 8 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

In der Gruppe 11 – Sport und Jugend – entfielen auf Frau Sabine Busching 55 Stimmen, auf Herrn Martin Fritz null Stimmen. Ich stelle fest, dass in der Gruppe 11 die Kandidatin Frau Busching die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte und somit vom Landtag aus der Gruppe 11 als Mitglied in den Landesrundfunkausschuss gewählt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Damit, meine Damen und Herren, sind die Wahlen abgeschlossen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Rücknahme der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung, auf Drucksache 5/78.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:
Rücknahme der beschlossenen
Mehrwertsteuererhöhung
– Drucksache 5/78 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Professor Dr. Methling. Die angemeldete Redezeit beträgt zehn Minuten.

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Jahreswechsel verabreichen die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat eine sehr bittere Kost. Ab 1. Januar 2007 kommen auf die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wiederum erhebliche finanzielle Belastungen zu. Sie sind ein Inbegriff für gebrochene Wahlversprechen, ausgeführt durch das Steueränderungsgesetz 2007 über die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent.

Ich möchte bei der Gelegenheit daran erinnern, die Mehrwertsteuer war das zentrale Thema des Bundestagswahlkampfes 2005. Die CDU wollte eine um zwei Prozent höhere Mehrwertsteuer, verlor damit massiv an Stimmen. Die SPD wollte wie die FDP und DIE LINKE keine Erhöhung. Die SPD beschimpfte die CDU wegen der sogenannten „Merkelsteuer“. Es gab Plakate, auf denen stand: „Wir lassen uns nichts vermerken!“ Doch im Nachhinein führte die große Koalition das Votum der Bürgerinnen und Bürger ad absurdum.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Man einigte sich nicht, wie viele annahmen, auf einen Kompromiss von einem Prozent, sondern steigerte auf drei Prozent Erhöhung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundesregierung selbst beziffert die Mehrbelastung für Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Anhebung um drei Prozent auf rund 22 Milliarden Euro. Davon sollen 7,5 Milliarden Euro für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verwendet werden. So weit, so gut oder nicht gut. Ein schwaches Trostpflaster ist, dass die Mehrwertsteuer nach der Lohnsteuer die wichtigste Einnahmequelle des Staates ist. Eine Erhöhung derselben betrifft fast alle Waren und Dienstleistungen, und zwar von der Hand-

werkerrechnung, über den Autokauf, über Strom- und Heizkosten bis zum täglichen Einkauf im Supermarkt. Zum Teil sind dies zwar oftmals nur Kleinbeträge, die sich aber für die Betroffenen gnadenlos summieren. Ein Durchschnittshaushalt mit vier Personen muss mit jährlichen Mehrkosten von mehr als 700 Euro rechnen. Das sind monatlich etwa 60 Euro weniger für den Konsum. Die Binnennachfrage wird weiter geschwächt, Aufträge für Handwerk und Gewerbe werden zurückgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steuerpolitik von CDU und SPD geht immer wieder zulasten derselben Gruppen, und zwar der Rentnerinnen und Rentner, der Arbeitslosen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vor allem zulasten vieler Familien mit Kindern. Jeder weiß, dass Rentnerinnen und Rentner, Studierende oder Arbeitslosengeld-II-Bezieher nicht von der im Gegenzug stattfindenden Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung profitieren.

(Egbert Liskow, CDU: Doch! Doch!)

Sie brauchen nämlich ihr gesamtes Eigentum für die täglich notwendigen Dinge und haben kaum die Chance, Geld zurückzulegen. Im Gegenteil, sie sind zunehmend gezwungen, sogar Schulden aufzunehmen oder auf noch mehr zu verzichten. Eine Teilnahme am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben wird dabei weiter erschwert. Von der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer werden die Menschen mit geringem Einkommen weitaus stärker betroffen sein als diejenigen mit höherem Einkommen.

(Egbert Liskow, CDU: Dafür, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann.)

Gutverdienende und Vermögende wenden nur einen Teil ihres Einkommens für den Konsum auf und legen den Rest gewinnbringend an. Sie werden entsprechend niedriger belastet. Und das bedeutet, meine Damen und Herren, die Umverteilung von unten nach oben schreitet weiter voran und die soziale Schere wird sich weiter öffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Daneben haben Normal- und Geringverdienende weitere gravierende Einschnitte zu tragen, und zwar die Kürzung der Pendlerpauschale, des Sparerfreibetrags und die Einschränkungen beim Kindergeld und beim Kinderfreibetrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit sozialer Gerechtigkeit hat diese Steuerpolitik nichts zu tun, sie ist wirtschaftspolitisch ebenso kontraproduktiv.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Nahezu alle Wirtschaftsexperten und Marktforschungsinstitute kommen zu dem Schluss, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer den beginnenden Aufstieg zwar nicht abwürgen, aber zumindest in den nächsten Jahren stark bremsen wird. Und diejenigen, die jetzt beispielsweise in der letzten Stunde noch aufgerufen werden, sich ein neues Auto zu kaufen, werden sicherlich im nächsten Jahr keins kaufen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Insofern wird es in den nächsten Jahren für die betroffenen Unternehmen umsatzmäßig schwieriger.

Die Linkspartei, meine sehr geehrten Damen und Herren,

bleibt dabei: Mehrwertsteuererhöhung ist sozial ungerecht, Gift für die Konjunktur und deshalb muss sie zurückgenommen werden!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich freue mich, dass auch die FDP im Bundestag unsere Auffassung teilt und nach meinen Informationen in der nächsten Woche einen entsprechenden Antrag dazu einbringen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, machen Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin Mut! Hören Sie auf die Mehrheit der Bevölkerung! Gehen Sie den richtigen Schritt und tun Sie alles dafür, dass der Beschluss zur Anhebung der Mehrwertsteuer wieder rückgängig gemacht wird! Stimmen Sie unserem Antrag zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Professor Methling.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Heike Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zugegeben, meine Damen und Herren der Linkspartei.PDS, mit Ihrem Antrag auf Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung treffen Sie den Nerv vieler Kritiker. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben, denke ich, schon Verständnis dafür. Gewiss gibt und gab es in den Reihen der Sozialdemokraten ebenfalls Kritik an der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die korrekt die Umsatzsteuer ist. Aber wie in allen Lebenslagen hat jede Medaille zwei Seiten: eine Seite, die nicht glücklich ist, mit der ab 1. Januar 2007 zu zahlenden Umsatzsteuer von 19 statt bisher 16 Prozent, und die andere Seite, die die Einsicht in diese Notwendigkeit sieht oder mehr noch, die diese unpopuläre Entscheidung geboren aus einem Kompromiss mitträgt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs in Sachen Umsatzsteuer: Die Umsatzsteuer wurde im Januar 1968 mit einem Regelsatz von 10 Prozent eingeführt.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Hört! Hört!)

Zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990 betrug der Regelsatz 14 Prozent. Zuletzt wurde diese einträgliche Steuer zum 1. April 1998 auf 16 Prozent angehoben. Wie Sie sehen, wurde kontinuierlich über die Jahre von verschiedenen Parteien, auch der FDP, an der Stellschraube Umsatzsteuer gedreht.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Die Umsatzsteuer ist doch eine Volkssteuer, Frau Polzin!)

Die uns nun alle treffende Erhöhung um drei Prozent ist ein großer Brocken, den wir als Verbraucherinnen und Verbraucher zu schlucken haben.

Meine Damen und Herren, die Antrag stellende Fraktion legt dem Landtag ihren Antrag auf Rücknahme der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung vor. Eins kann diesem Antrag nicht abgesprochen werden: Er ist sehr populär.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Und sogar noch richtig.)

In der Beliebtheitsskala mögen Sie damit einen der vorderen Plätze erreichen. Hier geht es aber heute nicht darum, sich in der Öffentlichkeit beliebt zu machen, sondern um Machbarkeit.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig.)

Ihr Antrag geht schon aus verfahrenstechnischen Gründen total an der Realität vorbei und das wissen Sie, ...

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Abgeordnete Polzin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Pastörs?

Heike Polzin, SPD: Nein.

... meine Damen und Herren der Linkspartei.PDS, ganz genau. Fakt ist, dass bis zum Inkrafttreten des Haushaltsbegleitgesetzes 2006, das der Bundestag im Mai 2006 beschlossen hat, noch 24 Kalendertage übrig sind, Weihnachtstage und Sonntage inklusive.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Für das Volk sollten wir auch Weihnachten arbeiten, Frau Polzin! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Glauben Sie allen Ernstes, dass die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern das beschlossene Haushaltsbegleitgesetz 2006 wieder aufmachen kann, um die Umsatzsteuer auf dem Regelsatz von 16 Prozent zu belassen? Glauben Sie allen Ernstes, dass die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern den am 21. November im Bundestag beschlossenen Haushalt für das Jahr 2007, in dem die Einnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung bereits veranschlagt sind, wieder aufmachen kann?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Na wir wissen, dass sie das kann.)

Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass Sie ernsthaft die Auffassung vertreten, Mecklenburg-Vorpommern könnte das Inkrafttreten genannter Gesetzgebungen drei Minuten vor der Angst aufhalten. Ich kann mir noch schwerer vorstellen, dass Mecklenburg-Vorpommern vor allem als Nehmerland im Länderfinanzausgleich für einen Antrag auf Rücknahme der Umsatzsteuererhöhung die erforderliche Mehrheit bis zur Bundesratssitzung am 15. Dezember bei den anderen Bundesländern bekommt.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns bei den EU-Mitgliedsstaaten um, so ist festzustellen, dass sich Deutschland im nächsten Jahr mit 19 Prozent im Mittelfeld der 25 Staaten befindet. Und nicht zu vergessen, der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent für sehr viele Güter des täglichen Gebrauchs, zum Beispiel Nahrungsmittel, landwirtschaftliche Güter, ÖPNV, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, soweit sie jugendkonform sind, Blumen, Tiernahrung, für etliche Kulturveranstaltungen bleibt uns unverändert erhalten. Und das ist auch gut so.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Bei Tierernahrung nicht. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mieten sind und bleiben umsatzsteuerfrei!

Meine Damen und Herren, der Staat hat Aufgaben und daraus resultierende Ausgaben zu leisten. Die Steuerpolitik kann nicht losgelöst davon betrachtet werden. Die Umsatzsteuer ist nun einmal die einträglichste aller

Steuern. Nicht nur der Bund, auch die Länder und Kommunen profitieren davon. Aus der Erhöhung der Umsatzsteuer um drei Prozentpunkte wird mit Mehreinnahmen im nächsten Jahr von rund 20 Millionen gerechnet.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Milliarden!)

Milliarden, sorry, das ist natürlich klar.

Meine Damen und Herren, wir halten die Anhebung der Umsatzsteuer auf drei Prozent für nicht umkehrbar. Ein Drittel des Aufkommens, das heißt rund 6,38 Milliarden Euro, fließt in die Länderhaushalte. Davon sind wir als Land mit rund 94 Millionen bedacht.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Das reicht gerade für den G8-Gipfel. –
Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ein weiteres Drittel von rund 6,46 Milliarden Euro wird zur Absenkung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung verwendet. Damit sinkt der Beitrag von 6,5 auf 4,2 Prozent.

(Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Und das letzte Drittel des Aufkommens von rund 6,53 Milliarden verbleibt im Bundeshaushalt unter anderem zur Konsolidierung.

Diese Zahlen sind die nackten Tatsachen, meine Damen und Herren! Welchen Gegenvorschlag sollte Mecklenburg-Vorpommern Ihrer Meinung nach als Alternative zur Einnahmeminderung, die Sie mit Ihrem Antrag einfordern, unterbreiten?

(Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Fraktion der Linkspartei.PDS, Sie kennen die Spielregeln aus den Haushaltsberatungen in diesem Parlament genau.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Eben!)

Sie kennen das Prinzip, wer Einnahmeminderung beantragt, muss andere Einnahmequellen kräftiger zum Sprudeln bringen

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Frau Gramkow kommt ja noch. – Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

oder entsprechende Ausgabenreduzierungen nicht nur vorschlagen, sondern auch durchsetzen.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Die CDU hat doch gerufen „Reduzierung der Ministerien“. – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich bin sehr gespannt darauf, das höre ich mir auch sehr aufmerksam an, Frau Gramkow, das wissen Sie ja. Können Sie uns als Antrag stellende Fraktion tatsächlich etwas Belastbares bieten? Wir werden es gleich zu hören bekommen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Ich zitiere aus den Steuerprogrammen der SPD. Da steht das genau drin. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Peinlich! Peinlich! – Zuruf von
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, berechtigt ist die Sorge der Kritiker an der Umsatzsteuererhöhung hinsichtlich negativer Auswirkungen auf die Kaufkraft der Konsumenten und damit auf die Binnennachfrage. Die Frage, wie stark diese Auswirkungen sein können, kann heute noch niemand belastbar beantworten. Die optimistische Variante ist, dass aufgrund der aktuellen Konjunktorentwicklung die negativen Auswirkungen nicht so massiv ausfallen, wie vor einigen Monaten befürchtet. Eine besondere Rolle wird die künftige Lohnpolitik spielen. Um auch für eine stärkere Binnennachfrage Voraussetzungen zu schaffen, sind durch die Tarifparteien angemessene Lohnsteigerungen für die nächsten Jahre zu vereinbaren, um wieder zu einer positiven Reallohnentwicklung in Deutschland zu kommen.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion lehnt den Antrag der Linkspartei.PDS ab. Die Begründung habe ich eben geliefert. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Abgeordnete Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der Linkspartei.PDS.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle gut gesetzten Worte ersetzen nicht, dass wir es bei der Mehrwertsteuererhöhung mit dem Wahlbetrug der großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland zu tun haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und das ist nicht Einsicht in die Notwendigkeit, liebe Heike Polzin, und das ist auch nicht alternativlos, wie meine nachfolgenden Redner uns sicherlich ins Stammbuch schreiben wollen.

(Michael Roof, FDP: Woher wissen Sie das? –
Zurufe von Werner Kuhn, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Steuerschätzung haben festgestellt, dass die konjunkturelle Dynamik stärker ist, als noch im Frühjahr gedacht, dass die Gewinnentwicklung bei den Unternehmen positiv ist, was zu mehr Steuereinnahmen bei den gewinnabhängigen Steuerern führt.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Die Binnenkonjunktur folgt zaghaft diesem Trend. Fakt ist, dass Umsatzsteigerungen nicht nur wegen dem Dezemberfieber zu erwarten sind. Daraus resultiert, dass bereits 2006 die Steuern insgesamt um 7,8 Prozent gestiegen sind und planmäßig im Jahr 2007 um 6 Prozent steigen sollen.

(Egbert Liskow, CDU: Die neue Regierung.)

Das sind insgesamt 33 Milliarden Euro. Wir sind nach wie vor Exportweltmeister. Die Lohnstückkosten sind die letzten Jahre sachdienlich gesunken. Der Bundesfinanzminister stellt fest, dass wir bereits in diesem Jahr die Maastrichtkriterien eingehalten haben. Die Verschuldung sinkt, die Arbeitslosigkeit geht zumindest offiziell zurück

(Harry Glawe, CDU: Haben Sie was dagegen? –
Egbert Liskow, CDU: Aber die
Neuverschuldung nicht.)

und die Bundesregierung wird die Regelkreditobergrenze einhalten.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, und all das ohne die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die erst am 01.01.2007 in Kraft tritt!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Harry Glawe, CDU: Seit der neuen Regierung,
Frau Gramkow.)

Und deshalb frage ich, denn Sie haben es nicht begründet, Frau Polzin: Wo ist die Notwendigkeit für die Erhöhung der Mehrwertsteuer?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ihr Finanzminister hat es folgendermaßen ausgedrückt, ich zitiere: „Die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erschließt sich eben nicht allein durch Einsparungen auf der Ausgabenseite. Das könnte im Extremen zur Bewegungslosigkeit führen. Der Staat benötigt zur Erfüllung seiner Aufgaben eine strukturell abgesicherte Einnahmehasis oder er verliert seine Funktionsfähigkeit.“ Und er bemühte dabei Churchill, ich zitiere: „Wer die bessere Einsicht hat, darf sich nicht scheuen, unpopulär zu werden.“ Ich finde diese Ansage richtig, nur: Ist die Antwort Mehrwertsteuererhöhung die richtige?

(Harry Glawe, CDU: Das sind ja tolle Aussichten, Frau Gramkow.)

Frau Polzin, Sie haben darauf verwiesen: Ein Prozentpunkt der Mehrwertsteuererhöhung soll zur Absenkung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung dienen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Da bin ich mit Ihnen auf einer Linie, das finde ich gut so.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber wir stellen in diesem Jahr fest, dass die Bundesagentur für Arbeit einen Überschuss von 9 Milliarden Euro erwirtschaftet hat.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Hört! Hört! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was wäre denn, wenn man – den Monatssaldo für den 13., den will ich unberührt lassen – von diesem Überschuss das eine Prozent benutzt

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Michael Roof, FDP)

für die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, und zwar ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das ist eine Alternative, die leider im Bundestag nicht diskutiert worden ist durch die große Koalition.

(Raimund Borrmann, NPD: Das wird auch viele Abgeordnete betreffen. – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Michael Roof, FDP)

Natürlich weiß ich, denn dazu bin ich zu sehr in Zahlen verliebt, die Mehrwertsteuer ist die einfachste Variante. Sie ist eine indirekte Steuer, sie bringt das meiste in die Kassen, sie belastet alle gleich, vermeintlich, denn – darauf hat Professor Methling hingewiesen – niedrige Einkommen werden mehr belastet als größere Einkommen.

(Harry Glawe, CDU: So ist es.)

Die Rente, das BAföG oder auch das Kindergeld, wird das eigentlich auch erhöht bezüglich der Erhöhung der Mehrwertsteuer?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Für diese Personengruppen wird nämlich die Mehrwertsteuer im Monat circa 23 Euro betragen. Ich vermisse die Anträge im Deutschen Bundestag, die BAföG-Regelung, die Rente zu erhöhen oder auch das Kindergeld.

(Harry Glawe, CDU: Das Kindergeld betrug zu DDR-Zeiten nur 20 Mark. Das haben Sie alles vergessen, ne?!)

Und was für mich hinzu kommt, ist, dass im gleichen Atemzug, wo die Bundesregierung die Mehrwertsteuer erhöht und groß Konsolidierung und Ausgaben damit decken will, neue Senkungen von Unternehmenssteuern, und zwar nicht für kleine und mittelständische Unternehmen, sondern für die Großunternehmen des Landes angekündigt werden. Und das, meine Damen und Herren, ist unsozial und nicht notwendig, deshalb ist die Mehrwertsteuersenkung auch nicht alternativlos.

(Harry Glawe, CDU: Es muss auch eine Achtung des Mittelstandes geben, Frau Gramkow. – Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sie sind in die Geschichte gegangen, ich möchte auch noch einmal in die Geschichte gehen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich möchte darauf verweisen, dass mit der Steuerreform 2000/2001 die Unternehmen dieses Landes, nicht die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes, um über 60 Milliarden Euro an Steuern entlastet worden sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wo ist eigentlich der Effekt?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Spitzensteuersatz wurde noch unter Helmut Kohl von 53 Prozent auf die heute knappe 40er-Grenze gesenkt,

(Harry Glawe, CDU: Da war nicht nur Kohl dabei. Da waren auch andere dabei.)

die Körperschaftssteuer bei den Unternehmen von damals 43 Prozent unter Rot-Grün auf 19 Prozent und Sie schicken sich jetzt an, diese auf 15 Prozent abzusenken.

(Werner Kuhn, CDU: Ich bin jetzt auch für den öffentlichen Beschäftigungssektor.)

Das alles ist auch eine Begründung für die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig. – Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Gleichzeitig wird die Erbschaftssteuer den großen Unternehmen oder den Erben geschenkt,

(Heiterkeit bei Michael Roof, FDP –
Udo Pastörs, NPD: Das stimmt doch gar nicht. – Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

aber auch hier höre ich keine Gegenfinanzierung.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und die Kostenneutralität der angekündigten zweiten

Stufe der Unternehmenssteuerreform ist selbst nach dem Finanztabu der Bundesregierung nicht gegeben, sondern wir werden weitere Steuersenkungen der großen Unternehmen von 5 bis 10 Milliarden Euro haben auf Kosten der Rentner, der Arbeitslosen, aller Verbraucher in der Bundesrepublik Deutschland. Und das ist alternativlos?!

(Werner Kuhn, CDU: Wo kommen denn eigentlich die Steuereinnahmen her?)

Nein, es gibt Alternativen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Man könnte eine wirkliche Erbschaftssteuerreform auf den Weg bringen. Und, Frau Ministerin, Sie haben es vorgemacht,

(Harry Glawe, CDU: Machen Sie jetzt Bundespolitik oder machen Sie Landespolitik oder wofür sind Sie jetzt?)

die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat zusammen mit Schleswig-Holstein einen Vorstoß gewagt, um eine wirkliche Erbschaftssteuerreform auf den Weg zu bringen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir könnten einmal über eine gerechte Steuerreform reden. Die könnte nämlich sagen, wie gehen wir zukünftig mit dem Ehegattensplitting um. Besteuern wir nach der Leistungsfähigkeit?

(Werner Kuhn, CDU: Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Würden wir vielleicht doch wieder sagen, eine verfassungskonforme Vermögenssteuer ist einzubringen? Ich will über den Spitzensteuersatz nicht reden und ich lasse mir hier in diesem Saal auch nicht vorwerfen, wir hätten keine Alternativen. Sie dürfen keine haben, aber dann geben Sie es doch wenigstens zu!

(Harry Glawe, CDU: Sie bringen ja keine. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Erklären Sie es den touristischen Unternehmen in diesem Land, dass wir jahrelang darum streiten, damit wir steuerrechtlich im Europabereich gleichgestellt werden!

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wir müssten im gleichen Atemzug doch wenigstens über eine Senkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent für produktive Dienstleistungen des Handwerks oder auch für die touristischen Unternehmen in der Gastronomie reden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Das hat Ihnen übrigens bei der Grundsatzdebatte – im Steuerkonzeptvorschlag von Schleswig-Holstein und Heide Simonis, sogar auf fünf Prozent zu senken in Kopplung mit einer Erhöhung – die SPD ins Stammbuch geschrieben und nicht die Linke.PDS.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas erwähnen. Wir werden am 01.01. auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Medikamente haben, und zwar auf 19 Prozent. Das ist der vierthöchste Steuersatz in Europa. Dazu gehören auch lebenserhaltende Medikamente. Auch in diesem Zusammenhang war keine Rede davon, dieses zu korrigieren, und zwar 7 Prozent für Tierfutter und für

Blumen sowie 19 Prozent für lebenswichtige Arzneimittel und Medikamente.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Es ist unverantwortlich in Deutschland,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

was im Bereich der Steuerpolitik passiert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Alle unsere Vorschläge würden natürlich bedeuten, dass man über Reichtum in Mecklenburg-Vorpommern spricht, und nicht nur darüber, bei den kleinen Leuten in die Taschen zu greifen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Holter?

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wenn ich fertig bin.

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Abgeordnete Gramkow, Ihre Redezeit ist beendet.

Es gibt noch eine Zwischenfrage oder eine Schlussfrage von Herrn Holter. Gestatten Sie die Frage, Frau Gramkow?

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja.

Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, wagen Sie eine Voraussage, um wie viel ein durchschnittlicher Haushalt in Mecklenburg-Vorpommern durch die verschiedenen Entscheidungen, die die Bundesregierung beziehungsweise der Bundesgesetzgeber getroffen hat, belastet wird, Beispiel Kürzung der Pendlerpauschale bis 21 Kilometer, Mehrwertsteuer, Gesundheitsreform et cetera?

(Egbert Liskow, CDU: Da habt ihr doch schon abgestimmt. – Harry Glawe, CDU: Prognosen habt ihr doch schon genannt. – Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Also 700 Euro Belastung aus der Mehrwertsteuererhöhung. Nach den Berechnungen, die man auch in Finanztableaus des Bundes der Steuerzahler finden kann, rechnen wir mit einer Belastung von über 1.000 Euro pro Familie in Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt in der Bundesrepublik ist es sehr differenziert, weil die Nebenkosten in dem Bereich differenziert sind. Mit Ihrer Frage geben Sie mir natürlich die Gelegenheit, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Mehrwertsteuererhöhung ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es geht mir um die Frage der Notwendigkeit, denn in der Politik sollten wir nicht so tun, als wenn wir auch nicht den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeiten erklären sollten.

(Michael Andrejewski, NPD: Das machen wir auch. – Udo Pastörs, NPD: Theaterstunde. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Die Belastungen für die einzelnen Haushalte könnte man meiner Ansicht nach zurücknehmen, man könnte es auch

zeitlich. Der Bundestag könnte es durch den Antrag der FDP in der nächsten Woche auf den Weg bringen, wenn er wollte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich glaube auch, dass es sinnvoll wäre, denn die Mehrwertsteuererhöhung ist ökonomisch unsinnig,

(Harry Glawe, CDU: Auf die Abstimmung bin ich schon gespannt, Frau Gramkow.)

konjunkturell ist sie nicht nachvollziehbar und sie ist sozial ungerecht.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Gramkow.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Löttge von der CDU.

Mathias Löttge, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich fange jetzt einmal ganz ungewöhnlich an, denn damit haben Sie jetzt sicherlich nicht gerechnet. Ich bin Frau Gramkow richtig tief dankbar, weil keiner mehr und besser, als Sie es bisher getan haben, die Erfolge der großen Koalition in letzter Zeit dargestellt hat.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Nachdem Sie gestern mit der Bibel hier waren,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Da haben Sie was missverstanden.)

sind Sie jetzt endlich geläutert, was unsere Erfolge betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und wenn Sie das so einschätzen, finde ich das gut.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Da haben Sie was missverstanden. – Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Sie sind auf einem guten Wege und wenn wir daran noch ein bisschen gemeinsam arbeiten, dann geht das richtig voran mit Ihnen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das Problem der selektiven Wahrnehmung.)

Allerdings, liebe Frau Gramkow, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der PDS-Fraktion,

(Regine Lück, Die Linkspartei.PDS: Linkspartei!)

was bedauerlich ist, ist die Tatsache, wenn Sie Alternativen vorschlagen, dann wollen Sie immer diese erfolgreiche Entwicklung, die Sie gerade eben aufgezählt haben, infrage stellen. Sie wollen es den Unternehmern nehmen, die ja eigentlich die Arbeitsplätze schaffen sollen.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Werte schaffen die Arbeitnehmer.)

Ich denke, es ist schon ganz wichtig, dass wir gerade die Unternehmer unterstützen. Wir können beklagen, dass es zu wenig Arbeit gibt in diesem Lande, aber wenn wir die Unternehmen, die dafür entsprechende Rahmenbedingungen brauchen, nicht entsprechend unterstützen, dann werden wir auch nicht zum Erfolg kommen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Die sind doch alle sehr dankbar für die Mehrwertsteuererhöhung.)

Das andere ist, Sie wollen immer mehr wegnehmen, aber Sie wollen gleichzeitig auch mehr ausgeben.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Die alte Leier! Die alte Leier!)

Das, was Sie an Alternativen vorschlagen, ist schlichtweg Unsinn.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Oh, oh! – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das ist gefährlich, was Sie da tun! – Zurufe von Regine Lück, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ansonsten, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss man doch eines sagen: Ihr Antrag, so, wie Sie ihn eingebracht haben, ist zum einen realitätsfern und zum anderen wenig sinnvoll und genauso wenig hilfreich.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Die Bürgerinnen und Bürger sehen das anders.)

Das Einzige, was er ist, er ist populistisch.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das Adjektiv hat ja jetzt noch gefehlt! Das hat gefehlt! – Zuruf von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS)

Und was ich ganz schlimm finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Tatsache, dass Sie grundsätzlich versuchen, mit den Ängsten der Menschen zu spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Sie schaffen die Ängste und wir spielen? Das ist ja witzig.)

Und alleine dadurch, dass Sie immer Dinge wiederholen, die unwahr sind, werden diese auch nicht wahrer.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Würden Sie das bitte mal definieren?)

Das will ich Ihnen gerne sagen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Fakten! Fakten!)

Wenn Sie oder Herr Professor Dr. Methling in den Supermarkt gehen und eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent zahlen, dann weiß ich nicht, wo Sie einkaufen. Denn die Dinge, die zum täglichen Leben gehören, die in der Regel wahrscheinlich im Supermarkt gekauft werden, sind nach wie vor mit 7 Prozent besteuert. Ich finde es unmöglich, da wirklich immer wieder auf das Gleiche abzustellen.

(Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich finde es unmöglich, immer wieder das Gleiche zu behaupten, was ganz einfach so nicht der Realität entspricht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Anscheinend gehen Sie überhaupt nicht einkaufen!)

Das sollte man bitte nicht tun, weil das keinem hilft. Es führt auch nicht dazu, dass wir hier wirklich zu akzeptablen Lösungen kommen.

Richtig, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch wohl eins: Wir müssen dringend etwas tun, um die Haushalte weiter zu konsolidieren, um Bund, Länder und Gemeinden überhaupt wieder handlungsfähig werden zu lassen.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:
Sie belasten aber die privaten Haushalte.
Das kann doch nicht funktionieren. –
Harry Glawe, CDU: Auch falsch, auch falsch.)

Das ist eigentlich die vorrangige Aufgabe neben der Einhaltung der Stabilitätskriterien. Das muss sichergestellt sein, ansonsten ist Deutschland, ansonsten sind die Länder, die Städte und die Gemeinden so nicht mehr handlungsfähig. Dafür haben wir aber eine Verantwortung, und zwar auch eine Verantwortung für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen, reicht es natürlich nicht, jetzt einzuschätzen, ich finde es toll, wenn Sie es wirklich feststellen, was wir schon alles erreicht haben. Was wir aber erreichen müssen, ist, und da sind die große Koalition in Berlin und wir jetzt hoffentlich in Mecklenburg-Vorpommern auch auf einem guten Wege, nämlich nicht nur die Neuverschuldung zu begrenzen, sondern auch zukünftig vielleicht einmal Schulden für die Generationen nach uns abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Das ist eine ganz wesentliche Aufgabe und dieser Aufgabe müssen wir uns stellen! Nur dann werden wir auch eine Entwicklung in Deutschland erreichen, die uns wieder die Position in Europa sichert, die wir ganz einfach haben müssen und auch haben sollen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das ist klar. Die Frage ist, zu welchen
Lasten, Herr Löttge? – Zuruf von
Volker Schlotmann, SPD)

Sie wollen das ja immer zulasten der Unternehmen machen und damit weiter Arbeitsplätze vernichten.

(Unruhe bei
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,
und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Das ist die Politik, die Sie seit Jahren verfolgen.

(Zuruf von
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –
Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Das kann aber nicht Sinn der Sache sein und das werden wir auch nicht mittragen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wenn wir nach Europa schauen und uns mit den europäischen Zahlen und mit den Steuersätzen vergleichen – lassen Sie mich einige nennen, da wären Italien und Österreich mit einem Steuersatz von 20 Prozent, Belgien und Irland mit 21 Prozent, Finnland und Polen mit 22 Prozent oder die skandinavischen Länder wie Dänemark und Schweden mit 25 Prozent –, ich denke, da liegt Deutschland wirklich in einem guten Mittelfeld.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Da
steht uns ja noch was bevor. – Zurufe von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ich denke, da liegt Deutschland auf jeden Fall in einem guten Mittelfeld. Insofern gibt es für mich zu dieser Umsatzsteuererhöhung, die jetzt beschlossen ist, auch keine Alternative. Die CDU-Fraktion wird also Ihren Antrag keinesfalls mittragen,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Das hätte uns auch gewundert.)

sondern wir werden das vertreten, was richtigerweise in der großen Koalition beschlossen wurde,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Die Partei hat immer recht.)

was sicherlich der richtige Weg ist für unser Land Mecklenburg-Vorpommern, um aus der schwierigen Haushaltssituation herauszukommen, in der wir uns immer noch befinden, weil Dinge in den vergangenen Jahren nicht so realisiert wurden, wie es notwendig war. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Heike Polzin, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löttge.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roof.

Michael Roof, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Löttge, ich möchte das aufgreifen, was Sie hier begonnen haben und ich möchte auch über die Verdienste der großen Koalition in Berlin sprechen. Die Verdienste sind: Sie sind die Koalition der größten Steuererhöhung, die es in der Bundesrepublik Deutschland jemals gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten
der Linkspartei.PDS und FDP –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Und das zweite Verdienst, das Sie haben, das spricht Ihnen auch keiner ab, ist, aus zwei Prozent angedeuteter Mehrwertsteuer drei Prozent zu machen. Solche Kompromisse zu machen, das ist eine fantastische Politik. Ich freue mich darauf, dass Sie das hier in Mecklenburg-Vorpommern auch so fortsetzen wollen.

(Werner Kuhn, CDU: 2,8 Prozent Wachstum.)

Das vielleicht einmal als Einstieg in die Situation. Des Weiteren wird es, glaube ich, für die Abgeordneten und für die Öffentlichkeit nicht überraschend sein, dass wir als Liberale gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sind.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben schon vor Wochen gesagt, dass der richtige Weg die Aussetzung der Mehrwertsteuer ist, in Berlin zumindest darüber zu diskutieren, dass man die Mehrwertsteuererhöhung aussetzt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und meine Betonung liegt auf Berlin! Hier, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, gucke ich in Ihre Richtung.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Das, was Sie hier machen, ist ein Antrag für die Galerie, um das einmal ganz vornehm zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist inhaltlich in vielen Bereichen ja richtig.

(Heiterkeit bei
Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS, und
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Solche Anträge stellt die FDP nur! – Zuruf von
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Aber versuchen Sie doch nicht, den Menschen draußen wirklich ernsthaft klarzumachen, dass dieser Landtag auch nur im Ansatz eine Chance hat, die Mehrwertsteuer im Bund zurückzudrehen.

(Beifall bei Abgeordneten der
CDU, FDP und Heike Polzin, SPD)

Hören Sie doch auf mit solchen Anträgen, denn das ist Ihrer unwürdig!

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Solche Anträge stellt die FDP nur!)

Machen Sie kluge und vernünftige Anträge! Aber bitte nicht solche Anträge,

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

das haben Sie nicht nötig. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Ich werde Sie beim nächsten Antrag
beim Wort nehmen!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Roof.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Polzin, ich danke Ihnen, Sie haben uns heute gezeigt, wie schnell die SPD ihre Kleider wechselt, das heißt, wie schnell die SPD ihre Meinung ändert. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die uns die Parteien der Bundesregierungskoalition durch eine neue mathematische Formel gezaubert haben – es ist ja heute schon häufiger gesagt worden –, wir erinnern uns, die CDU wollte eine Erhöhung um zwei Prozent, die SPD war dagegen. Was ist herausgekommen? Herausgekommen sind drei Prozent. Das ist für alle Landsleute, die nicht vermögend sind, ein schwerer Griff in die Geldbörse. Aber die Bürger müssen nicht nur diese Wegnahme ihres persönlichen Eigentums hinnehmen, nein, seit Jahren praktizieren die etablierten Parteien einen Ausverkauf des Tafelsilbers, sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene. Insoweit ist es zwingend notwendig, die Volksherrschaft in unserem Land wieder herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –
Volker Schlotmann, SPD: Also gegen
die Verfassung dieses Landes!)

Es ist doch schon sehr verwunderlich, kaum ist die Linkspartei.PDS in der Opposition, tritt sie wieder offensiv für

die Rechte des kleinen Mannes ein.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das haben wir die ganze Zeit getan. –
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Wir waren gegen die Erhöhung.)

So hat sich das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zwar Mitte Juni dieses Jahres im Bundesrat seiner Stimme enthalten, als es um die Zustimmung zur Mehrwertsteuererhöhung ging.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Bereits im Februar dieses Jahres hat die damalige Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei.PDS einen Beschluss gefasst, womit sie die Landesregierung aufgefordert hatte, sich im Bundesrat für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe einzusetzen. In der Begründung des damaligen Antrages hieß es wie folgt, ich zitiere: „Die Europäische Union hat den Mitgliedsstaaten gestattet, auf arbeitsintensive Dienstleistungen einen reduzierten Mehrwertsteuersatz zu erheben.“ Damit besteht für die Unternehmen unseres Landes ein Wettbewerbsnachteil, der durch die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 noch vergrößert würde. Wir müssen uns den zuvor genannten Satz noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die SPD als Regierungspartner sieht durch die Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent einen Nachteil für die Unternehmen in unserem Land, enthält sich aber im Bundesrat ihrer Stimme ganz nach dem Motto „Friede, Freude, Eierkuchen“.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Im Bundesrat gibt es keine Gegenstimme.
Sie sollten sich mal belehren lassen!)

Meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, warum haben Sie denn nicht, solange Sie Regierungspartner waren, einen entsprechenden Antrag auf Rücknahme oder sogar Verhinderung der Mehrwertsteuererhöhung eingereicht?

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Raten Sie mal,
warum sich das Land enthalten hat im Bundesrat!)

Im Bundesrat wurde die Erhöhung am 16. Juni 2006 beschlossen.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

In der Woche vom 27. bis zum 30. Juni 2006 fanden die letzten Plenarsitzungen der 4. Wahlperiode statt. Warum haben Sie denn damals nichts Entsprechendes eingebracht? Sie spielen sich hier als Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit auf,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Wir sind es.)

aber diesen Status nehmen Ihnen die Leute im Land allerdings nicht mehr ab.

Mit dem vorliegenden Antrag soll nun also die Landesregierung aufgefordert werden, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Zurücknahme der Mehrwertsteuererhöhung einzusetzen. Der Antrag der Linkspartei.PDS geht in die richtige Richtung. Die NPD-Fraktion wird dem Antrag zustimmen, er ist aber viel zu kurzfristig gedacht. Arbeitnehmer und mittelständische Unternehmer stehen sich heute nicht mehr mit gegensätzlichen Interessen gegenüber, sondern beide haben mit gleichen Problemen

zu kämpfen. Der Arbeitnehmer hat sinkende Löhne und der mittelständische Unternehmer hat sinkende Gewinne. Die Ursache dafür ist die Globalisierung. Im Kampf um die niedrigsten Löhne und Preise in Konkurrenz zum Beispiel mit Indien und China wird unser Land ruiniert. Gewinner ist allein das internationale Börsenkapital.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf gemäß Paragraph 97 der Geschäftsordnung wegen Ihrer Ausführungen, dass es notwendig sei, die Volksherrschaft wieder herzustellen. Damit haben Sie in grober Weise die Ordnung des Hauses und die Würde des Hohen Hauses verletzt, weil Sie damit unterstellen, dass die gegenwärtige Demokratie keine Volksherrschaft sei.

(Beifall und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der NPD, ich verweise darauf, dass Sie die entsprechenden Auslegungen der Geschäftsordnung bitte dem jeweils amtierenden Präsidenten überlassen! Sie haben die Entscheidung, die ich hier vorne treffe, nicht zu bewerten!

(Beifall Gino Leonhard, FDP: Sie sind fertig. – Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Ja, Sie sind am Schluss.)

Herr Köster, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte nehmen Sie wieder Platz!

(Stefan Köster, NPD: Ich danke für die Meinungsfreiheit!)

Herr Köster, ich erteile Ihnen einen weiteren Ordnungsruf und mache Sie darauf aufmerksam, dass ein erneuter Ruf zur Ordnung zur Folge hat,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Tollhaus hier! Ich habe ja schon einiges befürchtet, aber das ist ein Tollhaus!)

dass Sie an der Sitzung hier heute nicht mehr teilnehmen dürfen.

(Beifall und Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Das Wort hat jetzt die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Keler.

Ministerin Sigrid Keler: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben es schon gehört, für diesen Antrag besteht keine Chance, dass er irgendwie formal umgesetzt werden kann. Ich denke, das ist den Antragstellern auch bekannt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Formal schon, politisch nicht.)

Nein, nein, er ist auch nicht formal umsetzbar.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Da steht doch gar kein Datum drin, Frau Ministerin. – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Man kann immer einen Antrag stellen.)

Wir haben heute den 7. Dezember und ab 01.01.2007 wird die Umsatzsteuer erhöht. Das ist Gesetz, das ist im Sommer dieses Jahres verabschiedet worden sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat.

(Harry Glawe, CDU: Ja richtig, Frau Ministerin. Das ist so.)

Und die Bewohner des Landes haben durchaus Gele-

genheit, sich darauf einzustellen.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Ja und vor allem sind sie damit einverstanden.)

Meine Damen und Herren, 2006 haben der Bund und elf Länder keinen verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt.

(Stefan Köster, NPD: Wer viel Geld hat, der kann gerne darüber sprechen.)

Auch im Jahre 2006, liebe Angelika Gramkow, wird der Bund keinen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen,

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt, erst 2007!)

er wird es erst ab 2007 schaffen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Den hätte er auch ohne Mehrwertsteuererhöhung gehabt.)

Mecklenburg-Vorpommern kann nur einen Haushalt in der sogenannten Regelkreditobergrenze einhalten, weil die Solidarpaktmittel finanztechnisch nicht zweckgebunden sind.

Die Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte hat ein Volumen von 1,5 Billionen Euro. Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich einmal aufschreiben, wie viel Millionen das sind. Es sind zumindest 1.500 Milliarden Euro. So groß ist die Gesamtverschuldung. Und wenn man sagt, im Schnitt etwa vier Prozent Zinsen, dann sind das jedes Jahr 60 Milliarden Euro an Zinsen, die zurzeit dafür aufgebracht werden müssen. Mecklenburg-Vorpommern hat eine Gesamtverschuldung, das wissen Sie, von etwas über 10 Milliarden Euro und wir müssen dafür eine knappe halbe Milliarde an Zinsen aufbringen.

Wir haben also eine Situation, an der wir nicht vorbeikommen, sodass sämtliche öffentlichen Haushalte, sowohl die des Bundes, der Länder als auch der Kommunen, konsolidiert werden müssen. Es führt daran kein Weg vorbei. Man kann jetzt sagen, lassen wir doch einmal die Regelkreditobergrenze, Artikel 115, lassen wir von mir aus auch einmal die EU-Kriterien beiseite, schon alleine die enormen Zinszahlungen belasten uns so, dass wir das auf Dauer nicht aushalten können. Und Sie wissen, die Diskussion darüber, wie die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückgeführt werden kann, ist ja ein Thema, das in der Föderalismus-II-Debatte an Bedeutung gewinnt.

Um die Verschuldung zurückzuführen, das wissen Sie, gibt es zwei Wege: Der eine ist, man geht an die Ausgaben heran. Das haben wir in den letzten Jahren getan, da gibt es eine ganze Menge schmerzhafter Entscheidungen. Und wir wissen auch, die Ausgabenkürzung, die geht nicht unendlich so weiter. Wir brauchen bestimmte Ausgaben, denn der Staat muss bestimmte Aufgaben erledigen. Wir wissen auch, dass nur Reiche sich einen armen Staat leisten können. Diese Einnahmen, die wir aus der Mehrwertsteuer bekommen, die gehen ja letztendlich wieder zurück an die, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: An die Enkelkinder.)

Nein, nicht nur an die Enkelkinder, sondern an die, die jetzt leben.

Und die zweite Variante ist, ...

(Udo Pastörs, NPD: Dann nehmen Sie es doch erst gar nicht weg!)

Ach, mit Ihnen muss ich mich doch nicht auseinandersetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Nein, natürlich nicht. Das dürfen Sie ja auch nicht.)

Die zweite Variante ist, wir müssen die Einnahmen stabilisieren. Wir waren bis 2001 auf einem relativ stabilen Weg und wir werden im Jahr 2006 bei unseren Steuereinnahmen – Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen insgesamt gesehen – noch unter den Einnahmen des Jahres 2001 liegen. Also wenn jetzt immer wieder euphorische Stimmungen hochkommen, die Steuern laufen so gut, jetzt könnt ihr doch wirklich bei der anderen Seite auf die Bremse treten, ihr müsst doch nicht unbedingt die Umsatzsteuer erhöhen, dann sage ich noch einmal: Wir liegen hinter 2001, wo wir mit 5,1 Milliarden Euro das bisher beste Ergebnis hatten, zurück. Man muss natürlich in 2006 die Leistungen für die Kosten der Unterkunft absetzen, denn sonst ist es ja nicht vergleichbar.

Wir brauchen also für die Zukunft stabile und hohe Einnahmen, um die Aufgaben, die das Land hat, zu erfüllen. Aus den uns bisher vorliegenden Zahlen können wir entnehmen, dass wir aus der Mehrwertsteuer netto gesehen für das Land etwa 100 Millionen zusätzlich einnehmen, die Kommunen partizipieren mit 50 Millionen daran. Ihr eigenes Aufkommen ist nicht ganz so gut, dafür werden sie aber von uns durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz tatsächlich entsprechend mehr aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS:
Alles relativ! – Zuruf von
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Es ist hier auch schon gesagt worden, jeder Arbeitnehmer und auch jeder Arbeitgeber profitiert von der Erhöhung, da das eine Prozent natürlich in die Senkung der Arbeitslosenversicherung einfließt.

Ich fasse noch mal zusammen: Wir wissen, dass wir die Verschuldung nicht weiter zulassen dürfen. Wir wissen, dass wir die Ausgaben nicht zu scharf kürzen können. Dazu ist eine gesicherte Einnahme notwendig, die ein moderner Staat braucht. Meine Damen und Herren, es mag im Moment ja unpopulär sein, so eine Erhöhung vorzunehmen, aber ich sehe langfristig keine Alternative dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Das ist sehr schade, Frau Ministerin.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/78. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer Enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/78 bei Zustimmung der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der NPD, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU sowie Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Drucksache 5/79.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:
Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz
und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“
– Drucksache 5/79 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Peter Ritter von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag sei überflüssig, ließ uns jedenfalls der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger über die Presse wissen.

(Michael Andrejewski, NPD: Sehr vernünftig.)

Wissen Sie, allein Ihre Anwesenheit hier im Parlament macht diesen Antrag durchaus notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Volker Schlotmann, SPD –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS: Jawohl. –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde die Positionierung von Herrn Dr. Jäger schade, denn erstens waren wir schon weiter und zweitens stellt sich die Frage: Warum soll der Landtag Mecklenburg-Vorpommern diese neue Initiative der Bundesregierung nicht begrüßen und seine Unterstützung signalisieren? Warum soll der Landtag die Kommunen des Landes nicht aufrufen, in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Präventionsräten, den Projektträgern aus den bisherigen CIVITAS-Strukturen und anderen Projekten die Angebote des Bundes aktiv aufzunehmen? Warum soll die Landesregierung die Kommunen und die Projektträger nicht umfassend unterstützen? Warum soll die Landesregierung nicht prüfen, welche Möglichkeiten dieses neue Bundesprogramm hinsichtlich der Umsetzung unseres eigenen Landesprogrammes bietet? Herr Dr. Jäger meint, die Abgeordneten der CDU-Fraktion und auch die Landeszentrale für politische Bildung haben bereits über das Programm informiert und daher wäre der Antrag überflüssig. Wenn doch alles so einfach wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich natürlich, wenn die CDU-Abgeordneten in diesem Land nicht dem Weltbild eines Herrn Nietzsche, CDU-Bundestagsabgeordneter, entsprechen, sondern hier im Land über das Programm informieren. Das allein reicht aber nicht aus. Auch ein alleiniger Appell an die Kommunen reicht nicht aus. Wollen wir die in unserem gemeinsam erarbeiteten und beschlossenen Programm angestrebte Stärkung der Zivilgesellschaft im Ringen um mehr Demokratie und Toleranz wirklich erreichen, brauchen wir, Herr Glawe,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ein gemeinsames Agieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das neue Bundesprogramm umfasst drei Säulen:

1. die Förderung lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung
2. die Förderung themenbezogener modellhafter Maßnahmen

3. die Programmsteuerung durch eine Regiestelle, die Evaluation, die Forschung und die Öffentlichkeitsarbeit

Und wenn Herr Kollege Dr. Jäger in seiner Pressemitteilung wissen lässt, dass auch die mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur ausdrücklich in dieses Programm aufgenommen seien, ist auch das nicht ganz zutreffend. Richtig ist, dass der Bund sinnvollerweise noch einmal zusätzlich für die Fortfinanzierung der CIVITAS-Projekte – das sind neben den mobilen Beratungsteams auch die Netzwerkstellen und die Opferberatungsstellen von LOBBI e.V. – 5 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Das aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt nur bis zum 30.06.2007. Was danach kommt, ist offen, schlimmstenfalls das Aus dieser Projekte. Deshalb Punkt 4 unseres Antrages. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass gewachsene Strukturen im Ringen um mehr Demokratie und Toleranz wegbrechen, während zur gleichen Zeit rechtsextremistische Gruppierungen und Parteien ihre Strukturen bei uns im Land festigen.

Auch die Zukunft anderer Projekte ist offen. So steht das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ zum 31.12.2006 vor dem Ende. Deshalb Punkt 3 unseres Antrages.

(Unruhe bei Harry Glawe, CDU,
und Werner Kuhn, CDU)

Meine Herren, wenn Sie sich unterhalten möchten, gehen Sie bitte raus, das stört nämlich ungemein,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

oder hören Sie zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, überflüssig ist hier also nichts.

Zurück zum neuen Bundesprogramm. Die drei von mir beschriebenen Säulen durchlaufen mehrere Phasen, ein Vorverfahren und ein Hauptverfahren. So sind die Landkreise Nordvorpommern, Bad Doberan und Ludwigslust in Säule 1, der Erstellung lokaler Aktionspläne im Vorverfahren. Eine Förderzusage ist dies noch lange nicht, denn dem Vorverfahren schließt sich das Hauptverfahren an. Hier sind wieder die Länder gefordert, denn diese sollen aufgrund des vom Bundesministerium erstellten Rankings der Bewerber prüfen, welche Kommunen einen lokalen Aktionsplan erstellen sollen und können. Eine enge Einbeziehung des Landtages scheint hier aus unserer Sicht angebracht. Deshalb Punkt 2 unseres Antrages.

Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, hört sich nicht nur sehr bürokratisch an, es ist auch sehr bürokratisch. Diese Herangehensweise mit Vor- und Hauptverfahren, Hin- und Herschicken von Konzepten und deren Bewertung ist eher hinderlich als effektiv und auch dabei brauchen die Kommunen unseres Landes Hilfe und Unterstützung. So hätte zum Beispiel auch der Landkreis Demmin im Vorverfahren bei Säule 2 sein können. Als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses im Kreis Demmin habe ich mich gemeinsam mit dem Regionalen Jugendbüro Ivenack bemüht, den Kreis Demmin in das Vorverfahren hineinzubringen. Die Vorarbeiten durch das vom Jugendhilfeausschuss initiierte Modellprojekt „Demokratie und Toleranz im Landkreis Demmin“ waren auch nach Einschätzung des hiesigen Sozialministeriums vorbildhaft, allein der Landrat war im Urlaub. Seine Vertretung sah sich nicht in der Lage, rechtzeitig ein positives Signal über Schwerin nach Berlin zu senden. Ich bin Landrat Jelen sehr dankbar, dass er sofort nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub gehandelt hat. Nur leider war

es für das Vorverfahren zu spät.

Diese Episode, meine sehr verehrten Damen und Herren, verdeutlicht zwei Dinge:

Erstens. Abgeordnete der Fraktion der Linkspartei informieren nicht nur über das Programm, sondern sie helfen vor Ort mit, es umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zweitens. Hilfe und Unterstützung der Kreise und Kommunen sind bei der Bewältigung des bürokratischen Dschungels notwendig.

Auch gibt es an anderer Stelle durchaus Undurchsichtiges, was zeigt, dass dieses Programm mit der heißen Nadel gestrickt wurde. In einem Schreiben des Bundesministeriums vom 11. Oktober war zu lesen, dass die Ausschreibungsfrist für Säule 2 am 15. November 2006 beginnt und am 30. November 2006 endet. Das ist, um Konzepte zu entwickeln, natürlich nahezu unmöglich einzuhalten. Mittlerweile liest man aber auf den für das Programm geschalteten Internetseiten, dass das Fristende am 31. Dezember 2006 ist, Zeit also auch für uns und die Landesregierung, offensiv mit den Programmmöglichkeiten umzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weder das Bundesprogramm noch die landespolitische Umsetzung ist überflüssig, sie sind zwingend notwendig. Ein demokratisches Gemeinwesen lebt vom Einsatz seiner Mitglieder für ihre Werte und Ordnungen. Die Verwirklichung einer aktiven Bürgergesellschaft muss daher Primat haben. Bürgergesellschaft bedeutet immer gesellschaftliche Selbstorganisation. Durch das Land ist dieses Engagement als Grundlage für eine lebendige Demokratie aktiv zu unterstützen und zu fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Selbstverpflichtung haben wir uns in unserem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ gegeben. Werden wir dieser Erwartungshaltung gerecht! Eine Ablehnung des Antrages entspricht dem nicht. Ich bitte daher um Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Minister Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der engagierte Einsatz für Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Ausgrenzung ist in unserem Land dringlicher als je zuvor, man braucht nur hier nach rechts außen zu schauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,
Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Volker Schlotmann, SPD)

Die politische Auseinandersetzung mit diesem demokratiefeindlichen Menschenbild muss vor allem auch hier im Landtag geführt werden. Ich freue mich sehr, dass dar-

über parteiübergreifend von der Linkspartei über SPD, CDU bis FDP Einigkeit herrscht.

(Beifall Werner Kuhn, CDU)

Sehr wichtig ist sicherlich auch, dass die neue Landesregierung dieses Anliegen zu einer ihrer wichtigsten politischen Aufgaben erklärt hat. Es ist der ausdrückliche Wille der Regierungsparteien, demokratisches Verhalten, bürgerschaftliches Engagement, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. Der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung nochmals bekräftigt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
In welcher? – Zuruf von
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Ein vielleicht nicht ganz unwichtiger Teil, Herr Ritter, wir wollen die Anstrengung der Landesregierung möglichst weitgehend in der Zuständigkeit eines Ministeriums konzentrieren, dann haben Sie auch den Ansprechpartner, den Sie haben wollen.

Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung auch dazu verpflichtet, finanziell mehr Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Sehr gut.)

Ein wichtiges Anliegen ist dabei, dass die Maßnahmen auf Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene gebündelt und koordiniert werden. Unser wichtigstes Ziel muss sein – darüber kann nur Einigkeit herrschen –, dass die bisherige Arbeit, da, wo sie gut war, evaluiert, geprüft, fortgesetzt und möglichst mit zusätzlichen Arbeitsfeldern und Projekten erweitert wird. Ich denke, es sollten sich nicht die einzelnen Parteien vorne hinstellen und immer ihren Teil herausstreichen. Die SPD des Landes hat sich im Sommer massiv, letztlich auch mit Erfolg, auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Bundesebene in ihren Bemühungen nicht nachlässt. Wie das ausgestaltet ist, darüber muss man noch im Einzelnen reden. Auf jeden Fall ist uns in Zukunft mehr auf diesem Politikfeld möglich und nicht weniger. Das Land wird in den nächsten Wochen und Monaten zusätzliche ergänzende Strategien entwickeln und umsetzen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS,
und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich setze bei diesem Prozess auch darauf, dass es Unterstützung hier durch das Haus gibt, durch Sie, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wenn der vorliegende Antrag in die Ausschüsse überwiesen wird, dann könnten wir sicherlich dort den erforderlichen Gedankenaustausch haben.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Sehr gut.)

Ich will in einem zweiten Teil noch einige Worte sagen zu dem wichtigen Punkt, der in Ihrem Antrag angesprochen ist. Was wird mit der Umsetzung des Bundesprogramms? Das ist für uns, für das Sozialministerium ein ganz wichtiger Punkt. Wir werden das sehr intensiv begleiten und wir werden alles dafür tun, dass es ein Erfolg wird, gerade das, was Sie angesprochen haben. Die Probleme sind uns in der Umsetzung bewusst, auch die bürokratischen Probleme. Deshalb muss man als

Sozialministerium viel an Beratung leisten. Das tun wir, das haben wir schon getan. Das Programm ist vorgestellt worden bei der Herbsttagung der Jugendpfleger. Es gab eine Tagung der Integrationsbeauftragten, da ist es auch vorgestellt worden und auch bei einem Treffen der bisher geförderten CIVITAS-Projekte. Die Resonanz ist sehr gut. Viele – Sie haben das auch angesprochen – Landkreise, Städte, Gemeinden, alle wollen mitmachen und sie möchten von uns als Sozialministerium Information und Beratung. Dem sind wir nachgekommen und kommen wir selbstverständlich sehr gerne nach. Wir unterstützen alle Kommunen und Träger intensiv bei dem Interessenbekundungsverfahren, das Sie angesprochen haben, das in der Tat eine enge Zeitleiste hat. Bis zum 31. Dezember 2006 soll das abgeschlossen sein.

Ich meine, dass ein wichtiges Ziel unserer Beratung, unserer Hilfe sein muss, dass sich das, was sich auf lokaler Ebene tut, in eine Gesamtstrategie des Landes einfügt. Es gibt inzwischen aus den ersten Landkreisen und Städten Angebote, Anträge, sich mit lokalen Aktionsplänen an diesem Bundesprogramm zu beteiligen. Insgesamt geht es um zehn Regionen. Wir helfen dabei. Und vielleicht noch einmal in Erinnerung gerufen für diejenigen, die sich nicht so genau auskennen: Diese Aktionen – das ist die Vorgabe und ich finde die vernünftig – müssen geeignet sein, folgende Ziele zu verwirklichen:

1. Entwicklung von Verständnis für gemeinsame demokratische Grundwerte, demokratische Vielfalt
2. Förderung der Achtung der Menschenwürde
3. Bekämpfung jeder Form von Extremismus

Dafür ist Geld zur Verfügung. Die einzelnen beteiligten Regionen können von der Bundesregierung in den nächsten drei Jahren jährlich 100.000 Euro bekommen. Sie können Einzelprojekte bis zu 20.000 Euro durchführen.

(Stefan Köster, NPD: Und bei den armen Menschen wird es wieder abgezogen.)

Wir sollten das nicht schlecht machen, sondern versuchen, es möglichst klug zu nutzen. In einer ersten Phase, in einem Vorverfahren werden ab Januar 2007 erste lokale Aktionspläne, erste Modellprojekte gefördert. Dazu werden förderfähige Regionen, die lokale Pläne entwickeln, und Projektträger, die Modellprojekte entwickelt haben, von uns benannt. Damit können bis Ende des Jahres 2006 Bewilligungen erfolgen. Es haben sich hier aus dem Land beteiligt Ludwigslust, Bad Doberan, Nordvorpommern und es gibt ein Modellprojekt des Landesjugendringes.

Dann muss es allerdings darum gehen, das in der zweiten Phase, der Hauptphase, optimal vorzubereiten. Dazu hat ein Gespräch unter der Federführung des Sozialministeriums stattgefunden, wo alle Beteiligten, alle Akteure des Landes zusammengekommen sind, ein sehr großer Kreis. Ein Ergebnis dieses Treffens ist die gemeinsame Entwicklung eines Strategiekonzeptes, und zwar mit dem Ziel, und das muss auch klar sein, egal wie schwierig es ist, das Bundesprogramm umzusetzen. Wir müssen das Bundesprogramm und die Arbeit der CIVITAS-Projekte zusammenführen mit dem Aufbau von Regionalzentren und mit der Umsetzung unseres Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“. Das muss zusammengeführt werden, das muss doch das Ziel sein.

Dann geht es auch um die Möglichkeiten, die wir nutzen

können und die sich daraus ergeben, dass die Bundesförderung weitergeführt wird, wie das CIVITAS-Programm. Da geht es um 5 Millionen Euro und das CIVITAS-Folgeprogramm, da geht es um 35 Millionen Euro. Diese Dinge vom Bund müssen wir im Land ergänzen und wir müssen das möglichst über das hinaus unterstützen, was bisher im Kinder- und Jugendprogramm der Landesregierung festgelegt und untersetzt wird. Da müssen wir schauen, was möglich ist.

Meine Damen und Herren! In einem ländlich geprägten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern müssen bürgerschaftliche Strategien gegen Rechts vor allem auf dem Land anknüpfen. Wir müssen die Menschen auf dem Land erreichen, gerade die Jugendlichen, wo wir sie antreffen, in den verschiedenen Vereinen, bei den Feuerwehren, wo auch immer.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da müssen wir versuchen, denjenigen entgegenzuwirken, die ihrerseits tätig werden. Ich hoffe, dass wir dabei viel Erfolg haben. Ich setze voraus, dass wir ihn haben werden, wenn wir zusammenhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Ralf Grabow, FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meines Beitrages zu dieser Debatte möchte ich auf die Vorgänge von heute Morgen eingehen, weil ich denke, sie sind Auswirkungen und passen inhaltlich zu dem, was wir mit dem Antrag zu diesem Bundesprogramm hier zu diskutieren haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen wieder einmal das wahre Gesicht der NPD gesehen. Die NPD hat Fotos von Abgeordneten gemacht.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD – Minister Dr. Till Backhaus: Jetzt fliegt er aber raus.)

Die NPD hat Fotos von Mitarbeitern der Fraktionen gemacht. Was Sie als Lüge bezeichnen, ich denke da an Ihre Idee der Holocaustlüge, wissen Sie, da sind Sie in einer Ecke, wo Sie hingehören.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte einen Moment, Herr Schlotmann.

Herr Köster, ich erteile Ihnen den dritten Ruf zur Ordnung, entziehe Ihnen für die Sitzung das Wort und bitte Sie, das jetzt in Ihrem Verhalten zu beachten.

Herr Schlotmann, Sie haben das Wort.

Volker Schotmann, SPD: Ja, so ist das mit der NPD.

Meine Damen und Herren! Und dann geht es weiter, dass sogar frei gewählte Abgeordnete dieses Hauses in persona bedroht werden,

(Michael Andrejewski, NPD: Das entspricht nicht der Wahrheit!)

mit Gewalt bedroht werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Umgekehrt.)

Meine Damen und Herren, dass so etwas Betroffenheit,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Waren Sie dabei?)

Wut und Ärger bei uns hier im Parlament, bei uns Demokraten auslöst, ist die eine Seite. Da fällt es schon schwer genug, damit als Mensch umzugehen. Aber ich möchte es hier an der Stelle ganz konstruktiv selbstkritisch sagen,

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist mal was Neues.)

so, wie es uns bei solchen Vorkommnissen geht, meine Damen und Herren, so geht es vielen hier im Lande, in den Dörfern und Städten. Das sollten wir uns tagtäglich vor Augen halten.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das vergessen wir ganz gerne und es wird uns dann bewusst, wenn es uns ganz persönlich trifft. Das Geschrei der NPD kann man an der Stelle nur ignorieren.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist reine Dichtung.)

Meine Damen und Herren! Die NPD zeichnet sich zurzeit dadurch aus, dass sie versucht hat, in den ersten Beratungen dieses Parlaments mit Geschäftsordnungstricks – sie hat sich Sachverstand, so will ich mal sagen, aus anderen Bundesländern herangeholt – die Demokratie dieses Parlaments der Lächerlichkeit preiszugeben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren! Hier im Landtag passiert das. Nach den Vorfällen von heute Morgen muss ich mich, müssen wir uns ernsthaft fragen: Ist die nächste Stufe jetzt die Stufe der Androhung von Gewalt in diesem Landtag? Ist das die nächste Stufe, die die NPD sieht, weil sie nicht mehr punkten kann mit ihren Geschäftsordnungsveranstaltungen, die sie hier versucht hat durchzuziehen? Und dann stellt sich die Frage: Was passiert, wenn diese Stufe beschritten worden ist? Machen wir dann hier im Landtag, hier im Land Politik mit dem Baseballschläger oder was?

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren von der NPD, nehmen Sie sich in Acht vor den Demokraten!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und Ralf Grabow, FDP – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das verspreche ich Ihnen: Wir werden Sie in dieser Legislatur hier vorführen und Sie werden sich an jedem möglichen Punkt hier lächerlich machen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das verspreche ich Ihnen in die Hand, auch Ihnen, Herr Andrejewski.

(Michael Andrejewski, NPD: Das können Sie viel besser als wir. Sie sind Profi.)

Ihre plumpen deutschtümelnden Anträge werden in dieser Legislatur hier nie, nie eine demokratische Stimme erhalten. Dass Ihre Pseudokandidaten, zu denen Sie ja auch zählten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

für Ämter hier immer nur sechs Stimmen, nämlich Ihre eigenen, erhalten, frustriert Sie.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist

Demokratieverachtung, was Sie da machen.)

Ja, ich sehe das.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Sie schreien herum, weil Sie frustriert sind bis sonst wohin. Und ich sage Ihnen, diese Frustration bei Ihnen, das ist gut so.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das ist gut so, genau, Herr Andrejewski, es ist gut so, dass Sie frustriert sind, dass Sie merken, dass es Ihnen nicht gelingt, die Demokraten hier auseinanderzubringen. So weit wir uns auch unterscheiden in einzelnen politischen Fragen, Ihnen wird es garantiert nicht gelingen, uns an der Stelle auseinanderzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ja, Sie nicht, aber wir wissen das. Das ist ja Ihr Problem.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das erledigt das.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ihre Begriffswahl ist immer sehr verräterisch, Herr, Herr, Herr ... – egal.

Genauso gut ist es, dass wir das neue Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ der neuen Bundesregierung hier vorliegen haben, meine Damen und Herren. Ziel dieses Programms ist es, die Zivilgesellschaft zu stärken, Toleranz und Demokratie zu fördern und die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen zu unterstützen. Dabei setzt das neue Modellprogramm verstärkt auf die gemeinsame Initiative und die enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Dieses auf Dauer angelegte Programm knüpft an die Erfahrungen aus dem Ende dieses Jahres auslaufenden Aktionsprogramm der Bundesregierung an und setzt zugleich die Empfehlung der wissenschaftlichen Begleitung um. Zielgruppen sind dabei Jugendliche in strukturschwachen Regionen, aus Milieus mit Affinität zur Fremdenfeindlichkeit, Kinder und Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer und Sozialpädagogen sowie weitere Multiplikatoren.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Im Rahmen dieses Programms – wir haben das nun schon mehrfach gehört – kommt den Kommunen und Landkreisen eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Aus meiner Sicht ist es besonders zu begrüßen, dass in dem Programmschwerpunkt „Entwicklung integrierter lokaler Strategien“ Kommunen und Landkreise zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort einen lokalen Aktionsplan entwickeln sollen, und zwar anhand einer spezifischen Analyse der Problemlagen vor Ort. Auf dieser Grundlage wird mit konkreten Maßnahmen und Schritten eine langfristige Strategie verfolgt und lokale Vernetzungen gefördert. Das aber, und das schreibe ich uns hier ins Stammbuch, bedeutet gleichzeitig in sehr starkem Maße die Verpflichtung für das Land, der kommunalen Ebene dabei zur Seite zu stehen. Wir dürfen die

Bürgermeister und Landräte hier nicht alleine lassen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Sehen wir uns nur aktuelle Beispiele wie Jameln oder Anklam an.

Zur Information: Die NPD ist unheimlich scharf auf das Redemanuskript meiner Rede hier.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wahrscheinlich überlegt sie wieder, welche Möglichkeiten ihr da geboten sind, dann gegen uns vorzugehen.

(Michael Andrejewski, NPD: Das brauchen wir nun wirklich nicht, danke.)

Nein, ich kann meinen Ohren trauen. Ihnen traue ich nicht, aber meinen Ohren schon.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren! Bei dieser Zusammenarbeit darf es nicht passieren, dass Kommunalpolitiker zukünftig mehr oder weniger alleine den Kampf gegen Rechtsextremismus führen. Allein das Signal – das ist einmal ein Wunsch von dieser Stelle aus geäußert, vielleicht etwas Ungewöhnliches –, dass sich ein Minister der Landesregierung zum Beispiel in Jameln öffentlich erkennbar mit dem Bürgermeister trifft und damit dokumentiert, seht her, wir lassen euch nicht alleine mit diesem Problem, wäre, ich glaube, schon einmal wirklich gut.

(Beifall Heike Polzin, SPD, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist, wie Sie hier sehen, eine permanente Aufgabe. Dies tritt mitunter allzu schnell in den Hintergrund. Wenn Wahlerfolge rechtsextremer Parteien etwas bewirken, dann ist es das, dass sie uns wieder einmal die Gefährlichkeit dieses Rechtsextremismus deutlich vor Augen führen. Allerdings müssen wir uns alle selbstkritisch fragen, wie es zu dieser Situation gekommen ist, wie es dazu kommen konnte, dass sich diese rechtsextreme Szene im Land in so besorgniserregender Weise etablieren konnte. Zu lange – auch das selbstkritisch an uns alle Demokraten gerichtet –, allzu lange wollte man die Entwicklung in manchen Regionen vor Ort nicht wahrhaben oder auch einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Falsch verstandene Rücksichtnahme oder Sorge um den Ruf in der Öffentlichkeit haben nicht selten zu dieser Entwicklung mit beigetragen. Es ist aber unabdingbare Grundvoraussetzung, die Situation vor Ort ohne Scheuklappen zur Kenntnis zu nehmen, zu analysieren, offen zu benennen und dann gemeinsam dagegen zu agieren.

Meine Damen und Herren! Es gibt auch das Argument, man will den Rechtsextremen keine Bühne geben, sie nicht aufwerten. Ich sage Ihnen, das kann doch wirklich nicht wahr sein,

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

denn damit wird ein geschöntes Bild der Realität vermittelt, und diese Bühne benutzen diese Herrschaften hier in diesem Landtag. Wir haben eine andere Situation, das sollte sich wirklich jeder durch den Kopf gehen lassen. Und durch Verschweigen oder gar Leugnen mag sich vielleicht der Einzelne mal ganz wohlfühlen, aber die reale Situation wird nicht besser.

Meine Damen und Herren! Rechtsextremismus in jeder Erscheinungsform und Ausprägung ist in seiner men-

schenverachtenden Ideologie und Verhaltensweise unerträglich. Rechtsextremismus schadet den Menschen und dem Land ganz konkret. Wenn es eine Quintessenz hinsichtlich der Wirksamkeit vom Programm gegen Rechts-Extremismus gibt, dann ist es aus meiner Sicht die, dass es auf Kontinuität ankommt für die geistige Ebene, auf der diese Auseinandersetzung stattfindet, wo viele vor Ort, nicht Politiker, sondern Menschen, sich in Initiativen, in Einrichtungen und Organisationen engagieren, um gegen diese geistige Umweltverschmutzung unserer Republik zu agieren. Um einmal ein paar aktuelle Beispiele zu nennen – ich mag das ganz gerne, wenn man aktuell einmal sieht, was diese Herrschaften hier wirklich so tatsächlich produzieren, wenn sie hier mal nicht ihre Veranstaltung betreiben –, ein Blick auf die Homepage der NPD gestern Abend,

(Raimund Borrmann, NPD: Oh!)

um diesen Geist noch einmal zu verdeutlichen. Der Bundesvorsitzende der NPD schreibt einen Kommentar in einem Organ, wo er von der Reichshauptstadt Berlin schreibt,

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

öffentlich, deutlich. Ich glaube, die Verfassung dieser Bundesrepublik, auf der Sie anscheinend nicht stehen,

(Michael Andrejewski, NPD:
Die könnte man ändern.)

hat eine ganz klare Bezeichnung für die Bundeshauptstadt Berlin

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und nicht für die Reichshauptstadt.

Ein weiteres Beispiel für diese Denke, auch von gestern. Da steht auf der Homepage des Landesverbandes der NPD unter dem Titel „Mehr Geld für Jüdische Gemeinde“:

„Per Staatsvertrag steigt die jährliche Zuwendung für die Jüdische Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern bis 2010 von jährlich 296.000 € auf 355.000 €. Eine entsprechende Erklärung haben heute im Bildungsministerium Minister Henry Tesch, Landesrabbiner Dr. h.c. William Wolff und der Vorstand der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern unterzeichnet.

Begründet wurde der Schritt mit dem Wachstum der Gemeinde. Der noch frisch gebackene Bildungsminister Henry Tesch erklärte hierzu, daß die Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nur sehr wenig Geld hätten und sie auf die Unterstützung durch das Land angewiesen wären. Andererseits seien wir schließlich dankbar für“ – jetzt bei der NPD in Gänsefüßchen – „die große Bereicherung, die sie durch ihre kulturellen und religiösen Aktivitäten für Mecklenburg-Vorpommern darstellen“. Nun das sind ‚wir‘ nicht alle Herr Tesch!“ – NPD.

„Tesch ist ehemaliger Direktor, des Gymnasium Carolinum in Neustrelitz. Ein Kritiker“ – er ist von der NPD – „faßte beim Amtsantritt Teschs als Bildungsminister die überdurchschnittlich vielen Veranstaltungen jüdischer Ausrichtung an dem Gymnasium mit den Worten zusammen: ‚Ich habe den Eindruck dort sind das ganze Jahr jüdische Wochen.““

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Gott bewahre! Gott bewahre! Gott bewahre!)

„Vor diesem Hintergrund scheint der Staatsvertrag“, so

die NPD, „als eine der ersten Amtshandlungen Teschs in bedenkenswertem Lichte.“

(Udo Pastörs, NPD: Ein schöner Vortrag! Danke.)

Meine Damen und Herren, noch deutlicher kann man seine Geisteshaltung nicht dokumentieren.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Vielleicht zum Schluss noch eine persönliche Anmerkung. Ich glaube, gestern war es, da ging es um diese Frage Anne-Frank-Ausstellung, die wir als Demokraten alle begrüßen und befördern werden. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, ob wir sie nicht sogar in den Landtag bekommen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Da sprach ein Redner der NPD, ich glaube, Herr Lüssow war es. Herr Lüssow, Sie tun mir wirklich leid.

(Zuruf von Birger Lüssow, NPD)

Ja, das meine ich ganz ehrlich.

(Zuruf von Birger Lüssow, NPD)

Sie sich auch, das habe ich so verstanden. Sie tun mir wirklich leid, dass so ein junger Mensch aus der größten Stadt dieses Landes so einer Verblendung hinterherrennt. Sie haben teilweise richtig hier den Hass sprühen lassen bei Ihrer Rede.

(Birger Lüssow, NPD: Das können Sie beurteilen?! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ja, das kann ich beurteilen. Ich habe Kinder in Ihrem Alter, wissen Sie.

(Michael Andrejewski, NPD: Die armen! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ach wissen Sie, Herr Pastörs, Sie tun mir noch viel mehr leid.

(Udo Pastörs, NPD: Danke.)

Herr Lüssow sagte hier in einer Stelle, als er sich provoziert fühlte, sinngemäß – ich kann das nicht mehr wörtlich zitieren, das fällt dann doch etwas schwer –, wir seien die ewig Gestrigen, weil wir die Nazizeit und damit die NPD und was weiß ich alles in Verbindung bringen, das kann ja wohl nicht sein, man müsse doch jetzt nach vorne gucken und die NPD tut das und Herr Lüssow tut das. Wissen Sie, und dann gucke ich auf diese NPD-Seite heute Nacht und da hätte ich fast einen Lachanfall bekommen, wenn es nicht so traurig wäre. Da steht als ein ganz wichtiger Punkt der NPD: „Ein Volk ohne Vergangenheit hat keine Zukunft.“ Bekennen Sie sich zu Ihrer Vergangenheit, dass das die Wurzeln Ihrer Gedankenwelt sind, dann sind Sie ehrlich und dann haben Sie auch das Recht, hier Anträge zu stellen und nicht die Bevölkerung hier zu verschießern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Birger Lüssow, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Dafür nehme ich einen Ordnungsruf in Kauf. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich bitte hier wieder um Sachlichkeit.

Danke schön, Herr Schlotmann.

Die NPD hat die Einberufung des Ältestenrats beantragt.

(Volker Schlotmann, SPD: Habe ich doch gesagt.)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für eine halbe Stunde und berufe den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 14.24 Uhr

Wiederbeginn: 14.50 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Herr Abgeordneter Schlotmann, für den letzten Satz in Ihrem Redebeitrag erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Wir fahren jetzt fort in der Rednerliste. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Reinhardt von der Fraktion der CDU.

Marc Reinhardt, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Stück weit möchte ich meinem Fraktionsvorsitzenden natürlich recht geben, in gewissem Sinne reden wir zum Teil – Herr Ritter ist leider noch nicht da, ich hoffe, er taucht noch auf – über vergossene Milch. Aus unserer Sicht muss die Landesregierung hier nicht zum Handeln aufgefordert werden. Sie handelt bereits zusammen mit der Bundesregierung. Es ist vieles auf den Weg gebracht. Es wurden und werden Voraussetzungen für die Umsetzung im Land geschaffen. Wir haben das schon gehört, auch in den Ausführungen des Sozialministers. Drei Landkreise haben sich schon beteiligt. Ich weiß – Herr Ritter hat es auch gesagt –, viele andere Landkreise sind dabei, sich zu beteiligen.

Lassen Sie mich deshalb trotzdem ein paar Ausführungen zu dem Aktionsprogramm machen. Mit dem bisherigen Aktionsprogramm fördert und unterstützt die Bundesregierung seit 2001 demokratisches Verhalten, ziviles Engagement, Toleranz und Weltoffenheit, insbesondere Jugendlicher. Seit Programmbeginn im Jahr 2001 wurden über 4.000 Projekte, Initiativen und Maßnahmen mit über 163 Millionen Euro gefördert. Bis zum Jahr 2000, also bis Ende dieses Jahres, werden nach derzeitigem Planungsstand rund 192 Millionen Euro an Fördergeldern seitens des Bundes zur Verfügung gestellt.

Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Aktionsprogramms dokumentieren, dass die Programmziele vor Ort erreicht werden, welche Projekttypen und Maßnahmente erfolgreich sind, dass unverändert – und da ist bei uns ja Einigkeit – Handlungsbedarf besteht und die Aufgabe der Stärkung der Zivilgesellschaft mit der Beendigung des aktuellen Programms am Ende des Jahres fortbesteht.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind in Deutschland nach wie vor ernst zu nehmende Probleme. Dies belegen die Verfassungsschutzberichte, die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien sowie neue Studien und Berichte aus der pädagogischen Praxis. Es zeigt sich, dass vor allem im Bereich der öffentlichkeitswirksamen Gewalttaten junge Menschen als Täter in Erscheinung treten. Einstellungsuntersuchungen zeigen hingegen, dass besonders bei Erwachsenen, vor allem Älteren, entsprechende Orientierungen ausgeprägt sind.

Ziel des Programms war es bisher, Verständnis für die gemeinsamen Grundrechte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, Achtung der Menschenwürde zu fördern und jede Form von Extremismus – und hier ist es egal, ob

von rechts, von links, religiös oder welcher Natur auch immer – zu bekämpfen. Im Rahmen eines ganzheitlichen Integrationskonzeptes sollen auch religiöse Unterschiede Eingang finden. Der Dialog mit Glaubensgemeinschaften soll auf eine solide Grundlage gestellt werden, einer Rekrutierung durch radikale Gruppen soll vorgebeugt werden.

Das neue Programm knüpft quasi an das alte Programm an. Bei der Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie liegt eine besondere Aufgabe des Bundes in der Darstellung gelingender Praxis, in der befristeten Förderung besonders innovativer Projekte und darin, die gesellschaftliche Anerkennung des bürgerlichen Engagements zu unterstreichen.

In dem neuen Programm des Bundes, das vorrangig im präventiv-pädagogischen Bereich angesiedelt sein soll, der Bewusstseinsbildung dienen soll und auf langfristige Wirkungseffekte ausgerichtet ist, soll daher in Anknüpfung an das bisherige Umsetzungsverfahren mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ gewirkt werden. Dabei – wir haben es heute schon gehört – sollen lokale Aktionspläne in kommunaler Verantwortung gefördert werden, herausgehoben, modellhafte Maßnahmen unterstützt sowie auf Bundesebene zusätzliche Orte zentraler gesellschaftlicher Kommunikation über Vielfalt und Toleranz geschaffen werden. Mit der Akzentuierung und Verknüpfung der Begriffe „Vielfalt“, „Respekt“, „Demokratie und Toleranz“ mit der Hauptzielgruppe junger Menschen sind Stichworte eines neuen und auf Dauer angelegten Programms umrissen. Eine enge Abstimmung des neuen Programms mit Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Förderung von Toleranz im Arbeitsmarktbereich sowie mit dem Programm der Länder zur Stärkung von Toleranz und Demokratie ist beabsichtigt.

Ich komme nun zu den Schwerpunkten und möchte mich hier, da schon vieles genannt wurde, auf zwei wesentliche Aspekte konzentrieren. Zum einen ist es die soziale Integration. Die unzureichende Ausbildungs- und Qualifizierungssituation sowie die Reduzierung von Angeboten der kommunalen Jugend- und Sozialarbeit führen gerade in strukturschwachen Regionen dazu, dass es Jugendlichen an Möglichkeiten der sozialen Integration mangelt. Extremisten und ihren Vorfelddorganisationen gelingt es zunehmend, Jugendliche auf dieser Ebene anzusprechen. Vor diesem Hintergrund bedarf es einer verstärkten Förderung demokratischer Strukturen und Angebote, die geeignet sind, Erfahrungen von Teilhabe und Beteiligung zu vermitteln.

Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt ist die Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft. Eine lebendige und demokratische Bürgergesellschaft wird in erster Linie nur durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Gerade in strukturschwachen Regionen ist zu beobachten, dass gesellschaftliche Gestaltungs- und Beteiligungsspielräume zunehmend von extremen Organisationen und Parteien besetzt werden. Besonders in den neuen Bundesländern fehlt es hier vielerorts an demokratischer zivilgesellschaftlicher Infrastruktur, die in der Lage ist, situations- und bedarfsorientierte Formen von Beteiligungskultur zu erproben. Es bedarf daher wirksamer Modelle und Methoden, die besonders auch jene Bürgerinnen und Bürger in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einbinden, die über bisherige Beteiligungsangebote nicht erreicht wurden.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen. Wir haben uns, wie auch unser Fraktionsvorsitzender ausgeführt hat, dazu entschlossen, dass wir eigentlich der Auffassung sind, da hier Landesregierung und Bundesregierung seit Langem handeln, dass es einer weiteren Diskussion hier im Plenum nicht bedarf. Ich persönlich bin auch nicht der Überzeugung, dass jetzt das weitere Reden sehr viel bringt. Sie haben es auch alle betont. Vor Ort in den Landkreisen, in den Kommunen sind wir als Abgeordnete jetzt gefordert zu handeln, den Verwaltungen zu helfen, dieses neue Bundesprogramm umzusetzen und selbst mit Leben zu erfüllen. Ich möchte aber trotzdem im Namen der Koalitionsfraktionen die Überweisung in den Sozialausschuss beantragen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Reinhardt.

Das Wort hat jetzt Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

Ralf Grabow, FDP: Frau Präsidentin! Die FDP-Fraktion findet das natürlich super, sage ich jetzt mal, dass dieses Programm auch weiter aufgelegt wird. Wir würden aber auch empfehlen, es in den Sozialausschuss federführend zu überweisen, denn mir geht es an dieser Stelle darum, dass wir die Kommunen nicht allein lassen. Wenn ich an meine Hansestadt denke, wäre im Augenblick eine Kofinanzierung zum Beispiel der zweiten Phase fast gar nicht möglich. Insofern sollten wir in den Ausschüssen gucken, inwieweit man dabei helfen kann, auch bei den Kommunen, wo es eng wird, sodass wir jede Initiative mit unterstützen können. Insofern Sozialausschuss federführend, ansonsten Finanzen und Bildung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, Reinhard Dankert, SPD, Jörg Vierkant, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mein Kollege Peter Ritter hat bei der Einbringung des vorliegenden Antrages nachdrücklich darauf hingewiesen, dass sich ein demokratisches Gemeinwesen auch oder gerade durch demokratische Strukturen und Regeln auszeichnet. Seit mehreren Jahren beobachten wir in zahlreichen Regionen Ost- und Westdeutschlands eine zunehmende Verfestigung rechtsextremistischer Strukturen. Ich bin sehr froh, dass sich der Landtag mit diesem Problem in den vergangenen Jahren immer wieder beschäftigt hat, dass er diese Probleme erörtert und im Ergebnis dieser Diskussionen das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ im April diesen Jahres beschlossen hat.

Das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl mit einem hohen Anteil von Nichtwählern und dem erstmaligen Einzug der NPD in dieses Parlament zeigt die hohe Aktualität dieses parteiübergreifend beschlossenen Landesprogramms und dieses Themas. Das genannte Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes hat gewiss sehr unterschiedliche Gründe. Es muss uns als Landespolitiker aber alarmieren, wenn sich Kräfte in unserer

Gesellschaft auf ein Geschichts- und Menschenbild berufen, das zu Krieg und Zerstörung geführt hat, das die Länder Europas, aber auch Deutschland in Schutt und Asche gelegt hat.

Sebastian Haffner wurde Ende der sechziger Jahre – Sie erinnern sich, es war die Zeit der Studentenunruhen in Westdeutschland – gefragt, ob er in Westdeutschland eine Gefahr für einen Rückfall in die Barbarei der Nazizeit sehe. Er verneinte das damals mit dem Hinweis darauf, dass jetzt, also 1968, anders als in der Weimarer Republik, die Eliten Deutschlands die Demokratie verinnerlicht hätten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich wiederhole den Satz. Er sagte für das Jahr 1968 zutreffend, dass die Eliten Deutschlands, anders als in der Weimarer Republik, die Demokratie verinnerlicht hätten.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Dieser Gedanke, meine Damen und Herren, liegt unserem Antrag zugrunde. Eine demokratische Gesellschaft ist gerade für uns in Deutschland ein hohes Gut. Eine demokratische Gesellschaft ist aber nichts einmal und endgültig Geschaffenes.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Und unser Antrag ist auch keine technische Angelegenheit, das möchte ich insbesondere an den Herrn Abgeordneten Reinhardt sagen, sondern ich unterstütze sehr, was der Herr Abgeordnete Schlotmann gesagt hat: Demokratie und Toleranz müssen mit jeder Generation immer wieder neu erlernt, neu erlebt, neu gelebt, neu verinnerlicht werden. Demokratie und Toleranz sind deshalb beständig Teil unserer Werteerziehung in der Gesellschaft und dafür tragen wir mit als Parlament, dafür trägt der Staat insgesamt Verantwortung und dafür trägt natürlich auch der Einzelne Verantwortung, denn Demokratie und Toleranz entwickeln sich auch und gerade in den verschiedenen Lebensweisen unserer Bürgerinnen und Bürger, in der Familie, in der Kita bereits, in der Schule, im Betrieb, in Freizeiteinrichtungen, überall, wo Menschen zusammenkommen.

In diesem Sinne haben sich insbesondere die CIVITAS-Programme, die über dieses Programm vernetzten Projekte in den vergangenen Jahren bewährt. Wir wollen hieran anknüpfend eine Diskussion führen und dieses Programm mit Leben erfüllen. Das ist der Anlass, das ist der Grund für unseren Antrag. Wir wollen, dass dieses Bundesprogramm gemeinsam mit dem Landesprogramm, das der Landtag zu Beginn diesen Jahres beschlossen hat, umgesetzt wird, vor Ort mit Leben erfüllt wird.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und wir sehen auch eine Möglichkeit, dass bestimmte Webfehler, die in dem neuen Bundesprogramm sind, behoben werden. Auf diese wurde in der Anhörung vor dem Bundestag am 20. November hingewiesen, dass zum Beispiel allein Kommunen als Zuwendungsempfänger gelten werden, oder es wurden die fehlenden verbindlichen Qualitätsstandards für lokale Aktionspläne kritisiert oder auch die alleinige Zentrierung auf

Jugendliche. Ich denke, diese angesprochenen Mängel können bei der Umsetzung, auch bei der weiteren Diskussion dieser Projekte behoben werden und dann diesen Programmen zu einer umfassenden Wirksamkeit

verhelfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ritter hat auf Abstimmung des Antrages plädiert. Die Linkspartei.PDS nimmt den Änderungsvorschlag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion auf und ist selbstverständlich mit der Überweisung in den Sozialausschuss einverstanden. Wir möchten gleichzeitig darum bitten, dass die Landesregierung zwischenzeitlich zur Umsetzung des Bundesprogrammes im Lande die erforderlichen Schritte einleitet, um es nicht zu Verfristungen kommen zu lassen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,
Reinhard Dankert, SPD, und
Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal ein Wort zu Herrn Schlotmann: Herr Schlotmann, das Informieren über die überproportionale Finanzierung eingewanderter Juden ist nicht unisono rechtsradikal, sondern es ist ganz normaler Umgang, über Dinge im Land zu informieren, die in der täglichen Presse offensichtlich untergehen. Das zunächst einmal vorab.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Schon allein die Bezeichnung „überproportional“ ist eine Unterstellung, Herr Pastörs.)

Ich komme zu meiner eigentlichen Rede.

Ideen sind gefragt im Handaufhalten gegen Rechts. Und da kam mir dann folgender Gedanke. Wie wär's mit folgender Geschäftsidee? Sie von den sogenannten demokratischen Parteien gründen den Verein „Fraktion der induziert Irren gegen Rechts e.V.“

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Plätzchen backen gegen Rechts, Rock gegen Rechts, Stricken gegen Rechts, Luft anhalten gegen Rechts, Theater spielen gegen Rechts – machen Sie hier gerade.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Das können Sie besonders gut,
Theater spielen. Das merken wir alle hier. –
Volker Schlotmann, SPD: Endstation Rechts.)

Alles schon da, das wird alles schon vom Steuerzahler voll finanziert, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Und unterstützt, Herr Pastörs. –
Minister Dr. Till Backhaus: Von
wem werden Sie denn finanziert?)

Nein, der Verein „Fraktion der induziert Irren gegen Rechts e.V.“ funktioniert anders.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Dass wir uns das hier bieten lassen müssen.)

An der Spitze ein gestandener Antifaschist, der Herr Holter von der Linkspartei.PDS, er trägt seine uns gestern hier im Plenarsaal stolz vorgezeigte Bibel. Daraus liest von der SPD der geschätzte Herr Ex-Innenminister und

Pastor, Herr Gottfried Timm, die Stelle aus der Thora „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ vor, währenddessen die Genossin Bretschneider

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

jene von den Jusos im Wahlkampf gegen die NPD eingesetzten Postkarten verteilt, auf denen ein halbnackter Mann zu sehen ist, dessen Geschlechtsteil, gut erkennbar, sich nach rechts orientiert.

Meine Damen und Herren, das ist Ihr Niveau, und für so einen primitiven Mist wollen Sie weiter Steuergelder umlenken

(Beifall bei Abgeordneten der NPD –
Regine Lück, Die Linkspartei.PDS:
Dann prüfen Sie mal Ihr eigenes!)

in die Taschen jener linken Abzocker, welche unter dem Deckmantel „Kampf gegen Rechts“ blendende Geschäfte machen. Dies alles wird Ihnen aber nicht helfen. Die deutsche Jugend will mit Ihnen nichts mehr zu tun haben. Die Tatsachen bezeugen dies.

Linke.PDS: Wo ist Ihre Jugend? Sie sind ein spießiger Rentnerverein.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Die Jugend steht mit uns auf der Straße, wenn wir gegen die Rechtsextremisten demonstrieren. Beleidigen Sie unsere Genossinnen und Genossen nicht!)

Nichts mehr, vergreiste Rentnerband, ewig gestrig.

(Zuruf von
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

SPD: Wo sind Ihre jungen Leute? Nicht vorhanden. Verständlich auch, denn wer hat die deutsche Jugend verraten? Sozialdemokraten.

CDU: Wo ist Ihre Jugend? Die Kirchen sind leer und die Büros der Jungen Union auch.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wir haben die Jüngsten, nicht Sie. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Auch dies ist verständlich, denn für das politische Christentum in unserer Zeit, das mit der Lehre Jesu wenig oder gar nicht mehr in Einklang ist, kann ein denkender Mensch, der den Menschen liebt, nicht sein, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Die Betonung liegt auf Denken, Herr Pastörs.)

Dem FDP-Versprechen, für alle, die mehr wollen,

(Gino Leonhard, FDP:
Immer aufpassen, immer aufpassen!)

geht von den jungen Leuten auch keiner mehr auf den Leim, meine Damen und Herren.

(Beifall Tino Müller, NPD –
Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Der Spruch „Jung, dynamisch, perspektivlos“ wäre angebrachter. Aber Ihnen allen ist eines gemein, frei nach Bertolt Brecht:

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

„Erst kommt der Mammon, niemals Moral.“ Und dies

wissen die jungen Leute

(Volker Schlotmann, SPD: Das Parteiprogramm der NPD, was? – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

und haben sich schon längst angewidert von Ihnen abgewandt.

(Volker Schlotmann, SPD: Erzählen Sie mal was zu Ihren Immobiliengeschäften! – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Udo Pastörs, NPD: Ja, ich komme zum Ende.

Weiter so, meine Damen und Herren! Sie unterdrücken, wir geben Raum! Sie geben keine Zukunft.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist ja wie eine Büttenrede, bloß schlimmer.)

Wir sagen, Zukunft hat nur, wer kämpft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Tino Müller, NPD – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Volker Schlotmann, SPD: Und tschüss! – Michael Andrejewski, NPD: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Gern, selbstverständlich.

(Volker Schlotmann, SPD: Ihre Redezeit ist schon längst beendet. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sie müssen die Frage an den Präsidenten stellen und nicht an den Redner.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Andrejewski, die Frage stellen Sie bitte an mich und dann gebe ich diese Frage an Herrn Pastörs weiter.

Michael Andrejewski, NPD: Ich frage Sie: Was wollten Sie sonst noch sagen? Sie haben noch ein bisschen Redezeit gehabt.

(Beifall Stefan Köster, NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Moment, Moment! Herr Andrejewski, gehen Sie erstens bitte ans Pult.

Das ist eine nicht zulässige Frage. Sie können einen konkreten Gegenstand hinterfragen. Da gucken Sie bitte noch mal in die Geschäftsordnung.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS – Volker Schlotmann, SPD: Mit so viel Semestern Jura müssten Sie das hinkriegen. – Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Herr Pastörs darf entscheiden, ob er sie beantwortet oder nicht, aber Sie müssen schon eine konkrete Frage stellen.

(Tonstörung – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Aus, Schluss!)

Udo Pastörs, NPD: Ich verstehe nichts.

Michael Andrejewski, NPD: Was halten Sie von demokratischen Verhältnissen hier im Landtag und von der demokratischen Berechtigung der Ordnungsrufe gegen

Herrn Köster, verglichen damit, was gegen uns immer gesagt wird?

(Beate Schlupp, CDU: Thema, Thema! – Volker Schlotmann, SPD: Die Frage ist gar nicht zum Thema. Die Frage ist gar nicht zulässig.)

Udo Pastörs, NPD: Na ja, also grundsätzlich möchte ich dazu Folgendes antworten: ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, es tut mir leid. Auch das ist eine nicht zulässige Frage.

(Beifall Gino Leonhard, FDP – Volker Schlotmann, SPD: Dreht ihm mal das Mikro ab! – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie kann sich nach der Geschäftsordnung in der Tat nur auf den Vortrag und den Gegenstand dieser Aussprache beziehen, nicht auf Abläufe, die sozusagen im Ältestenrat oder im Plenum stattgefunden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das muss man sich vorher überlegen, was man macht.)

Also Sie haben noch einmal die Möglichkeit, eine konkrete Frage zu stellen. Bitte.

Michael Andrejewski, NPD: Was glauben Sie, Herr Pastörs, wie viele Existenzen hat die NPD durch ihre Aktivität in der sogenannten Anti-Rechts-Bewegung gefördert und sollten wir dafür gelobt werden, dass wir so gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen?

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Heiterkeit bei Stefan Köster, NPD, und Tino Müller, NPD – Volker Schlotmann, SPD: Weil schon viele Existenzen vernichtet worden sind durch Ihr Agieren.)

Udo Pastörs, NPD: Na ja, also grundsätzlich ist nun festzustellen, seit die NPD hier im Schweriner Schloss mit von der Partie ist,

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

möchte ich mal so sagen, ist nichts mehr Gott sei Dank hier in diesem Hohen Hause so, wie es vorher war. Und das ist schon ein Zeichen dafür, dass hier ein kleines bisschen Leben hineinkommt. Sie sehen ja besonders auf der linken Seite,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Welche Existenzen haben Sie gefördert?)

was hier für ein Demokratieverständnis besteht.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen nicht über Sachen reden, von denen Sie keine Ahnung haben.)

Und da möchte ich doch nur eins sagen: Wissen Sie, die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Das kommt so aus einer linken Ecke.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Und wie erbärmlich Sie diese Aussage Rosa Luxemburgs konterkarieren, das will ich gar nicht weiter kommentieren. Das spricht für sich selbst.

(Beifall Stefan Köster, NPD,

und Tino Müller, NPD –
 Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Wo
 Sie sich überall bedienen müssen, weil
 Ihnen nicht selber was einfällt. – Zuruf von
 Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Pas-
 törs.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Aus-
 sprache. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den vorlie-
 genden Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf
 Drucksache 5/79. Im Rahmen der Debatte ist seitens
 der Koalitionsfraktionen beantragt worden, den Antrag
 zur Beratung in den Sozialausschuss zu überweisen.
 Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke
 schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist
 nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag ein-
 stimmig angenommen.

Die Fraktion der NPD hat Beratungsbedarf angemeldet.
 Ich unterbreche die Sitzung für 15 Minuten.

Unterbrechung: 15.12 Uhr

Wiederbeginn: 15.27 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und
 Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des
 Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Grüne Gen-
 technik, auf der Drucksache 5/77.

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:
 Grüne Gentechnik
 – Drucksache 5/77 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau
 Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Eigentlich wollte
 ich die Einbringung unseres Antrages mit dem entspre-
 chenden Abschnitt aus der aktuellen Koalitionsvereinbar-
 ung zwischen SPD und CDU beginnen, denn die dort
 formulierten Ziele zur Anwendung der grünen Gentech-
 nik sind so unkonkret und so weich formuliert, dass glü-
 hende Befürworter wie auch strikte Gegner der grünen
 Gentechnik damit leben können.

(Egbert Liskow, CDU: Absicht.)

Und das reicht uns nicht aus. Wir wollen Klarheit. Wir als
 Linkspartei.PDS wollen, dass unser Land seinen guten
 Ruf als Hersteller von hochwertigen und naturbelassenen
 Lebensmitteln behält. Wir wollen die Landwirte und die
 Produzenten von gentechnikfreien Lebensmitteln, die
 sich an Recht und Gesetz halten, schützen. Wir wollen,
 dass Mecklenburg-Vorpommern natürlich zum Touris-
 mus- und Gesundheitsland Nummer eins wird. Deshalb
 wollen wir unsere noch bestehenden großartigen Natur-
 schätze erhalten mit der dazugehörigen Artenvielfalt in
 Feld und Wald. Wir, meine Damen und Herren, wollen,
 dass Anwender wie auch Verbraucher eine wirkliche
 Wahlfreiheit in Bezug auf die grüne Gentechnik haben.

Zur Erreichung all dieser Ziele sind die Ansätze und Aus-
 sagen aus der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung
 absolut nicht ausreichend. Im April 2005 verabschiedeten
 Großschutzgebietsleitungen und Verbände im Rah-
 men der Tagung „Gentechnik und ökologisch sensible
 Gebiete“ die Vilmer Resolution. Darin fordern sie, ökolo-

gisch sensible Gebiete dauerhaft vom GVO-Anbau freizu-
 halten, ausreichende Abstandsregelungen zu erlassen
 und eine eindeutige rechtliche Regelung zum Schutz der
 Biodiversität festzulegen. Sie appellierten an die Landes-
 regierung und Landwirtschaftsorganisationen, die Initia-
 tiven gentechnikfreier Regionen zu unterstützen und mit
 den Schutzgebietsverwaltungen zu kooperieren. Und sie
 verwiesen darauf, dass Großschutzgebiete als Modellre-
 gionen für nachhaltige Regionalentwicklung prädestiniert
 für den Aufbau gentechnikfreier Regionen sind.

Deshalb, meine Damen und Herren, sollten ökologisch
 sensible Gebiete wie Nationalparke, Biosphärenreser-
 vate, Naturparke und Natura-2000-Gebiete dauerhaft
 vom GVO-Anbau freigehalten werden.

(Beifall Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Aber, meine Damen und Herren, wie wir in der letzten
 Woche der Presse entnehmen konnten, hat Bundes-
 agrarminister Seehofer sein Eckpunktepapier zur Novel-
 lierung des Gentechnikgesetzes vorgelegt und das weist
 in eine ganz andere Richtung. Es ist zu befürchten, dass
 mit der Umsetzung der Eckpunkte der Anbau gentech-
 nisch veränderter Pflanzen erleichtert werden soll.

Die Kritik von Befürwortern und Gegnern der grünen
 Gentechnik kam prompt. Die Sicherheitsabstände sind
 zu kurz, nicht der Schutz von Mensch und Umwelt steht
 im Vordergrund, sondern die Interessen des Agrobusi-
 ness. Dieser Widerstand war zu erwarten, denn an der
 Anwendung der grünen Gentechnik scheiden sich die
 Geister, an ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen
 Bedeutung, insbesondere aber an ihrer ökologischen und
 ethischen Bewertung und den Risiken bei ihrer Anwen-
 dung für Natur und Mensch.

Andererseits liegt es jedoch auch daran, dass die Bun-
 desregierung mit den vorgelegten Änderungen des Gen-
 technikgesetzes einen Spagat versucht, der kaum gelin-
 gen kann, was sich am Beispiel der Haftungsregelungen
 überdeutlich zeigt. Diese sind weder ausreichend noch
 praktikabel. Es ist beispielsweise nicht nachvollzieh-
 bar, dass Landwirte oder eine Forschungseinrichtung,
 die nach den Regeln der guten fachlichen Praxis ord-
 nungsgemäß ein staatlich zugelassenes GVO anbauen
 könnten, denen also die Unbedenklichkeit bescheinigt
 wurde, dass diese Einrichtungen für die Vermarktungs-
 schäden bei Einträgen auf dem Feld des benachbarten
 GVO-freien Landwirts aufgrund der Überschreitung eines
 bestimmten Grenzwertes aufkommen müssten, obwohl
 – und das kommt hinzu, weil die Unbedenklichkeit wurde
 ja bescheinigt – in Bezug auf die staatlich zugelassenen
 GVO bisher für den Menschen oder für die Umwelt nach-
 teilige Auswirkungen nicht erforscht worden sind. Das ist
 weder verständlich noch akzeptabel. Es ist im Gegen-
 teil weltfremd, widersinnig und nicht praktikabel und es
 weist höchstens auf den großen Forschungsbedarf hin.
 Hinzu kommt, dass für Schäden bei vom Bund finanzier-
 ten Forschungsprojekten die Bundesregierung mit Steu-
 ermitteln aufkommen soll, obwohl die Mehrheit der Ver-
 braucher grüne Gentechnik und auch Gengut ablehnt.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für einen Haftungsfonds
 ein, der in erster Linie durch die GVO-produzierenden
 Konzerne zu finanzieren ist, denn sie sind es, die die
 Patente besitzen und die Profite einstreichen, sie sind es,
 die auf den weiteren Anbau von GVO dringen, und sie
 stehen auch hinter den Forderungen, den europäischen
 Markt endlich für GVO-produzierte Lebensmittel aufzu-
 machen. Aus einem solchen Fonds müssen nach unserer

Auffassung auch die Zusatzkosten getragen werden, die gentechnikfrei wirtschaftenden Betrieben und Verarbeitern bei der Sicherung ihrer Gentechnikfreiheit entstehen. Zugleich würden so die Profiteure der grünen Gentechnik ökonomisch veranlasst, davon Abstand zu nehmen, solche gentechnisch veränderten Pflanzen freizusetzen und auf den Markt bringen zu wollen, bei denen von vornherein klar ist, wie beispielsweise beim Raps, dass keine Koexistenz zwischen GVO-Anbau und gentechnikfreier Landwirtschaft möglich ist.

Der freiwillige Zusammenschluss zu gentechnikfreien Regionen, meine Damen und Herren, ist derzeit der einzige Weg, mit dem sich Landwirte mittel- und langfristig für eine garantiert gentechnikfreie Erzeugung entscheiden können. Die von uns eingeforderte Unterstützung gentechnikfreier Regionen ist also eine vorsorgende, in die Zukunft gerichtete Entscheidung, um bekannte und unbekannte Risiken des Gentechnikanbaus zu begrenzen und dem Verbraucher eine echte Wahlmöglichkeit zu bieten. Zugleich wären diese Regionen ein Alleinstellungsmerkmal unseres Landes und könnten wirtschaftsfördernd als Imagevorteil genutzt werden, gerade weil wir im Tourismus, in der Landwirtschaft und in der Gesundheitswirtschaft Spitzenplätze in Deutschland behaupten oder erreichen wollen. Hier kann und sollte das Land eine Vorreiterrolle einnehmen und die sich in seiner Hoheit befindlichen Großschutzgebiete und Forsten zu gentechnikfreien Regionen erklären oder sich solchen bereits existierenden anschließen wie der gentechnikfreien Region Mürzitz-Ruppiner Land, der größten zusammenhängenden Region in unserem Land. Sieben Ökobetriebe, das Naturparkamt sowie das Bundesforstamt Neubrandenburg haben sich bereits im Juli 2004 über 29.300 Hektar hinweg zu einer gentechnikfreien Region zusammengeschlossen. Seit dem letzten Sommer gehört ein Landwirt mit Flächen aus dem Brandenburgischen dazu.

Warum, meine Damen und Herren, wollen wir durch Landespolitik nicht das unterstützen, was von der Region getragen wird, weil es sinnvoll ist, weil es Forderungen der Landwirte und Verbraucherinnen aufnimmt und einen nachhaltigen Ansatz in sich trägt? Deshalb fordern wir von der Landesregierung ein Bekenntnis zu den erklärtermaßen gentechnikfrei wirtschaftenden Unternehmen, indem sie bevorzugt in die künftige Agrarinvestitionsförderung eingeordnet werden. Und in diesem Sinne bitte ich Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Linkspartei.PDS zuzustimmen und ihn federführend in den Agrarausschuss zu überweisen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Timm. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Sachen grüne Politik bin ich ein Greenhorn, wie ich einräumen muss.

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Greenhorn heißt, ich habe viel Sympathie für eine öko-

logische Politik, die mit der Natur schonend und nachhaltig umgeht, und das betrifft insbesondere natürlich auch die Fragen der Gentechnik. Gentechnik ist in diesem Zusammenhang eine sehr ethisch orientierte Fragestellung. Nicht umsonst hatte zuletzt der Bundestag eine Ethikkommission eingesetzt, die sich mit diesen Fragen beschäftigt hat.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Greenhorn heißt aber auch, ich stehe noch in den Anfängen bei der Einarbeitung in die Details. Und deswegen, glaube ich, ist es auch wichtig – auch am Beginn einer Legislaturperiode wie der unseren –, dass wir uns über die Grundsätze und über die Details in diesen Gentechnikfragen hier im Landtag unterhalten.

Für meine Begriffe, Frau Schwebs, geht es nicht um das Ob bei der Anwendung der Gentechnik, sondern um das Wie. Und deswegen sind Kompromisse und gerade die Übergänge in diesen Bereichen von ganz zentraler Bedeutung. Ich wünschte mir sehr, dass alle Parteien, die realitätsnahe Politik machen, sich mit diesen Wie-Fragen beschäftigen und in diesem Sinne auch ihre Ziele und Grundsätze formulieren.

Die SPD hatte in ihrem Entwurf zum Grundsatzprogramm formuliert: „Nutzen und Risiken neuer Technologien prüfen wir unvoreingenommen darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem sozialen Miteinander der Menschen dienen.“ Und weiter unten heißt es: „Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.“ Das hatten Sie auch erwähnt. Der von Ihnen vorgelegte Antrag erfüllt in wesentlichen Punkten, muss ich einschränkend sagen, diesen Anspruch. Über Punkt 4, wo es ums Geld geht, werden wir sicherlich in der Beratung im Ausschuss, wenn die Überweisung angenommen wird, die wir unterstützen, noch zu verhandeln haben. Punkt 4, vermute ich, wird da die Haushaltsberatungen möglicherweise berühren.

Entscheidend sind aus meiner Sicht bei der Anwendung grüner Gentechnik die Wahlfreiheit der Verbraucher, also der Nutzer der entsprechenden Produkte, und die Wahlfreiheit der Landwirte. Wahlfreiheit setzt voraus, dass es eine Kennzeichnungspflicht gibt. Ohne Kennzeichnungspflicht kann es keine Wahlfreiheit geben. Und demzufolge berührt diese Fragestellung – Wahlfreiheit auf beiden Seiten – auch in einer offenen Gesellschaft die demokratischen Grundsätze innerhalb unserer Gesellschaft.

Grüne Gentechnik hat also zu tun mit den Zukunftsfragen der Menschen, auch im ethischen Sinne, mit den Grundlagen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und damit, dass wir in dem Kontext der Wie-Fragen, also der Kompromisse, die zu erzielen sind zwischen beiden Polen, eine Verantwortung für die gesamte Gesellschaft übernehmen. Und in diesem Sinne unterstütze ich, wie gesagt, die Überweisung in den Agrar- und Umweltausschuss und freue mich auf die Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Timm.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion der FDP lehnt

den hier vorliegenden Antrag eigentlich ab. Einige Formulierungen scheinen auf den ersten Blick sinnvoll, jedoch bei näherer Betrachtung erkennt man, dass dieser Antrag von einer negativen Grundhaltung gegenüber der grünen Gentechnik geprägt ist, die seitens der FDP-Fraktion nicht geteilt wird.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Ja, das weiß ich.)

Wir sehen in der grünen Gentechnik überwiegend vielfältige Chancen – gerade in unserem Land, in dem wir doch sonst so stolz darauf sind, Vorreiter im Bereich Biotechnologie zu sein. Wir als Liberale stehen für Wettbewerb, Wettbewerb, der sich auf Grundlage gleicher Marktbedingungen entwickelt. Die bevorzugte Förderung und Einordnung gentechnikfrei wirtschaftender Unternehmen in die künftige Agrarinvestitionsförderung muss deshalb von uns abgelehnt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Markt entscheidet selbst über die Etablierung gentechnisch veränderter Kulturpflanzen und deren Produkte.

Zur Kennzeichnungspflicht möchten wir an dieser Stelle anmerken, dass es bereits seit April 2004 eine Kennzeichnungspflicht innerhalb der Europäischen Union für gentechnisch veränderte Organismen in Futter- und Lebensmitteln gibt. Aber natürlich begrüßen auch wir die Bemühungen einiger Landwirte und ihrer Verbände, sich freiwillig und aus Überzeugung zu gentechnikfreien Regionen zusammenschließen und GVO-freie Regionalmarken im Land zu etablieren. Jeder Landwirt muss diese Entscheidung für sich selbst nach seiner unternehmerischen Einschätzung treffen und nicht durch die Förderung verfälschter Ausgangslagen dazu verleitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das Land Mecklenburg-Vorpommern soll sich in Zukunft innovativ und traditionell entwickeln können. Die grüne Gentechnik ist ein sehr innovativer Wachstumsmarkt. Die stiefmütterliche Behandlung der grünen Gentechnik in Mecklenburg-Vorpommern würde dazu führen, dass Unternehmen zur Forschung in andere Regionen gehen und Mecklenburg-Vorpommern wiederum nur das Nachsehen hat,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP
und Jörg Vierkant, CDU)

für unser Land wichtige Arbeitsplätze verloren gehen. In Mecklenburg-Vorpommern als bedeutendem Agrarland sollte grüne Gentechnik auf gleicher Augenhöhe mit konventionellem Landbau betrieben werden. Darum ist unsere Fraktion wie gesagt eigentlich dabei, diesen Antrag abzulehnen. Einer Überweisung in den Ausschuss würden wir uns aber nicht verwehren. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Reese.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU die Vizepräsidentin Frau Holznagel. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach über das Thema grüne Gentechnik geredet und diskutiert haben, haben wir jetzt gleich zu

Anfang der Legislaturperiode einen Antrag der Linkspartei.PDS.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das ist gut so.)

Ich freue mich jetzt schon über eine positive Grundstimmung, die hier die FDP mit eingebracht hat. Und ich denke auch, dass der Abgeordnete Herr Dr. Timm sich schnell in dieses Thema einarbeiten wird, sodass er dann auch ein Spezialist und nicht mehr ein Greenhorn ist.

(Heiterkeit bei
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich möchte noch mal deutlich sagen, geändert hat sich zu dem Thema Gentechnik seit dem August 2005 oder dem Juni des vergangenen Jahres, als wir die Debatte schon geführt haben, nicht sehr viel.

Zwei Dinge möchte ich doch anmerken. Zum einen hat die Europäische Kommission ein Urteil der WTO hingenommen, welches den hohen Schutzstatus – man höre – bei der Anwendung der grünen Gentechnik in fünf Staaten der EU, unter anderem in Deutschland, moniert hat. Und etwas anderes möchte ich anmerken, was auch entscheidend ist: Der Antragsteller ist nicht mehr in der Regierungsverantwortung.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so?!)

Meine Damen und Herren, eines sei aber klar vorausgeschickt: Für den Einsatz der grünen Gentechnik gibt es rechtliche Vorgaben der EU und des Bundes. Diese müssen auch in Mecklenburg-Vorpommern eingehalten werden. So regelt die sogenannte Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG die Freisetzung sowie das In-Verkehr-Bringen von gentechnisch veränderten Organismen. Im Gentechnikgesetz wurden die europäischen Vorgaben in Bundesrecht überführt. Hiermit haben Landwirte und Verbraucher die Möglichkeit zu entscheiden, ob sie gentechnisch veränderte Produkte nutzen wollen oder nicht. Da sind wir uns ja einig, wie wir es gehört haben. Hierzu, meine Damen und Herren, gehört eine größtmögliche Transparenz, aber auch die Koexistenz von herkömmlichen Produktionsverfahren und den Anbauverfahren mit gentechnisch veränderten Organismen.

Wir wissen schon heute, meine Damen und Herren, dass gentechnisch optimierte Pflanzen eine höhere Schädlingsresistenz und wirksamere Abwehrmechanismen gegen Umwelteinflüsse aufweisen können. Aus diesem Grunde benötigen sie einen verminderten Aufwand an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln und auch weniger Wasser, was nicht zu unterschätzen ist.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Das ist nicht erwiesen. –

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das ist ja ein Wunder! Das ist ja ein Wunder!)

Sie tragen somit zum Schutz der Umwelt bei.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Hinzu kommt, dass gentechnisch optimierte Pflanzen eine höhere Nahrungsmittelqualität bereitstellen können. Gerade aus diesen Gründen ist es unserer Auffassung nach notwendig, dass die Erforschung der Gentechnologie in nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen weiter gefördert wird

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

und auch die Praxis mit eingebunden wird in diese

Forschungsarbeit. Schon heute werden auf weit über 80 Millionen Hektar transgene Kulturen wie Soja, Mais, Raps und Baumwolle angebaut. Seit Jahren werden in Deutschland gentechnisch veränderter Mais oder Soja in der Landwirtschaft verfüttert. Allein diese Tatsache, meine Damen und Herren, verdeutlicht, dass es schon lange nicht mehr um die Frage geht, ob die Gentechnologie angewendet wird, sondern vielmehr um die Frage, wie sie angewendet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Und da kann ich Dr. Timm eben nur zustimmen.

Meine Damen und Herren, unter Punkt 2 Ihres Antrages fordern Sie die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union für eine eindeutige Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln und Futtermitteln einzusetzen, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Genau, die gibt es nämlich schon.)

Dies, meine Damen und Herren, hat zur Folge, dass sämtliche Lebensmittel – sowohl die aus herkömmlicher als auch aus ökologischer Produktion – einer Untersuchung unterzogen werden müssen. Gerade beim Transport von Futter- und Lebensmitteln besteht die Gefahr, dass eine Verunreinigung von gentechnikfreien Produkten mit gentechnisch veränderten Produkten erfolgen kann. Das ist auch durch noch so restriktive Vorgaben eigentlich nicht zu verhindern. Gerade vor dem Hintergrund der internationalen Warenströme sowie der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft ist eine hundertprozentige – und das möchte ich deutlich unterstreichen – Trennung gentechnisch veränderter und konventionell produzierter Produkte illusionär.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:
Dann hat man auch keine Wahlfreiheit mehr.)

Grundlage eines Koexistenzsystems wären Schwellenwerte, die geringfügige Spuren einer Beimischung zulassen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Ich bin nämlich auch der Meinung, meine Damen und Herren, wenn wir diese Forderungen stellen, da kann ich Sie gut verstehen, muss es aber auch möglich sein, die umzusetzen, denn sonst hilft uns das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Ich sage nur, die Forderung der Nulltoleranz – das muss man genau überlegen, ob sie überhaupt einhaltbar ist.

Unter Punkt 3 Ihres Antrages fordern Sie auf, dass ökologisch sensible Gebiete vom GVO-Anbau freizuhalten und Koexistenzregelungen so zu gestalten sind, dass sie Schutzziele in den ökologisch sensiblen Gebieten nicht gefährden. Wenn allein die von Ihnen aufgezählten Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete vom Anbau gentechnisch veränderter Organismen ausgenommen werden, dann würde das in Mecklenburg-Vorpommern eine Fläche, wie Sie wissen, von 245.907 Hektar, das entspricht circa einer Landesfläche von zehn Prozent, vom Anbau gentechnisch veränderter Organismen ausschließen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das ist bestimmt nicht zu viel.)

Es kommt ja noch mehr, Herr Professor Methling.

Auf welcher Rechtsgrundlage dieser Ausschluss erfolgen sollte, entzieht sich meiner Kenntnis.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Weitere sensible Gebiete sind dann sicher auch noch die Naturschutzgebiete, die FFH-Gebiete, die Vogelschutzgebiete sowie die Naturparke unseres Landes. Dann wäre der Anbau von GVO im gesamten Lande doch mehr infrage gestellt. Und hier ist das Thema Wahlfreiheit wirklich anzusprechen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Meine Damen und Herren, unter Punkt 4 Ihres Antrages fordern Sie bevorzugte Förderung und Einordnung von erklärtermaßen gentechnisch frei wirtschaftenden Unternehmen in die künftige Agrarinvestitionsförderung. Meiner Meinung nach heißt das im Klartext, dass Sie die Wahlfreiheit der Landwirte damit einschränken wollen und über Förderinstrumentarien gegen den Markt agieren wollen. Und ich denke, das ist eine Sache, die kann ich nicht gutheißen.

Meine Damen und Herren, wir als CDU begreifen die Gentechnik auch als Chance für die Herstellung von Biokraftstoffen. Die Anwendung der Gentechnik bereitet derzeit erhebliche Akzeptanzprobleme. Das wissen wir. Daher fordern wir, dass zunächst die Forschung vorangetrieben wird und die Informationspolitik verbessert wird, meine Damen und Herren. Und ich denke, heute einen guten Ansatz darin zu sehen, dass wir nicht in Panikmache verfallen, sondern deutlich machen, was Gentechnik bedeutet, welche Chancen und auch welche Risiken es gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Holznagel, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Pastörs?

Renate Holznagel, CDU: Nein, bitte jetzt nicht. Nein.

Die Forschung muss die Möglichkeit zu praktischen Anwendungen unter Einhaltung höchster Sicherheitsanforderungen haben. Da sind wir uns einig. Wir bekennen uns zur Wahlfreiheit für Landwirte und Verbraucher und werden uns dafür einsetzen, dass die Regelungen der bevorstehenden dritten Novelle des Gentechnikgesetzes unbürokratisch und praxisorientiert anwendbar sind.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Na, schau wir mal!)

Auch künftig wird Verbraucherschutz in diesem Bereich höchste Priorität haben. Dennoch lehnen wir eine flächendeckende Beschränkung, die außerhalb des Rechts steht, ab. Sollten die Landwirte einer Region sich auf freiwilliger Basis für eine gentechnikfreie Zone entscheiden, dann ist das in Ordnung, meine Damen und Herren, dann haben wir auch nichts dagegen. Wir sind aber dagegen, die Förderpolitik des Landes so auszulegen, dass die Erforschung und der Anbau von GVOs infrage gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP)

Da es offensichtlich auf diesem Gebiet noch viele offene Fragen gibt, stimmen wir der Überweisung des Antrages in den Ausschuss zu und hoffen auf gute Beratungen zu diesem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, FDP und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke, Frau Holznagel.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS Professor Dr. Tack. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt sich heute nicht das erste Mal mit Fragen der Entwicklung und Anwendung der grünen Gentechnik. Viele Dinge, die von meinen Vorrednern hier gesagt wurden, kann ich durchaus unterstreichen. In einem Land, das wegen fehlender größerer Alternativen einen Großteil seines Bruttoinlandsproduktes aus der Land- und Ernährungswirtschaft generieren wird und muss – und ich denke, darauf können wir alle stolz sein –, ist dieses Feld von besonderer Bedeutung und erfordert besondere Verantwortung. Nicht nur dieser Fakt ist bei der umfassenden Betrachtung der grünen Gentechnik zu berücksichtigen, sondern auch die Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern wegen seiner Naturreichtümer zum Tourismusland Nummer eins geworden ist und dieses bleiben will und sollte. Und schließlich gilt: Die Entwicklung zum Gesundheitsland basiert sowohl auf gesunden natürlichen Bedingungen und einigen anderen günstigen Standortfaktoren, über die wir verfügen, als auch auf der Bereitstellung von gesunden Lebensmitteln mit einer überprüfbaren Herkunft.

Diese gleichzeitige Entwicklung aller drei Säulen einer nachhaltigen Gestaltung ist also Chance und Grundlage der Entwicklung des Landes und insbesondere des dominierenden ländlichen Raumes. Das verlangt eine integrierte Politik, das heißt eine Politik, in der die Wechselwirkungen zwischen mindestens diesen drei Säulen umfassend beachtet, eingeschätzt und dann gesteuert werden.

Die letzte Befassung des Landtages war im Juni dieses Jahres auf Initiative meiner Vorgängerfraktion erfolgt und hatte konkrete Aufforderungen an die Landesregierung zur Einflussnahme auf eine Gentechnikpflanzenerzeugungsverordnung des Bundes und die Kennzeichnungspflichten wie auch Fragen eines Ausgleichsfonds zum Inhalt. Der in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU erfolgte offensichtliche Paradigmenwechsel, den Umweltschutz den ökonomischen Zwängen unterzuordnen, lässt unserer Ansicht nach Befürchtungen zum Umgang mit der grünen Gentechnik und Gentechnologie – ich möchte das sofort erweitern auf die Gentechnologie – aufkommen. Umso wichtiger sind deshalb eindeutige Klärungen.

Für die Entwicklung der von mir genannten drei Säulen kann ein zu liberaler Umgang mit der grünen Gentechnik mit irreparablen Schäden verbunden sein, weil grüne Gentechnologie eine besondere Technologie ist, die einmal ins Rollen gekommen nicht aufzuhalten sein wird.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das unterscheidet sie von vielen anderen Technologien. Aber ich sage aus voller Überzeugung, zugleich birgt sie auch eine große Chance, die wir erkennen und nutzen müssen, wenn das Risiko eingegrenzt ist.

Diese Debatte, meine Damen und Herren, ist nicht neu und nicht unbekannt. Ich will sie deshalb hier auch nicht vertiefen. Vertiefen möchte ich aber das Verständnis, Ihr Verständnis für eine intensivere Grundlagenforschung zur Erkennung von Risiken und Chancen der grünen Gentechnik.

Ich möchte die kürzlich erfolgte Anhörung im Agrarausschuss des Bundestages erwähnen. Dort kam unter ande-

rem im Beitrag des Vertreters der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode zum Ausdruck, dass zum Beispiel die Begleitforschung zu den Anbauersrisiken des gentechnisch veränderten Mais, und wir meinen hier sicher alle den sogenannten Bt-Mais, erst begonnen wurde. Andere Experten bestätigen zudem das Fehlen einer verlässlichen Datenbasis für die Risikobewertung. Ich weiß um den großen Anbauumfang, aber weltweit gibt es kaum Daten in Bezug auf die Langzeitwirkungen. Weder langfristige Fütterungsversuche bei Tieren noch Untersuchungen zu Auswirkungen auf den Menschen liegen hier vor. Unserer Meinung nach ist es so, dass wir die Forschung intensivieren müssen, um dem Vorsorgeprinzip in jeder Richtung entsprechen zu können. Auch die sozialen und ökonomischen Folgen bei der Anwendung der Gentechnik dürfen in der Wissenschaft und in der Politik nicht aus dem Blickfeld geraten. Gerade bei Betrieben, die sich gegen die Agrogentechnik entscheiden – wir haben von der Wahlfreiheit gesprochen –, werden Kosten verursacht, weil sie sich schützen müssen. Deshalb erwähne ich hier noch einmal unseren Standpunkt vom Juni dieses Jahres: Wer den Nutzen haben will, soll auch die Folgekosten mittragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Im Sinne integrierter Politik liegt es sehr nahe, an dieser Stelle eine Lanze für die Wissenschaft in unserem Lande zu brechen. Es seien die Arbeiten in Groß Lüsewitz im Agrobiotechnikum, in der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen und auch die Arbeiten an der Universität Rostock auf diesem Gebiet erwähnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Schwebs hat in ihrer Einbringungsrede auf Formulierungen des Koalitionsvertrages hingewiesen. Wir meinen, dieses Land braucht ein klares Bekenntnis und ein Zeichen für die Bereiche Tourismus und Gesundheit in Verbindung mit einer nachhaltigen Landwirtschaft und der Entwicklung der ländlichen Räume. Deshalb fordere ich auf der Grundlage unseres Antrages: Unterstützen Sie die Bildung gentechnikfreier Regionen! Gehen Sie in den Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturschutzgebieten mit einem guten Beispiel voran! Setzen Sie ein Zeichen und fördern Sie, was das Land voranbringt! Fördern Sie erklärtermaßen gentechnikfrei wirtschaftende Unternehmen auch in der Agrarinvestitionsförderung mit! Schaffen Sie die Voraussetzungen für die mögliche Koexistenz zwischen den GVO-freien Betrieben und den Nutzern dieser dann geprüften Technologie – ich weise jetzt insbesondere auf den Termin dieser geprüften Technologie hin – und setzen Sie sich für eine intensive begleitende Grundlagenforschung in unserem Lande ein! Damit werden Sie, damit werden wir dem Gebot der Wahlfreiheit der Verbraucher und der Landwirte gerecht und geben unserem Land weitere Wachstumsimpulse über den Bereich der Agrarwirtschaft hinaus.

Ich bitte Sie, den Antrag zur Bearbeitung in den Agrarausschuss federführend und in den Bildungsausschuss mitberatend wegen der Forschung zu überweisen. – Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Professor Tack.

Es hat jetzt ums Wort gebeten der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Backhaus. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja schon angedeutet worden, das Thema hat uns in der letzten Legislaturperiode auch intensiv beschäftigt. Und es ist doch eine Tatsache in diesem Lande, in Deutschland, in Europa: Zu der Frage der grünen Gentechnik geht immer noch ein Riss quer durch die Parteien und auch innerhalb der Parteien. Daran kann man, denke ich, deutlich erkennen, dass das auch ein Spiegelbild in der Gesellschaftsentwicklung darstellt. Und wenn wir verantwortungsbewusst und verantwortungsvoll damit umgehen, dann nehmen wir auch zur Kenntnis, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland und in Europa tatsächlich an dem Nutzen große Zweifel haben. Dieses nehmen wir ernst und deswegen ist die Anwendung der grünen Gentechnik immer wieder zu hinterfragen und natürlich wissenschaftlich zu begründen.

(Vizepräsident Hans Kreher
übernimmt den Vorsitz.)

Herr Professor Tack, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie darauf hingewiesen haben, Begleitforschung in Deutschland hat es in der Vergangenheit in der Form nicht gegeben. Zum Glück hat sich Mecklenburg-Vorpommern zu diesem Thema eingebracht. Wir führen den deutschlandweiten Anbauversuch, um damit Erkenntnisse zu gewinnen. Und ich sage ausdrücklich, von Monsanto oder von US-amerikanischen Wissenschaftseinrichtungen können wir uns dabei nicht leiten lassen.

Man muss natürlich auch zur Kenntnis nehmen, dass in gut unterrichteten Kreisen – sowohl in Verbraucherschutzorganisationen, aber auch im naturwissenschaftlichen Bereich – eine erhebliche Skepsis vorherrscht. Und deswegen ist Aufklärung notwendig. Ich habe dieses im Übrigen immer wieder betont.

Die Landesregierung – auch das will ich ausdrücklich sagen – nimmt die Sorgen, zum Teil auch die Ängste der Bevölkerung selbstverständlich sehr ernst, wie auch die seriösen wissenschaftlichen Einrichtungen die Hintergründe vermitteln. Die Sicherheit der menschlichen Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Schutz der Umwelt bleiben entsprechend dem Vorsorgeprinzip nach wie vor oberstes Ziel dieser Landesregierung. Entscheidend sind aus meiner Sicht zwei grundsätzliche Prinzipien:

Erstens. Die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher muss gewährleistet sein.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Zweitens. Die Sicherung der Koexistenz verschiedener Bewirtschaftungsformen muss gewährleistet werden.

(Beifall
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Auch das habe ich immer wieder betont. Allerdings genügt selbst eine rechtliche Rahmensetzung dem Anspruch innerhalb Deutschlands und Europas nach wie vor nicht. Momentan – und das ist auch die entscheidende Aussage hier und heute – können wir den Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen nicht empfehlen, sondern sollten eher davon Abstand nehmen.

(Beifall
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Andererseits dürfen wir ausdrücklich feststellen, es gibt

kaum ein anderes Bundesland, das über so günstige natürliche Voraussetzungen verfügt wie Mecklenburg-Vorpommern, um die friedliche Koexistenz in diesem Bereich umzusetzen. Ich denke dabei an die hervorragenden Agrarstrukturen, an die Ausbildung unserer Landwirte und das ausgezeichnete Know-how, das wir in unserem Bundesland haben, an die ansässigen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, aber auch an die Züchterhäuser, die eine hervorragende Arbeit leisten. Dieses muss man alles anerkennen und vor diesem Hintergrund muss man abwägen.

Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass wir forschen müssen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen, wo geforscht wird, müssen Freisetzung und Anbau möglich sein, sonst wird aus einer Region nie eine richtige Herberge für aufstrebende Forscher, sondern höchstens ein Wolkenkuckucksheim.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Genau.)

Ich halte es für unredlich, einerseits die Landesregierung aufzufordern, für den Bestand der Ressortforschung am Standort Groß Lüsewitz gegenüber dem Bund bis zur letzten Patrone zu kämpfen, andererseits zu fordern, dass gentechnisch veränderte Kartoffelsorten dort nicht angebaut werden dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Auch das bitte ich bei allen Diskussionen wirklich zu berücksichtigen.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Der Ressortentwurf des Bundesministeriums sieht eine Erleichterung in der Forschung vor. Das war in der vergangenen Legislaturperiode auch der Wille dieser Regierung, zum Beispiel, dass die verschuldensunabhängige Haftung – und das bleibt auch so – gewährleistet werden muss. Aber wir müssen den Forschungseinrichtungen Forschungsprojekte in der Grundlagenforschung zubilligen, die dann auch umgesetzt werden müssen. Im Übrigen sollen die Regelungen zum Standortregister wieder auf ein praktisches Maß zurückgeführt werden, um vorsätzlichen Zerstörungen entgegenzuwirken. Auch dieses halten wir für richtig. Der Grundsatz der verschuldensunabhängigen Haftung bleibt erhalten, das ist auch richtig so.

Darüber hinaus haben wir die Bundesregierung ausdrücklich aufgefordert, die Zeit in der EU-Präsidentschaft zu nutzen, um die zügige Umsetzung einer transparenten Kennzeichnungsregelung für alle gentechnisch veränderten Lebensmittel und Futtermittel durchzusetzen. Der Verbraucher und die Verbraucherinnen müssen ein Recht darauf haben, diese Produkte zu erkennen, und zwar in allen Regalen, die es in Europa gibt. Ich möchte an dieser Stelle deutlich betonen, dass dieses ebenso für Produkte gelten würde, die im Rahmen der tierischen Produktion umgesetzt werden. Auch Tiere, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert werden, sind dann zu kennzeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich bin ausdrücklich für eine konsequente Verfahrenskennzeichnung, genauso wie sie bereits im ökologischen Landbau in Deutschland und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird.

Ich möchte noch einmal etwas zu den Inhalten sagen.

Als Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz befürworte ich – und das habe ich immer getan – ausdrücklich die Ausweisung von gentechnisch freien Regionen. Sie sind legitimer Ausdruck des gemeinsamen freiwilligen Handelns von ökologisch und konventionell wirtschaftenden Landwirten. Allerdings halte ich es für unredlich, für eine gesunde Umwelt und Natur auf der Grundlage der Genfreiheit zu werben. Wie bereits gesagt, die Zulassung – und wir haben es hier mit europäischem Recht zu tun – von Lebens- und Futtermitteln, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder daraus hergestellt werden, gilt europaweit. Daran haben wir uns zu halten. Daher könnte eine Bewerbung von Gentechnikregionalmarken auch für die Dachmarke „MV tut gut.“ als irreführend eingeschätzt werden. Das halte ich für nicht verantwortbar.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
So, so!)

Die verantwortungsvolle Nutzung der Gentechnologie läuft daher mit dem Ziel, das Gesundheits- und Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen, eins zu eins. Wir wollen es auch weiter so betreiben. Jedes Unternehmen, das sein Produkt unter diesem Dach platzieren wird, wird Chancen und Risiken selber abwägen haben. Die Politik sollte sich hier heraushalten, wir wollen damit nur die Rahmenbedingungen schaffen.

Ein zweiter Punkt ist die Europarechtsslage. Hier gelten europäisch einheitliche Rechtslagen – ich habe sie bereits genannt –, da sind wir hoffentlich hier im Hohen Hause nicht weit auseinander. Was wir derzeit erleben, ist doch wirklich schizophren. Zwar werden gentechnisch veränderte Pflanzen weltweit in großem Stil angebaut, aber beim Einkauf im Supermarkt können wir es nicht erkennen. Hier müssen wir handeln! Mecklenburg-Vorpommern wird hier auch handeln.

(Beifall
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Es gibt große Produktgruppen, bei denen Gentechnik überhaupt keine Rolle spielt, auch da muss Transparenz geübt werden.

Ich möchte an dieser Stelle zum Punkt 3 Ihres Antrages Folgendes deutlich machen: Steht der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen dem Schutzziel von ökologisch sensiblen Gebieten entgegen, so darf dort ein Anbau nicht erfolgen. Das Schutzziel ist in Beziehung zu setzen zu den Kulturarten und Gebrauchsarten. Die spezifischen Eigenschaften der gentechnisch veränderten Pflanzen sind absolut notwendig. Eigentlich sollten wir davon ausgehen können, dass dieser wesentliche Aspekt bereits im Rahmen der europaweit gültigen Zulassungsverfahren für einen gentechnisch veränderten Organismus hinreichend bewertet worden ist. Wir nehmen zur Kenntnis, dass es hier wesentliche Ausnahmen gibt, und zwar den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen direkt in Natura-2000-Gebieten oder in einer Nähe, wo dann Auswirkungen auf diese Gebiete möglich sein könnten. Durch die Anzeigepflicht, die sich gemäß Gentechnikgesetz für die Aussaat beziehungsweise den Anbau gentechnisch veränderter Organismen ergibt, fallen diese Vorgaben regelmäßig unter den Projektbegriff des Paragraphen 10 des Bundesnaturschutzgesetzes. Deswegen lasse ich zurzeit prüfen, ob und inwieweit in den Natura-2000-Gebieten gentechnisch veränderte Organismen vom Anbau ausgeschlossen werden sollten.

(Beifall

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Das halte ich für richtig und notwendig, um damit einen Beitrag zu leisten. Ich lasse prüfen, inwieweit das Land als Flächeneigentümer hier zu beteiligen ist. Auch das halte ich für notwendig. Dennoch ist hier anzumerken, dass eine solche Position genau genommen dem Grundsatz jener Neutralität widerspräche, die eine Landesregierung gegenüber beiden Seiten zu wahren hat. Koexistenz heißt, miteinander zu leben, um miteinander bestehen zu können. Andererseits sollten wir auch hier neue Zeichen setzen. Bereits heute stellen wir fest – das ist auch ganz klar festgelegt worden –, dass im Landeswald, in den Großschutzgebieten und Biosphärenreservaten gentechnisch veränderte Organismen nicht angebaut werden. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Wir sind der Meinung, dass damit natürliche Barrieren entwickelt worden sind.

(Beifall

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Wir werden im Rahmen der Umweltallianz darüber reden, ob, inwieweit und in welchem Umfang landeseigene Flächen formal in gentechnikfreie Regionen mit einzubringen sind. Ich könnte mir im Gegenzug ein Entgegenkommen der Umweltverbände bei der Freisetzung vom Anbau vorstellen, um damit auch ein Zeichen für Gemeinsamkeiten zu entwickeln.

Was allerdings nicht geht, meine Damen und Herren von der PDS, ist der Punkt 4. Die Landesregierung sieht keine Möglichkeit einer gesonderten Förderung, weder in der einen noch in der anderen Region oder auch für Unternehmen.

(Beifall Beate Schlupp, CDU)

Wir können weder Betriebe gesondert fördern noch ist es so, dass wir gentechnikfreie Regionen und deren Zusammenschlüsse in solchen Betrieben gesondert fördern sollten. Was wir machen können, ist, den ökologischen Landbau insbesondere in diesen Gebieten auszudehnen. Dazu haben wir bereits intensive Gespräche geführt. Ich kann Ihnen heute sagen, dass wir den ökologischen Landbau in der nächsten Periode im Vergleich zur Vorperiode von 70 Millionen auf 110 Millionen erhöhen werden mit dem Ziel, gerade in ökologisch sensiblen Gebieten den Ökolandbau weiter auszurichten, um damit auch voranzukommen.

Was die Züchtungsforschung anbelangt, das möchte ich abschließend sagen, dazu habe ich meinen Standpunkt hier schon angedeutet. Eines muss aber klar sein: Wenn wir wissenschaftliche und wirtschaftliche Potenziale im Bereich der Biotechnologien und der Gentechnik im Sinne der Nachhaltigkeit weiter voranbringen wollen, nämlich über viele Generationen hinaus denken, dann selbstverständlich unter Berücksichtigung der ökologischen Aspekte, die wir auch für unser Land nutzen müssen. Was dagegen nicht geht, ist eine Politik nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!“ Selbstverständlich habe ich zur Kenntnis genommen, was hier von der PDS gesagt worden ist. Wir sind gerne bereit, unser Konzept noch einmal vorzustellen und darüber zu diskutieren. Ich denke, ich habe auch Ansätze angeboten,

(Beifall Harry Glawe, CDU)

wie wir weiterkommen können. – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Borrmann von der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Werter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die NPD-Fraktion nimmt zur Drucksache 5/77 wie folgt Stellung:

Erstens. Gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere machen nicht an Zonengrenzen halt. Sie lassen sich nicht durch eine Berliner Mauer oder durch Selbstschussanlagen von Landwirten einsperren. Sie haben die Eigenschaft, sich auszubreiten. Sie stehen in einem Überlebenskampf nach darwinschen Gesetzen. Der Anbau von Gentechtraps in den USA und Kanada zeigte dies deutlich. Dort klagen Bauern nach Verseuchung ihres Saatgutes mit Gentechniksaatgut gegen die Firma Monsanto. Eine gentechnikfreie Landwirtschaft ist dort nie mehr möglich.

Zweitens. Eine Koexistenz des Anbaus von gentechnisch freien und veränderten Futter- und Lebensmitteln ist absurd. Sie zeugt von der Inkompetenz ihrer Verfasser auf diesem Gebiet. Es wäre so, als propagierte der Landtag eine Koexistenz von Löwen und Gazellen, von Disteln und Rosen. Die Forderung nach einer Wahlfreiheit von Verbrauchern und Landwirten gegenüber Anbau, Transport, Verteilung und Konsum gentechnisch veränderter und gentechnisch freier Lebewesen und Lebensmittel gleicht einer Wahlfreiheit zwischen Kamillentee und Kokain.

Drittens. Wer für die Koexistenz beim Anbau von gentechnisch freien und gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln eintritt, betreibt die Interessen der Gentechnikindustrie. Es kann keine friedliche Koexistenz in diesem antagonistischen Rassengegensatz von Arten geben. Wer die Wahlfreiheit der Verbraucher und Landwirte in Sachen Gentechnik gestattet, hat schon die Grundlage der Wahlfreiheit aufgegeben.

Viertens. Andere Länder haben den Anbau und die Haltung gentechnisch veränderter Organismen verboten, zumindest ein mehrjähriges Moratorium erlassen, bis Klarheit über die Versprechungen der Industrie und die negativen Auswirkungen auf Natur und Mensch herrscht.

Fünftens. Weil wir für ein umfassendes Verbot von gentechnisch veränderten Organismen eintreten, lehnen wir Nationaldemokraten eine eindeutige Kennzeichnungspflicht von Lebens- und Futtermitteln von Gentechnikprodukten als überflüssig ab.

Sechstens. Wir brauchen auch keine ökologisch sensiblen Gebiete von GVO-Anbau freizuhalten, weil dies unmöglich und bei landesweitem Verbot von GVO-Anbau überflüssig ist.

Siebtens. Wir schlagen vor, sich mit anderen Bundesländern ins Benehmen zu setzen und für ein gesamtdeutsches – unter Einschluss Österreichs – Verbot von gentechnisch veränderten Organismen einzutreten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Ein solcher Schritt aus der Mitte des Kontinents würde auf Europa ausstrahlen.

Achtens. GVO-freie Regionalmarken unter der Dachmarke „MV tut gut.“ etablieren zu wollen kann Etikettenschwindel bedeuten. Gentechnisch nicht veränderte Organismen können mit Pestiziden behandelt, mit Wachstumshormonen und Antibiotika gespritzt sein.

Neuntens. Die NPD-Fraktion lehnt eine Förderung von GVO-freien Regionalmarken, sofern diese nicht dem ökologischen Landbau verpflichtet sind, konsequent ab.

Zehntens. Wir befürworten eine intensive Grundlagenforschung zur grünen Gentechnik. Eine solche Förderung hat jedoch nur Sinn, wenn sie nicht a priori die Erkenntnisse zugunsten der Industrie vorwegnimmt. Diese Grundlagenforschung muss nachweislich mit Personen besetzt sein, die nicht im Sold der Industrie stehen oder nach ihrem Projekt in eine Gentechnikfirma wechseln. Entsprechende Sperrzeiten sind in die Verträge einzubauen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das war der Abgeordnete Herr Borrmann von der NPD.

(Reinhard Dankert, SPD: Das hat man gehört.)

Ich schließe damit die Aussprache. Die beschlossene Redezeit ist beendet.

Im Rahmen der Begründung zum Antrag ist seitens der Fraktion der Linkspartei.PDS beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/77 zur Beratung an den Agrarausschuss zu überweisen. Es ist auch beantragt worden, den Bildungsausschuss zu beteiligen.

Ich lasse jetzt zunächst darüber abstimmen, ob Sie damit einverstanden sind, dass dieser Antrag in den Agrarausschuss überwiesen wird. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Es ist von allen Fraktionen, so weit ich es gesehen habe, dem zugestimmt worden. – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit komme ich zum zweiten Beschluss. Wer damit einverstanden ist, dass er auch im Bildungsausschuss beraten wird, den bitte um das Handzeichen. – Zustimmung einiger Abgeordneter der PDS-Fraktion und der NPD-Fraktion. Ich frage nach den Gegenstimmen. – Gegenstimmen gibt es von der SPD-Fraktion, von der CDU-Fraktion, von der FDP-Fraktion und eine Stimme von der NPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Es ist also der Agrarausschuss, der sich damit befassen muss.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 12** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Drucksache 5/80. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/107 vor.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:
10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag
– Drucksache 5/80 –

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und CDU
– Drucksache 5/107 –**

Das Wort zur Begründung hat Herr Andreas Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am gestrigen Tage haben wir in Erster Lesung das Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag beraten. Mit ihm wurden ja schon einige Verbesserungen beziehungsweise Klarstellungen in Bezug auf den Paragraphen 6 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages auf den Weg gebracht. Das gilt nun für Empfängerinnen und Empfänger von Berufsausbildungsbeihilfen gemäß dem SGB III und dem Ausbildungsgeld nach dem SGB III sowie bei Leistungsgewährung gemäß Paragraph 45 SGB VIII. Es betrifft auch die Ersetzung des Wortes „Hausgemeinschaft“ durch das Wort „Haushaltsgemeinschaft“, das also in diesem Fall den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert.

Aber aus unserer Sicht reichen diese Änderungen vor dem Hintergrund der sich tatsächlich darstellenden Situation nicht aus. Wir haben deshalb als Fraktion diesen Antrag vorgelegt, um die Landesregierung aufzufordern, im Rahmen der Vorbereitungen des 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrages dafür zu wirken, eine Gebührenbefreiung für jene einkommensschwachen Menschen einzuführen, die keine Sozialleistung bekommen, und gleichzeitig das Verfahren zu vereinfachen.

Eine erste Gelegenheit dazu wird der Ministerpräsident, falls es der Landtag heute so beschließt, auf der Konferenz der Ministerpräsidenten am 13. Dezember diesen Jahres haben. Die Frage, warum das erst jetzt nötig und möglich oder als notwendig angesehen wird, hat schon etwas mit der Entstehungsgeschichte des Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrages zu tun. Wer die Zeitabläufe rekapituliert, wird feststellen, dass bereits im Sommer die Befassung des Kabinetts mit dem Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag erfolgt ist, aber bestimmte Erfahrungen in der Umsetzung, zum Beispiel der Rundfunkgebührenbefreiung, einfach auf der Grundlage des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages zu dem Zeitpunkt in dem Umfang noch nicht vorlagen.

Durch den Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde neben dem Rundfunkgebührenrecht auch das Rundfunkgebührenbefreiungsrecht vereinheitlicht. Bis dahin war das Rundfunkgebührenbefreiungsrecht in wesentlichen Teilen in den entsprechenden Befreiungsverordnungen der Länder der entsprechenden Rundfunkanstalten enthalten, auch mit der Folge, dass es unter Umständen sogar unterschiedliche Umsetzungen und sich daraus ableitend unterschiedliche Rechtsprechungen zu einer einheitlichen Gebühr ergaben. Seit dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag werden sämtliche Befreiungstatbestände an soziale Leistungen gemäß Absatz 1 geknüpft, die auf Antrag zur Gebührenbefreiung für die Betroffenen führen.

Nun gibt es aber neben diesen auch immer wieder Bürgerinnen und Bürger, die einen Antrag nicht gemäß dem Absatz 1 des Paragraphen 6 stellen, sondern gemäß Absatz 3. Diese erhalten aber abschlägige Bescheide. Ich darf Ihnen den Absatz 3 zitieren: „Unbeschadet der Gebührenbefreiung nach Absatz 1 kann die Rundfunkanstalt in besonderen Härtefällen auf Antrag von der Rundfunkgebührenpflicht befreien.“ Ein Blick in die Begründung des damaligen Staatsvertrages macht deut-

lich, dass mit dieser Regelung ergänzend zu Absatz 1 für die Rundfunkanstalten die Möglichkeit der Ermessensentscheidung in Härtefällen auf Antrag besteht. Zitat aus der Begründung: „Ein besonderer Härtefall liegt insbesondere vor, wenn ohne dass die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 vorliegen, eine vergleichbare Bedürftigkeit nachgewiesen werden kann.“ Nachzulesen ist das in der Drucksache 4/1435, Seite 51.

Die GEZ allerdings sieht dies völlig anders. Ich verweise auf den Elften Bericht der Bürgerbeauftragten. Der Rundfunkgebührenstaatsvertrag hat durch Zustimmung der Landesparlamente und Veröffentlichung im jeweiligen Gesetz- und Verordnungsblatt Gesetzeskraft erlangt und ist damit für jedermann verbindlich. Ich zitiere: „Der Gesetzgeber hat die Fälle, in denen natürlichen Personen aus finanziellen Gründen Rundfunkgebührenbefreiung zu gewähren ist, nunmehr ganz bewusst und abschließend in § 6 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 RGebStV geregelt. Alle Befreiungstatbestände für den Kreis einkommensschwacher Personen knüpfen an die dort im Einzelnen genannten sozialen Leistungen an ... Nach dem Willen des Gesetzgebers (scheidet) eine Gebührenfreiheit wegen geringen Einkommens aus. Eine Befreiung allein wegen geringen Einkommens ist damit nicht mehr möglich. ... § 6 Absatz 3 RGebStV stellt gerade keinen Auffangtatbestand dar, der dann greift, wenn die Voraussetzungen für eine Befreiung nach § 6 Absatz 1 nicht vorliegen. Es ist nach der Gesetzesbegründung davon auszugehen, dass der Gesetzgeber die bisherige Befreiung wegen geringen Einkommens ... bewusst abgeschafft und durch die neuen abschließenden Tatbestände ersetzt hat.“ Das, meine Damen und Herren, ist die Auffassung der GEZ, die aber nicht zutreffend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und die Leidtragenden sind die einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürger, die zwar keinen Bescheid, aber ein geringes Einkommen haben und damit gebührenpflichtig werden.

Den Vereinfachungsbestrebungen des Gesetzgebers, so die Auffassung der Gebühreneinzugszentrale, würde es zuwiderlaufen, wenn alle Fälle, die früher nach der Befreiungsverordnung wegen geringen Einkommens eine Befreiung erhalten hätten, nun als Härtefälle zu prüfen wären. Dies steht aus meiner Sicht im Gegensatz zu der von mir bereits zitierten Begründung zum Gesetzentwurf des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages auf der schon erwähnten Seite. Also hat sich mit dieser Rechtsanwendung die finanzielle Situation einkommensschwacher Bürger, die von ihrem Erwerbseinkommen oder einer Rente, aber nicht von einer Sozialleistung leben, verschlechtert.

Arbeitslosengeld-II-Empfänger, die einen befristeten Zuschlag nach Paragraph 24 SGB II erhalten, weil sie länger als ein Jahr und weniger als drei Jahre erwerbslos sind, erhalten somit keine Gebührenbefreiung. Zu prüfen ist, ob künftig diesen Personen eine Rundfunkgebührenbefreiung zu gewähren wäre. Dies wäre sicherlich sowohl hinsichtlich des Zweckes der befristeten Zuschläge als auch des Zieles der Verwaltungsvereinfachung konsequent, weil dann allein die Tatsache des Bezugs von ALG II geprüft werden müsste und künftig die Vorlage des Leistungsbescheides ohne Berechnungsbögen ausreichend wäre.

Ich habe die große Bitte, dass der Landtag dieses heute so beschließt. Der vorliegende Änderungsantrag der

Koalitionsfraktionen macht hierzu Mut. Ich glaube, mit ihm ist eine Qualifizierung des vorliegenden Antrages verbunden. Wir haben ihn ursprünglich deswegen genauso allgemein gehalten, um nicht schon zu präjudizieren und nicht sozusagen das Argument herzuleiten, das, was Sie da so konkret vorschlagen, würde so nicht gehen, denn das sind ja Verhandlungen. Von daher, denke ich, ist der Bezug auf die entsprechende Anwendung der bis zur Einführung des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages geltenden Befreiungsverordnungen der norddeutschen Länder im Sendegebiet des NDR richtig und auch eine gute Hilfe. Der Ministerpräsident kann natürlich durch ein klares Votum dieses Hauses sicherlich am 13. Dezember mit den anderen Kollegen Ministerpräsidenten auch anders agieren.

Mit Ziffer 2 des vorliegenden Antrages sollen Regelungen für eine Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens erreicht werden. Auch da, denke ich, ist nach wie vor noch Handlungsbedarf festzustellen. Laut Paragraph 6 Absatz 2 hat der Antragsteller die Voraussetzung für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht durch die Vorlage des entsprechenden Bescheides im Original oder in beglaubigter Kopie nachzuweisen. Dies führt in vielen Fällen zu erheblichen organisatorischen wie auch den Kostenaufwand betreffenden Problemen für die jeweiligen Leistungsempfänger selbst. Ebenso können sich bei der entsprechenden Befristung und der Rückwirkungsproblematik Probleme ergeben, da bei befristeten Leistungsbescheiden, zum Beispiel beim ALG II auf sechs Monate, der Folgebescheid mit Verzögerungen zu Unsicherheiten bei der erneuten Antragstellung zur Rundfunkgebührenbefreiung selbst führen kann. Da die Rückwirkung allerdings ausgeschlossen ist, kann es durchaus sein, dass zwar theoretisch der Anspruch auf Rundfunkgebührenbefreiung bestanden hat, aber dadurch, dass sich die Bearbeitung so lange hingezogen hat, sich eine Rundfunkgebührenbefreiung zumindest für ein oder zwei Monate nicht mehr rückwirkend feststellen lässt.

Die Gebühreneinzugszentrale selbst ist mit der Flut der immer wiederkehrenden Anträge teilweise überfordert. Die Bearbeitung eines Antrages bei der GEZ selbst dauert in der Regel sechs Wochen, dann ist oft die Forderung für das laufende Quartal bereits fällig gewesen. Das sind alles Gründe, dass im Rahmen der Beratungen zum 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag diese Frage der Rundfunkgebührenbefreiung für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger gelöst werden muss, die nicht auf der Grundlage von Sozialleistungen einen Nachweis erbringen können. Ich bitte Sie um entsprechende Abstimmung des Antrages. Dem Änderungsantrag stimmen wir gerne zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Heinz Müller, SPD, Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Jörg Vierkant, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Norbert Nieszery von der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seitens der SPD-Fraktion begrüßen wir den vorliegenden Antrag der PDS ausdrücklich. Herr Bluhm hat dargelegt, dass die Befreiung, wie sie jetzt

Gesetz ist, lediglich darauf beruht, dass man Bezieher von Transferleistungen sein muss. Das ist uns einfach zu wenig, weil es die einkommensschwachen Bereiche in der Gesellschaft ausgrenzt. Hier sind nicht nur die Studenten gemeint, sondern vor allen Dingen die einkommensschwachen Rentner in Ostdeutschland. Bei mir im Wahlkreisbüro sind mehrere dieser Anfragen aufgelaufen. Es ist tatsächlich so, dass die Leute, die knapp über der Grundsicherungsgrenze liegen, praktisch von der Rundfunkgebühr nicht befreit werden, obwohl sie im Endeffekt weniger Geld erhalten als so mancher Hartz-IV-Empfänger. Das ist in der Tat eine Ungerechtigkeit, der abgeholfen werden muss.

Gleichzeitig kommen heutzutage nur noch von Rundfunkgebühr Befreite in den Genuss des Sozialtarifs der Deutschen Telekom. Das ist eine Folgeerscheinung, die wir im Prinzip auf einen größeren Empfängerkreis der Rundfunkgebührenbefreiung ausweiten können. Für viele Menschen, gerade für die Rentner, sind das Radiohören oder das Fernsehen eigentlich die einzige Teilhabe am kulturellen Leben. Wir tun gut daran, denke ich, diesen Kreis in die Gebührenebefreiung mit einzubeziehen, weil sie oftmals wirklich nicht in der Lage sind, die Gebühren zu bezahlen.

Mit dem vorliegenden Antrag und dem Änderungsantrag geben wir dem Ministerpräsidenten sicherlich einen für unsere Bürger wichtigen Verhandlungsauftrag, der natürlich, und das wissen wir alle, nur umgesetzt werden kann, wenn man auch bereit ist, höhere Rundfunkgebühren in Kauf zu nehmen. Das wird wahrscheinlich der Preis dafür sein. Ich persönlich darf hier erklären, dass ich gerne bereit bin, höhere Rundfunkgebühren zu bezahlen. Ich betrachte das als einen Akt der Solidarität und werbe um Zustimmung für den Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Linkspartei.PDS und Jörg Vierkant, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Nieszery.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Leonhard von der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kollegen! Die FDP-Fraktion hat gestern zu diesem Thema ausführlich die Position dargestellt. Wir haben der Überweisung zugestimmt und das werden wir heute auch für die FDP-Fraktion so gestalten. – Vielen Dank.

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Es hat jetzt das Wort Herr Jörg Vierkant von der CDU.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Herr Bluhm in der Einbringung bereits anmerkte, haben wir gestern schon einmal über einen Rundfunkänderungsstaatsvertrag gesprochen. Da ging es um die Neunte Änderung und jetzt wollen Sie, meine Damen und Herren von der PDS, die Landesregierung mit einer 10. Änderung beauftragen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lläuft schon.)

Bevor ich etwas zum Inhalt sage, gestatten Sie mir meinerseits einige Anmerkungen. Der Neunte Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde durch den Ministerpräsidenten Herrn Dr. Ringstorff am 31. Juli 2006 unterschrieben. Ich muss also davon ausgehen, dass sich die damalige Landesregierung zu diesem Zeitpunkt und damit natürlich auch die Regierungskoalition darüber unterhalten haben müssen, was im Vorfeld zu diesem Neunten Vertrag not-

wendig ist.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
Aber, Herr Vierkant, Sie wissen doch,
wie diese Verhandlungen ablaufen!)

Und es ging ja da, das habe ich gestern auch schon einmal gesagt, um Klarstellungen zur Gebührenbefreiung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Es wäre sicher vernünftiger gewesen, wenn Sie, meine Damen und Herren der Linkspartei.PDS, die Anregungen aus Ihrem heutigen Antrag schon damals in die Debatte eingebracht hätten, denn das Problem der Gebührenbefreiung für Menschen mit niedrigsten Einkommen gibt es seit dem Inkrafttreten der Neufassung vom 1. April 2005.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie müssen sich daher fragen lassen: Warum handeln Sie erst jetzt, wo Sie auf den Oppositionsbänken Platz genommen haben? Warum sind Sie nicht tätig geworden, als Sie noch in der Landesregierung waren?

Meine Damen und Herren, im Petitionsausschuss des Landtages haben wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder mit dieser Thematik befasst. Die Probleme haben zugenommen, das zeigt die Anzahl der Petitionen.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Gerade in den letzten drei Jahren ist die Zahl tatsächlich deutlich angestiegen. Waren es 2004 nur 2 Eingaben, so waren es 2005 bereits 12 und in diesem Jahr bis zum jetzigen Zeitpunkt 19.

Die Rundfunkgebühren, die heute monatlich 17,03 Euro für Radio und Fernsehen betragen, sind für Menschen mit geringsten Einkommen ein Problem, gerade auch für ältere Menschen mit niedrigen Renten. Hinzu kommt, dass nur eine quartalsweise Zahlung möglich ist, aber das ist eine zusätzliche Belastung für viele.

In früheren Zeiten gab es die Möglichkeit, für die Länder gesonderte Regelungen zu treffen. In Mecklenburg-Vorpommern beschrieb eine Landesverordnung von 1992 Einkommensgrenzen. Damals wurden die Anträge in den Sozialämtern bearbeitet. Seit 2005 ist jedoch allein die GEZ zuständig und hier ist als Voraussetzung für die Gebührenbefreiung die Vorlage von Bescheiden über gesetzlich definierte soziale Leistungen notwendig.

Ein weiteres schwieriges Problem, auf das auch schon hingewiesen wurde, meine Damen und Herren, was mir im Zusammenhang mit der Diskussion immer wieder aufgefallen ist, ist, dass viele, gerade ältere Menschen in unserem Land ihnen zustehende Leistungen nicht beantragten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –
Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Oftmals fehlt auch die Info.)

Wir wissen alle, falsches Schamgefühl, aber es ist da. Angesichts der niedrigen Renten gibt es mehr Menschen, die zum Beispiel erfolgreich Grundsicherung beantragen könnten und in der Folge von Rundfunkgebühren befreit würden. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine seit dem 1. Januar 2003 in Deutschland bestehende bedarfsorientierte soziale Leistung zur Sicherstellung des Lebensunterhalts, ähnlich wie die Sozialhilfe. Personen, die durch Alter oder Erwerbsminderung auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind

und ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können, erhalten damit eine Leistung, mit der sie das sozio-kulturelle Existenzminimum abdecken können. Rentner, die niedrige Renten beziehen, können Grundsicherung beantragen. Sie sollten dies auch tun, denn sie fallen in den Kreis derjenigen, wie ich schon sagte, die von der Rundfunkgebühr befreit werden könnten. Deshalb auch heute noch einmal mein Aufruf: Machen wir in unseren Wahlkreisbüros auf diese Tatsache aufmerksam, denn das sind wir unseren Wählern schuldig!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben sich entschlossen, den von der Intention her richtigen Antrag der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/80 durch einen Änderungsantrag zu konkretisieren. Wir heben dabei vor allem auf die gute Landesverordnung von 1992 und die dort beschriebenen Einkommensgrenzen ab. Ich bin jetzt nach der Einbringung guter Hoffnung, dass wir deutliche Mehrheiten hier heute im Plenum haben werden. Ich bitte Sie trotzdem um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön, Herr Vierkant.

Es hat jetzt das Wort Frau Barbara Borchardt von der Linkspartei.PDS.

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sicherlich ist es richtig, Herr Vierkant, dass wir von den Problemen in den letzten Wochen und Monaten gewusst haben. Das zeigen ja nicht nur die Petitionen, das zeigt auch der Bürgerbeauftragtenbericht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Aber das heißt natürlich, dass auch die CDU als Opposition in diesen Problemen sehr wohl gewusst hat. Wir haben in der letzten Wahlperiode auch von Ihnen diesbezüglich keinen Antrag bekommen. Ich werfe Ihnen das nicht vor, das sage ich jetzt ganz bewusst, weil der Prozess für einen Rundfunkstaatsvertrag sehr langwierig ist. Und wenn wir uns den Prozess ganz genau angucken, dann wissen wir, dass mit der Veränderung des Achten Rundfunkstaatsvertrages auch Änderungen hinsichtlich der Befreiungstatbestände erfolgten. Wir alle mussten vom Prinzip her davon ausgehen und Erfahrungen sammeln, wie mit der Vereinfachung dieses Prozesses beziehungsweise mit den neuen Verordnungen und der Anwendung der neuen Gesetze umgegangen wird.

Richtig ist, dass wir in den Monaten darauf, also im Jahre 2005, sowohl im Petitionsausschuss als auch die Bürgerbeauftragte nicht nur einmal mit dem Problem konfrontiert worden sind. Sie wissen als ehemaliger Ausschussvorsitzender des Petitionsausschusses, dass wir dieses Problem sehr ernsthaft diskutiert haben. Wir haben das Problem auch an die Fraktionen beziehungsweise an die Staatskanzlei mit der Bitte um Beachtung weitergegeben. Und damit in dieser Periode, also für den nächsten Änderungsvertrag, das Problem nicht im Nachhinein diskutiert wird – wir haben ja gestern gemeinsam festgestellt, dass es kaum Möglichkeiten gibt, einen Entwurf dann noch zu verändern –, sollten wir bitte schön noch einmal ganz genau hingucken und die Probleme, die wir gemeinsam mit den Befreiungstatbeständen festgestellt haben, auf den Tisch legen. Wenn man sich das

ganz genau anguckt – Sie haben die Zahlen ja genannt –, ist es schon erschreckend, weil Sie davon ausgehen können, dass viele Bürgerinnen und Bürger einfach sagen, wir beantragen erst recht nichts mehr, weil es so ein Aufwand ist, wir lassen das sein. Ich glaube, dass wir hier noch mehr Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die vom Prinzip her berechtigt wären. Man muss aber noch einmal darauf hinweisen.

Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass mit der neuen Regelung einfach auch ein Systemwechsel erfolgte. Wenn wir früher, also vor der Änderung, vom Prinzip her davon ausgegangen sind, dass immer die Höhe des Erwerbseinkommens maßgebend war, ist es jetzt so, dass nur alleine der Tatbestand, dass man eine Sozialleistung erhält, die Befreiungsklauseln anzieht. Und wenn man davon ausgeht, dass der Gesetzgeber im Grunde genommen immer sagt, man sollte in erster Linie durch eigenes Einkommen sein Leben organisieren oder vom Prinzip her ohne Transferleistungen auskommen, ist es ein Systembruch insgesamt, wenn man das jetzt ernst nimmt, und zwar auch unter der Berücksichtigung dessen – das sage ich an dieser Stelle auch –, was wir in den letzten Monaten hatten, nämlich in Bezug auf die Veränderung von Zumutbarkeitsregelungen immer zu sagen, Arbeit annehmen, Erwerbseinkommen, Einkommen erzielen, Einkommen erzielen, Einkommen erzielen. In der Weise, glaube ich, ist es wichtig, dass man diesen Tatbestand, also diesen Systemwechsel, wieder zurücknimmt und sagt, wir gehen davon aus, dass nicht die Einkommensart wichtig ist, sondern die Höhe des Einkommens, um mehrere Bürgerinnen und Bürger dann in den Genuss kommen zu lassen, die jetzt von der Bedürftigkeit, einfach nur weil sie den Schein, dass sie keine Transferleistungen haben, nicht vorweisen können, ausgeschlossen werden.

Die Härtefallregelung würde einiges aufbessern und, wenn sie ernst genommen werden würde durch die GEZ, sicherlich einiges regeln. Aber Herr Bluhm hat darauf aufmerksam gemacht, es ist leider nicht so.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:
Richtig.)

Wir können nachweisen, auch das wissen Sie aus dem Petitionsausschuss, dass Bürgerinnen und Bürger sagen, selbst bei Widersprüchen sind sie gezwungen – es wird dem nicht nachgegeben –, vor Gericht zu gehen. Welche Folgen das letztendlich hat, wissen wir. In der Weise, glaube ich, ist es wichtig, dass wir hier tätig werden.

Für mich, das will ich an der Stelle sagen, ist es schon alleine, dass wir uns dieses Problems annehmen, ein Hinweis darauf, dass wir die Petitionen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, dass wir darauf reagieren, was die Bürgerbeauftragte immer wieder angemahnt hat und was Sie als Ausschussvorsitzender hier immer wieder angemahnt haben, dass wir darauf reagieren. Ich würde mir wünschen, dass es auch in Zukunft so sein würde, wenn wir feststellen, dass es innerhalb der Gesetzgebungsprozesse einfach Verschiebungen gibt, dass wir sie ernst nehmen und uns hier gemeinsam Gedanken machen, wie wir das Problem lösen können. Wir stimmen dem Änderungsantrag zu. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,
Volker Schlotmann, SPD, und
Jörg Vierkant, CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke schön.

Es hat jetzt der Abgeordnete Andrejewski von der NPD das Wort.

Michael Andrejewski, NPD: Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Die Verkomplizierung des Antragsverfahrens hat in der Praxis zu unhaltbaren Zuständen geführt. Die GEZ mauert wohl bewusst, wo sie nur kann, und tut alles, um die Berechtigten zu entmutigen. Nicht nur, dass die Bearbeitung durchaus länger als zwei Monate dauern kann, viele Anträge werden unter Berufung auf angebliche Formalien abgelehnt, häufig werden sie auch einfach ignoriert. Man stellt einen Befreiungsantrag und trotzdem kommen weiterhin Bescheide und Forderungen. Mit der GEZ kann man nur noch per Einschreiben und Rückschein verkehren. Und leider hat die Post noch keinen Sondertarif für Hartz-IV-Empfänger, das ist ein teures Vergnügen.

Auch den Telekom-Sozialtarif bekommt man erst, wenn nach langen Monaten die GEZ-Befreiung eintrudelt. Bis dahin darf man den normalen Tarif bezahlen. Die Folge ist einerseits, dass viele Befreiungsberechtigte resigniert, entmutigt und auch eingeschüchtert aufgeben und trotzdem zahlen, obwohl sie sich das gar nicht leisten können, um sich Ärger zu ersparen, und wiederum andere kümmern sich gar nicht mehr darum oder denken fälschlicherweise, sie werden sowieso befreit, und meinen, es hätte keine Folgen. Und dann summieren sich die Forderungen. Wer ein Jahr lang keine GEZ bezahlt hat, das sind 200 Euro plus Mahnkosten und so weiter, das kann einen Hartz-IV-Empfänger wirtschaftlich vernichten, das kann ihn sein Konto kosten. Das ist eine soziale Zeitbombe, die meiner Meinung nach unterschätzt wird, und deswegen ist dieser Antrag in der Tat vernünftig. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Nach Herrn Andrejewski hat jetzt noch das Wort Herr Bluhm. – Herr Bluhm verzichtet.

Damit schließe ich die Aussprache.

Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/107 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die große Mehrheit von allen Fraktionen. Ich frage trotzdem: Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch keine Enthaltungen. Damit ist dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/107 zugestimmt worden.

Ich komme jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Wer dem Antrag der Linkspartei.PDS einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist ebenfalls die große Mehrheit. Wer stimmt dagegen? – Keiner. Wer enthält sich der Stimme? – Ebenfalls keine Enthaltungen.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass ich sagen muss, dass der Antrag damit angenommen wurde. Danke schön.

(Zuruf aus dem Plenum:

Wieder eine Sektflasche, Andreas. –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Sehr gut. Wir feiern jeden Sieg. – Heiterkeit bei
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Absage des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/60.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Absage des G8-Gipfels in
Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/60 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs von der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Ablehnung des geplanten G8-Gipfels sprechen, dann möchte ich die Gelegenheit nutzen, um an dieser Stelle auch die grundsätzliche Ablehnung der NPD gegen diesen Wirtschaftsgipfel zu erläutern. Es geht um die eminenten Kosten, die dieses Treffen verursacht. Es geht auch darum, dass mit den hart erarbeiteten Steuergeldern keine neuen Stacheldrahtzäune in unserem Land errichtet werden sollen, die dieses Mal andere Politfunktionäre schützen sollen. Von Stacheldrahtzäunen im eigenen Land haben wir Deutschen endgültig genug!

(Zuruf aus dem Plenum: Richtig.)

Einen Gipfel, den niemand haben will, mit Politikern, die niemand wirklich sehen möchte, den möchte auch niemand bezahlen. Das ist die eine Seite. Aber es geht hier noch um ein tiefer gehendes Problem, und das sage ich gerade an die Adresse der PDS-Linkspartei,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Linkspartei.PDS!)

das wir den Menschen im Lande erklären müssen, ein Problem, dem Sie nicht länger ausweichen können. Denn wenn der Gipfel hier nicht abgehalten wird, dann geschieht dies in einer anderen Stadt, und wenn er nicht in Deutschland stattfindet, dann ist ein anderes Land dran.

Wir alle erinnern uns an die blutigen Ausschreitungen in Genua. Dies wird immer und zu jeder Zeit überall passieren können, ganz gleich, wie viel Geld Sie in Ihre autistische Politik im Hochsicherheitstrakt stecken wollen. Es gibt Politiker, denen ich aus meiner Grundüberzeugung lieber zustimme. Aber in diesem Fall muss man auch als Nationaldemokrat, und das will ich hier noch einmal tun, Fidel Castro beipflichten,

(Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS:
Das müssen Sie keinesfalls!)

der einmal sagte, dass man den G8-Gipfel am besten in einer Raumstation abhalten solle. Eine noch bessere Möglichkeit wäre dann nur noch für die Zukunft ein Ausgleich zwischen den Staaten und Regionen, der den Interessen der Menschen verpflichtet ist, mit Politikern, die wiederum ihren Völkern verpflichtet sind. Die Menschen wollen den G8-Gipfel nicht. Für uns Nationaldemokraten gibt es aber nicht nur diesen abstrakten Begriff „die Menschen“. Joseph de Maistre hat einmal treffend festgestellt: „In meinem Leben habe ich unter anderem Franzosen, Italiener, Russen gesehen. Ich weiß sogar, dank Montesquieu, daß man ein Perser sein kann: was aber den Menschen anbelangt, ist er mir ... nie begegnet.“

Und so können wir heute dem Protest gegen den globalistischen G8-Gipfel ein Gesicht geben, meine Damen und Herren. Die Völker wollen den G8-Gipfel nicht. Die Völker wollen keine Globalisierung, die sie zu Größen

einer Börsenbilanz macht, die auf Einzel- und Völkerschicksale keine Rücksicht nimmt. Die Deutschen und die Franzosen, aber auch die Völker in anderen Kontinenten, haben längst begriffen, dass dies allein der Kapital verpflichteten Wirtschaftsordnung zugrunde liegt, dass wir diese Art von Ungerechtigkeit, eben bedingt durch die Absprachen im G8-Gipfel, zu beklagen haben. Es ist dies eine Wirtschaftsordnung, die das Primat der Ökonomie, einen schleichenden Entdemokratisierungsprozess einleiten wird, der Mensch als Teil des Kapitals, Humankapital eben, in der Diktion der Globalisierer. Die Leute sollen zahlen, konsumieren und dann am besten schweigen. Seit Jahren verantworten die G8-Länder eine Politik, die die Lebensbedingungen der Völker auf der ganzen Welt kontinuierlich verschlechtert und die nicht zuletzt für die Wanderbewegungen der Armutsflüchtlinge in aller Welt sorgt.

Wenn man sich die einwanderungsfreundlichen Parolen von SPD, FDP und PDS anhört, dann möchte man schon gern einmal nachfragen: Glauben Sie denn, die Leute kommen hierher nach Deutschland, weil ihnen das Wetter so gut gefällt? Die Leute kommen hierher, weil die Politik der G8-Staaten eine verbrannte Erde hinterlässt. Dass die Arbeitsklaven in fernen Ländern für unseren Markt billig produzieren, das stört die PDS und die anderen Blockparteien, die sich sonst immer so um die Menschenrechte sorgen, nicht im Geringsten, meine Damen und Herren,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Unerhört!)

sonst müssten Sie nämlich der NPD-Forderung zustimmen: Grenzen dicht für Produkte aus Billiglohnländern, die unter entwürdigenden Bedingungen Industriewaren herstellen, die hier zu überteuerten Bedingungen verkauft werden! Erst wenn ein fernöstliches Produkt durch Zoll so teuer geworden ist wie ein Produkt, das von deutschen Arbeitnehmern hergestellt worden ist, dann erst herrscht in Wirklichkeit ein freier Markt,

(Beifall Raimund Borrmann, NPD)

der das Wort „sozial“ auch zu Recht trägt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Raimund Borrmann, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Kinder, Sklaven und deutsche Arbeitnehmer aber in Lohnkonkurrenz treten zu lassen, das ist kein freier Markt und ein sozialer erst recht nicht. Das ist kalter Zynismus! Und die deutsche Linke stört auch nicht, dass die Politik der G8-Staaten immer weiter für eine Zerstörung der Umwelt sorgt, die wiederum die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Sie haben doch keine Ahnung!)

Wir in Europa haben Gott sei Dank strenge Umweltauflagen. Wenn Sie wirklich einer Politik zustimmen würden, die den Völkern hilft, dann müssten Sie der NPD-Forderung zustimmen, eine Umweltschutzabgabe auf all jene Produkte einzuführen, die eine Einfuhr solcher Erzeugnisse unattraktiv machen würde. Aber da sind Sie wieder einmal inkonsequent. Da reden Sie plötzlich vom freien Markt, den Sie angeblich beim G8-Gipfel bekämpfen wollen, meine Damen und Herren.

Aber verlassen Sie sich darauf, die Leute bemerken diesen sozialen Etikettenschwindel längst. Auch wenn die

Zeitungen nichts über die Positionen der NPD zu dieser Globalisierungskritik schreiben, so können Sie doch nicht verhindern, dass über Venezuela berichtet wird. Die Linken Südamerikas, liebe Altgenossen von der PDS, haben nämlich längst begriffen, dass der Kampf gegen die Globalisierung nur national sein kann.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Das ist falsch! Das sind Internationalisten. –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das ist falsch!)

Bürgerliche Blätter wie „Die Welt“ nannten Hugo Chavez nach seinem grandiosen Wahlsieg verschämt einen Linkspopulisten. Vielleicht hoffen Sie, dass die Leser nicht wissen, dass „Populist“ von „populus“, das Volk, kommt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Oh! Kleines Latinum!)

Hugo Chavez gehört zu jenen südamerikanischen Politikern, deren soziales Engagement allein seinem Volk gehört. Und deshalb klassifizierte der Deutschlandfunk auch ganz richtig, dass es sich hier um einen Linksnationalisten handelt, meine Damen und Herren. Wer in Südamerika soziale Politik macht, der orientiert sich am Volk. Während in den Staaten Afrikas die Gewinne für geförderte Bodenschätze hauptsächlich in die USA und zur Ruhigstellung in korrupte Funktionärseliten in diesen Ländern selbst gepumpt werden, verwendet Chavez einen Großteil der beträchtlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft für Sozialabgaben und zeigt damit, dass eine Nationalisierung von Bodenschätzen und damit Politik hauptsächlich dem eigenen Volk zugutekommt.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Der Interessenvertreter der Menschen hierzulande, derjenige, der sich wirklich um die sozialen Belange kümmert, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die NPD, auch wenn Ihnen das nicht passt.

In einem europäischen, einem deutschen Rahmen sollten wir das verwirklichen, was in wirtschaftspolitischer Hinsicht in Südamerika bereits langsam Wirklichkeit wird, eine Abkopplung der Völker von der Globalisierung nämlich. So, wie in Kolumbien etwa die Wasserwirtschaft wieder dem Allgemeinwohl verpflichtet ist und nicht Kapitalinteressen von Weltfirmen, in Venezuela die Ölindustrie, werden wir auch in Deutschland danach streben, die Wirtschaft wieder den Interessen des Volkes unterzuordnen. Wir fordern statt einer nur auf dem Papier freien Marktwirtschaft eine raumorientierte Volkswirtschaft,

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

die den Menschen in das Zentrum des Interesses stellt! Nicht die Menschen haben der Wirtschaft zu dienen, sondern die Wirtschaft den Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nicht die Menschen sollen sich zu den Maschinen aufmachen, sondern die Maschinen zu den Menschen, bitte schön. Das wäre übrigens auch die Lösung für die weltweiten Wanderungsbewegungen, unter denen wir heute alle leiden. Die irrsinnige Unlogik in der Wirtschaft muss endlich durchbrochen werden! Deshalb geht es nicht nur ums Geld, das wäre schon schlimm genug, es geht darum, ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen aus Mecklenburg und Vorpommern gegen den G8-Gipfel. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst gebe ich das Wort Herrn Ritter von der Linkspartei.PDS.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Jetzt kommt ein Internationalist.)

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr selbsternannter Oppositionsführer, Ihre Fraktion hat gestern lautstark protestiert, dass sie nicht in die Reihe der demokratischen Fraktionen aufgenommen wird. Wer aber wie Sie aus Anlass des Volkstrauertages oder, wie es bei Ihnen heißt, Heldengedenktages geschichtsverzerrende und menschenverhetzende Reden hält oder diese beklatscht

(Udo Pastörs, NDP: Hören Sie doch mal mit der alten Leier auf, Herr Ritter! Das wird langweilig.)

oder wie heute hier im Landtag gentechnikfreie Zonen in den Grenzen von 1937 fordert,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

der kann und wird nicht in die Reihe der demokratischen Fraktionen aufgenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr selbsternannter Oppositionsführer, ist auch Ihr Sprechblasenprotest gegen den G8-Gipfel unglaubwürdig und abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS)

Ihre Alternative zur Globalisierung, ich wiederhole mich, Ihre Alternative zur Globalisierung ist ein völkischer Nationalstaat gepaart mit Rassismus.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Genau so.)

Worte wie Solidarität, Gerechtigkeit und umfassende Entwicklungshilfe sind Fremdworte für Sie. Lesen Sie Ihre eigene Programmatik, dann werden Sie das feststellen! Von einer gerechten Weltwirtschaftsordnung halten Sie dort nämlich nichts.

(Udo Pastörs, NDP: Und was ist gerecht?!)

Ihre Anträge, ich spreche hier für alle drei Anträge gleichzeitig, zum Thema G8 sind daher abzulehnen. Die Globalisierungskritiker haben Ihre Hilfe nicht nötig. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD und Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass vorhin wieder diskriminierende Äußerungen gekommen sind. Der Begriff „Blockpartei“ gegen demokratische Parteien ist von Ihnen hier geäußert worden, Herr Pastörs. Sie wissen, dass wir hier in diesem Hohen Hause solche diskriminierenden Äußerungen gegenüber demokratischen Parteien nicht wollen.

(Zuruf aus dem Plenum)

Ich habe jetzt das Wort! Sie wissen, dass man auch beim Sport einen Schiedsrichter nicht dauernd bemängeln darf.

(Udo Pastörs, NPD: Aber der darf nicht willkürlich entscheiden. Das ist der kleine Unterschied. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Herr Pastörs, jetzt auch, jetzt gerade. Ich habe es eben nur sagen wollen, aber jetzt, da Sie da einfach dazwischen rufen, erteile ich Ihnen hiermit einen Ordnungsruf.

(Udo Pastörs, NPD: Das tangiert mich peripher! – Volker Schlotmann, SPD: Passen Sie mal auf, dass Sie hier nicht noch rausfliegen! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit, Herr Pastörs, provozieren Sie den nächsten Ordnungsruf.

(Heike Polzin, SPD: Richtig.)

Ich erteile jetzt das Wort Herrn Andrejewski von der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Hier darf nicht nur von Finanzen geredet werden, sondern auch und in erster Linie von der Sicherheit unserer Bürger. Wir haben in Deutschland mindestens einige Hundert gefährliche Islamisten. Wie viele sich in der Masse der auf eine Million geschätzten illegalen Ausländer verbergen, wissen wir nicht. Die Generalbundesanwältin selbst hat vor Anschlägen gewarnt. Diese Islamisten hat man zuerst ins Land gelassen, dann hat man ihren Hass auf uns noch geschürt, indem die deutsche Politik in Palästina, Irak und Afghanistan nicht nur Islamisten bekämpft, sondern auch ganz normale Moslems, die sich gegen Unterdrückung wehren, denn nicht jeder Palästinenser, der Ärger oder ein Problem mit der israelischen Besatzung hat, ist gleich ein Extremist.

Und jetzt holt man den Mann ins Land, den die Islamisten und auch viele Moslems am allermeisten hassen, nämlich Mr George Bush. Dadurch hat man fahrlässig allerhöchste Anschlaggefahr heraufbeschworen, weniger für die hohen Herrschaften hinter dem Sicherheitszaun, sondern für die ganz normalen Bürger in den Städten, die bei Weitem nicht so gut geschützt sind, bundesweit. Denn die Terroristen greifen nicht die schwer verteidigten Ziele an, sondern sogenannte weiche Ziele. Sie haben 2005 in Schottland nicht den G8-Gipfel angegriffen, sondern Zivilisten in London, Busse und Bahnen. Die Gefahr besteht bei uns jetzt auch. Wir hätten Alarmstufe Rot, wenn wir Alarmstufen hätten wie in Amerika.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Wir leben in einem Land, in dem ein Achtzehnjähriger in sein Tagebuch schreibt: „Ich besorge mir erst mal Bomben nächste Woche.“ Und es bleibt nicht nur bei der Fantasterei, sondern der kann das, der bastelt sich die Bomben zusammen, und das kann ein islamistischer Terrorist zehnmal so gut. Und der Achtzehnjährige schreibt in sein Tagebuch: „Ich besorge mir auch noch ein paar Kanonen, paar Gewehre, paar Pistolen.“ Er schafft das und besorgt die sich und das kann ein islamistischer Terrorist auch zehnmal so gut.

Wir leben in einem Land, in dem jeder illegal einwandern kann und untertauchen kann. Wir haben geschätzt etwa

eine Million illegaler Ausländer. Das ist zehnmal Schwerin! Zehn unsichtbare Städte!

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das kann ein islamistischer Terrorist auch zehnmal so gut, der ausgebildet worden ist. Und dieses Land legt sich in aller Welt mit diesen Islamisten an, lässt sie aber auch gleichzeitig ins Land. Das ist im höchsten Maße fahrlässig.

Diesem G8-Gipfel kann man nur mit größter Sorge entgegensehen. Unser Land wird gefährdet, man spielt mit dem Leben unserer Bürger und wir können uns nur den Angstschweiß abwischen, wenn das ganze Spektakel vorbei ist und nichts passiert ist. Es ist das Schlimmste zu befürchten. Wir halten das für absolut verantwortungslos. Das ist der Hauptgrund, warum wir diesen G8-Gipfel in dieser Situation ablehnen, weil das Land in seiner Verfassung gar nicht in der Lage ist, auch nur die aller kleinsten Sicherheitsstandards zu erfüllen und unsere Bevölkerung zu schützen. Wir spielen mit dem Leben unserer Bürger und wir machen das nicht mit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/60. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/60 bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung aller anderen Fraktionen im Hause abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Freistellung der Kommunen und Kreise von Kosten im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel, auf Drucksache 5/68.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Freistellung der Kommunen und Kreise von
Kosten im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel
– Drucksache 5/68 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die kommunale Finanzlage in Mecklenburg-Vorpommern verschlechtert sich zusehends. Zusätzliche Mehrbelastungen erwarten vor allem die direkt betroffenen Kommunen, Rostock, die Landkreise Güstrow und Bad Doberan. Diese stellen die Kommunen, von den ohnehin schon enormen Schulden mal abgesehen, vor riesige Finanzprobleme. So ist für meine Heimatstadt Rostock in diesem Jahr allein ein strukturelles Defizit von 78 Millionen Euro vorgesehen. Die Kommunen sind mit den eigenen Ausgaben völlig ausgelastet beziehungsweise überlastet. Und nun sollen ihnen noch zusätzliche Kosten aufgedrückt werden, nur weil im Juni 2007 die Regierungschefs der selbsternannten Elitenationen in der weißen Stadt am Meer residieren wollen?!

Ja, meine Damen und Herren, es wird munter weitergeträumt. Vielleicht sieht sich ja schon irgendein deutsches Oberhaupt mit Putin am Ostseestrand oder Wodka schlüpfend am Kamin der putinschen Villa. Wer weiß!

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen – das haben wir heute hier auch schon öfter mal gehört –, denn nur durch Steuererhöhungen können Schulden abgebaut werden. Wirtschaftspolitisch ist dies jedoch das falsche Signal. Sie machen Mecklenburg-Vorpommern nicht nur unattraktiver für Neuansiedlungen von Unternehmen, nein, Sie gefährden bereits vorhandene Arbeitsplätze.

Ja, meine Damen und Herren, nicht die NPD, wie Sie es ja auch so gerne behaupten, ist schuld am Fehlen der Infrastruktur,

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

nein, Sie selber mit Ihrer verantwortungslosen Politik, die Sie seit Jahren betreiben.

Wir wissen alle, dass die kommunalen Ausgaben den Einnahmen davonrennen. Umso absurder ist es, die betroffenen Landkreise jetzt erneut zu beuteln. Diese Vorgehensweise dürfen wir nicht hinnehmen. Vor allem dürfen wir den Versuch nicht auch noch honorieren, indem wir als der Klügere nachgeben und zahlen beziehungsweise zustimmen, was der Bund halt zahlen müsste. Vielleicht sind Sie einfach nur dumm genug zu glauben, Sie seien die Klügeren. Dieses Geld fehlt schließlich bei der Erfüllung anderer kommunaler Aufgaben und es könnte der Eindruck entstehen, dass das Land sich nach Belieben weiterer Pflichten entzieht in der Hoffnung, die Kommunen werden das schon machen. So sieht seriöse Haushaltspolitik für kommende Generationen nicht aus. Es ist unverantwortlich, den Kommunen ihre Verschuldung vorzuwerfen und ihnen zeitgleich die G8-Kosten aufzuhalsen. Sie alle in diesem Hause wissen das. Aber ohne uns! Wir spielen Ihr falsches Spiel nicht mit.

Inzwischen wissen wir alle, dass Herr Ringstorff und auch Herr Seidel in ihrem Wahlkampf nicht mit offenen Karten spielten. Sie waren zu feige, dem Wähler die Möglichkeit zu geben zu sagen, was sie von einem Gipfel halten, der von Tag zu Tag immer größere Ausmaße annimmt. Angesichts maroder Haushalte, langer Warteschlangen vor den Arbeitsämtern, sanierungsbedürftiger Schulen, sinkender Geburtsraten, verwaisender Landstriche sollte Ihnen allen klar sein, dass wir akute eigene Probleme haben, zu denen wir uns nicht noch ein Klassentreffen der Wirtschaftsmächte auflasten müssen. Kaffeekränzchen für globale Machtpolitiker und Weltpolitik fallen nicht in die Zuständigkeit Mecklenburg-Vorpommerns und seiner Kommunen. Wir sind zuerst den Menschen in diesem Land verpflichtet. George Bush und seine Kumpels können sich am Ende einer langen Schlange anstellen.

Herr Löttge, Sie haben recht, wenn Sie heute von Verantwortung sprechen. Wir haben die Verantwortung für dieses Land und danach sollten wir auch handeln. Demzufolge sind die Kommunen von den Kosten für das große G8-Spektakel freizustellen.

Und, Herr Schlotmann, es war ja klar, dass von Ihnen wieder mal was kommt.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, damit werden Sie leben müssen.)

Wir werden auch noch, glaube ich, hier richtig dicke Kumpels.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Das wäre das Letzte!)

Sie meinen und glauben wirklich und behaupten immer, Sie wissen alles und Sie kennen uns, Sie wollen uns, Sie sagen es ja fast jedes Mal, wenn Sie hier vorne stehen, Sie wollen uns so gerne demaskieren.

(Volker Schlotmann, SPD: Das gefällt Ihnen nicht.)

Herr Schlotmann, glauben Sie mir, das ist alles echt. Ich trage keine Maske, ich bin weder ein Wolf – wobei dies nichts Negatives ist,

(Volker Schlotmann, SPD: Das habe ich mir gedacht.)

weil diese Tiere sehr sozial eingestellt sind –,

(Volker Schlotmann, SPD: Das habe ich mir gedacht.)

auch trage ich keinen Schafspelz. Aber ich nehme Ihnen Ihre Unwissenheit gar nicht übel. Woher soll es denn auch kommen?!

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Schlotmann, bezüglich meiner Person haben Sie mir vorgeworfen vorhin, dass ich ja völlig ...

(Jochen Schulte, SPD: Ganze Sätze!)

Kommt noch, kommt noch.

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Aufschreiben! Das hat Herr Marx nicht vorformuliert. – Udo Pastörs, NPD: Wir schreiben unsere Reden selber. – Angelika Peters, SPD: Das merkt man manchmal.)

Sie hatten mir ja den Vorwurf gemacht, dass ich mich angeblich auch in der Vergangenheit bewege, und haben mir ein Zitat von der Parteiseite der NPD hier vorgehalten, wahllos irgendwie etwas herauszitiert, wo ich mich irgendwo in der Vergangenheit geäußert habe. Das war nicht irgendwo, das kann ich Ihnen genau sagen, das war zum Volkstrauertag. Weil Sie mir vorgeworfen haben, dass ich ja zukunftsorientiert ...

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Syntax! Syntax! – Volker Schlotmann, SPD: Sie haben noch nicht mal richtig zugehört.)

Nee, Sie haben gar nicht begriffen, wovon ich gestern gesprochen habe, Herr Schlotmann.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie reden wieder über irgendwas, was Sie gar nicht verstehen. – Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Nee.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Lüssow, bitte sprechen Sie zur Sache.

(Volker Schlotmann, SPD: Ich dachte, Ihnen wäre noch zu helfen.)

Bürger Lüssow, NPD: Ich habe gestern gesagt, dass die Jugend und ich die Schnauze voll haben von diesem Schuldkult, den Sie hier verbreiten.

(Volker Schlotmann, SPD: Ich habe nicht Sie zitiert.)

Und nichts anderes steht in der Rede.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Sie haben mich ...

(Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen sich die Mühe geben, auch zuzuhören, Herr Lüssow, auch wenn Sie uns verachten.)

Ich gebe mir die Mühe. Sie sollten das vielleicht auch mal tun.

(Volker Schlotmann, SPD: Wenn Sie so etwas machen wie hier gerade, dann müssen Sie genau zuhören, genau und richtig zitieren. Dann haben Sie das Recht, das zu tun. Aber das tun Sie so nicht und dann haben Sie das Recht nicht dazu.)

Ich habe genau zugehört.

(Volker Schlotmann, SPD: Nee, anscheinend nicht.)

Na, das wird das Protokoll ja zeigen.

(Heike Polzin, SPD: Genau.)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

Raimund Borrmann, NPD: Frau Präsidentin! Abgeordnete des Landtages! Ich möchte Ihnen den vorliegenden Antrag der NPD-Fraktion auf Freistellung der Kommunen und Kreise von Kosten im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel noch unter einem anderen Gesichtspunkt begründen.

Erstens. Gemäß Artikel 73 Nummer 1 des Grundgesetzes hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung gegenüber auswärtigen Angelegenheiten.

Zweitens. Der Bund hat diese ausschließliche Gesetzgebung seiner Legislative durch Einrichtung exekutiver Gewalten ausgeformt.

Drittens. Diese exekutiven Gewalten sind für alle auswärtigen Angelegenheiten ausschließlich zuständig und tragen dafür ausschließlich die Letztverantwortung.

Viertens. Zwar obliegt nach Artikel 30 Grundgesetz einerseits dem Land Mecklenburg-Vorpommern die Ausübung staatlicher, auch bundesstaatlicher Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen, auch bundesstaatlichen Aufgaben, wozu unter anderem auch die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung innerhalb und außerhalb der Heiligendammer Mauer gehören. Andererseits liegt das für 2007 einberufene G8-Treffen nach Heiligendamm ungeachtet des Tagungsortes in der ausschließlichen Kompetenz des Bundes, da es sich um eine auswärtige Angelegenheit in Bezug auf auswärtige Mächte handelt. Dies wird auch durch die Standards für den Sicherheitszaun erhärtet, die der Bund dem Land vorgab und über die wir nicht diskutieren können.

Fünftens. Das G8-Treffen und die aus ihm entstehenden Kosten sind nach unserer Rechtsauffassung ausschließlich aus der Bundeskasse zu liquidieren, sofern Bundesländer nicht von sich aus freiwillig einen finanziellen Beitrag zu leisten bereit sind – wie in unserem Falle die von der Landesregierung zugesagten 10 Millionen Euro.

Sechstens. Die Kosten für den G8-Gipfel sind nach unserer Rechtsauffassung auch nicht im Rahmen von Amtshilfen und gegenseitigen Vereinbarungen der Bundesländer untereinander vom Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und seinen Körperschaften zu tragen, da diesbezügliche Fälle, etwa der Castortransport, Kompetenzbereiche berühren, in denen die Länder zumindest ein Mitspracherecht geltend machen können oder diese Tatbestände zum unmittelbaren Nutzen der inneren Angelegenheiten der Bundesländer und der inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland zu zählen sind. Ein unmittelbarer Nutzen des G8-Treffens für die inneren Angelegenheiten ist von der Landesregierung nicht nachgewiesen worden. Der Ministerpräsident sprach nur von optimistischen Aussichten.

Siebtens. Als das Grundgesetz 1948 verkündet wurde, dachte kein Mensch an ein Gipfeltreffen, bei dem eine deutsche Regierung Gastgeber sein könnte. Im Lichte dessen sollte das Grundgesetz neu interpretiert werden.

Achtens. Aus diesen Gründen sollten alle durch den G8-Gipfel entstehenden Kosten einzig und allein vom Bund getragen werden.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ist das hier eine Märchenstunde oder was?)

Neuntens. Eine Belastung der Landes- und Kommunkassen durch den G8-Gipfel liegt nicht im Interesse des Landes und sollte daher konsequent abgelehnt werden.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/68. Wer dem NPD-Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/68 bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Gegenstimmen aus SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Absage der Ausrichtung des G8-Gipfels gegenüber der Bundesregierung, auf Drucksache 5/69.

**Antrag der Fraktion der NPD:
Absage der Ausrichtung des G8-Gipfels gegenüber der Bundesregierung
– Drucksache 5/69 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aus Gründen, die zu kritisieren mir keinesfalls und unter keinen Umständen zusteht, wurde meinem Kollegen Stefan Köster das Wort entzogen, sodass ich jetzt für ihn spreche. Ich hoffe, ich halte mich hier eine Weile.

(Angelika Peters, SPD: Ihre Chance!)

Bereits im November bei der Ersten Lesung des Nachtragshaushaltes haben wir den Dringlichkeitsantrag

gestellt, dass die Landesregierung aufgefordert werde, die Ausrichtung des G8-Gipfels gegenüber der Bundesregierung abzusagen, wenn nicht bis zum 30.11.2006 eine Verwaltungsvereinbarung zur Übernahme der wesentlichen Kosten für den G8-Gipfel durch den Bund vorgelegt werde. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. Kurz darauf haben Vertreter der SPD-Fraktion vor den Medien angekündigt, dass sie sich alle Optionen offenhalten würden. Alle Optionen heißt übrigens, auch die NPD-Option, also die SPD hat sich auch eine NPD-Option offengehalten – alle Optionen.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das glauben Sie aber auch bloß.)

Sie hat sie leider nicht genutzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann
ich mir nicht gut vorstellen.)

Logisch, denklogisch schon.

Leider hat sie sie nicht genutzt und Herr Koslik von der „Schweriner Volkszeitung“ hat das folgendermaßen beschrieben, das Verhalten der SPD: „Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet.“

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Damit hat die „Schweriner Volkszeitung“ natürlich demokratische Politiker verunglimpft und das bringt sie wahrscheinlich jetzt direkt in den Verfassungsschutzbericht. Tut mir leid für die armen Leute!

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Herr Koslik hält das aus.)

Wie sieht es jetzt aus? Mecklenburg-Vorpommern hat kapituliert. 24 Millionen Euro, also genauso viel, wie zuvor veranschlagt, wird der Bund von den Gesamtkosten des Globalisierungsgipfels übernehmen. Für Mecklenburg-Vorpommern wird das Elitetreffen, wie auch der NDR feststellt, deutlich teurer als geplant, ein teurer Spaß, den die rot-rote Regierung widerspruchslos über sich kommen ließ und der nun geerbt wird von der rot-schwarzen Koalition.

Die Spekulationen, wie teuer das Spektakel in unserem Land nun werden wird, sind vielschichtig. Summen zwischen 68 bis 100 Millionen Euro sind im Gespräch, als ob es auf die eine oder andere Million nicht ankäme. Nun, meine Damen und Herren der ehemaligen und jetzigen Koalition, Herr Ministerpräsident, geben Sie doch bitte endlich einmal den Menschen hier im Lande zu, dass Sie sich vollkommen verspekuliert haben und Sie mittlerweile den Überblick über die wahre Kostenlast verloren haben!

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Diese neu entdeckte Ehrlichkeit werden Ihnen die Menschen vielleicht zugutehalten.

Der letzte Satz war von meinem Kollegen Köster. Ich würde ihm da widersprechen, ich glaube nicht, dass die Menschen in diesem Land Ihnen noch irgendwas zugutehalten. Ich muss dich leider korrigieren, Stefan.

Aber gerade die Ministerriege hüllt sich in Schweigen. Was die Anhörung anging, da hätte man auch ein Tonband aufstellen können, das immer gesagt hätte: Wissen wir nicht, kriegen wir vielleicht noch raus, ist geheim wegen Sicherheitsfragen. Das kann man sich in Zukunft auch sparen. Die Abgeordneten sollen möglichst unwissend gehalten werden und in diesem Zustand sollen Sie

heute noch eine Entscheidung zu einem Gesetz treffen, obwohl grundlegende Informationen vorenthalten werden.

Ich verstehe immer mehr, was die etablierten Parteien als „parlamentarische Demokratie“ bezeichnen, und es wird immer bewusster, warum viele Staatsrechtler das Verhalten der herrschenden Parteien als demokratisch ein bisschen lückenhaft bezeichnen. Sie haben gestern unserem Abgeordneten Lüssow vorgehalten und geraten, er solle was für seine Bildung tun und das Tagebuch von Anne Frank lesen. Wir empfehlen Ihnen für Ihre Bildung die Bücher von Herrn Professor Hans Herbert von Arnim, der durchaus Demokratiedefizite hier sieht, der ein Buch geschrieben hat mit dem Titel „Das System“.

(Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS:
Wir brauchen keine Leseempfehlung.)

Dieser Begriff „Das System“ soll ja auch rechtsradikal sein,

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Die Überwindung dieses Systems,
wie Sie es anstreben, ist rechtsradikal.)

also kommt der Direktor der Verwaltungshochschule in Speyer jetzt wahrscheinlich auch in den Verfassungsschutzbericht. Tut mir auch leid für den armen Mann!

Den Zustand dieses Staates zu beurteilen und die Ursachen herauszuarbeiten, das ist eine zukunftsweisende Verpflichtung. Zwar obliegt nach Artikel 30 Grundgesetz einerseits dem Land Mecklenburg-Vorpommern die Ausübung staatlicher Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, auch bundesstaatlicher, wozu nun einmal auch die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung innerhalb und außerhalb der Heiligendammer Sperrzone gehören, andererseits liegt das für 2007 nach Heiligendamm einberufene Gipfeltreffen unabhängig vom Tagungsort in der ausschließlichen Kompetenz des Bundes oder sollte es nach unserer Rechtsauffassung sein, da es sich um eine auswärtige Angelegenheit in Bezug auf auswärtige Mächte handelt. Dies wird auch durch den Tatbestand einer Vorgabe mit Weisungscharakter des Bundesministeriums des Inneren bezüglich Standards für den Sicherheitszaun erhärtet, dem sich Mecklenburg-Vorpommern zu unterwerfen hat – wenn das Land es ausrichten will, denn es könnte ja auch sagen, wir richten es nicht aus. Aber ansonsten hieß es in der Anhörung, das sind Vorgaben vom BKA und fertig, keine Nachfragen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Bundesregierung hat zusätzlich auch eine immense moralische Verantwortung gegenüber unserem Land. Dieser Verantwortung will die Bundesregierung nach den Medienberichterstattungen nicht nachkommen, wie es aussieht. Welche Möglichkeiten hat dieser Landtag denn nun? Wir fügen uns dem Bund, kapitulieren. Das können wir machen, aber der Haushalt wird uns dieses Verhalten nicht unbedingt danken. Oder wir sagen einmal Nein und sagen dem Bund, es reicht, wir lassen uns nicht mehr gängeln. Und wenn es keine gemeinsame und faire Finanzierung gibt, dann sollen sie den Gipfel sonst wo ausrichten, bei Herrn Castro oder in einer Raumstation.

Aus Sicht der NPD-Fraktion hat die Bundesregierung jedes Maß einer vertrauensvollen Zusammenarbeit verspielt. Die Bundeskanzlerin halst unserem Land immense Kosten auf. Nach dem Willen der Landesregierung sollen wir uns diesem Verhalten einfach beugen. Die NPD-Frak-

tion ist aber nicht im Landtag, um solches Unrecht zu akzeptieren. Wir alle sind hier, so denken zumindest die Menschen im Lande fälschlicherweise, vermute ich bei vielen, um Schaden vom Land abzuhalten. Dieser Gipfel wird zum Fiasko für Mecklenburg-Vorpommern werden, zumindest finanziell, wer weiß, was noch alles an Terroranschlägen auf uns zukommt. Also stehen wir alle in der Pflicht, diese ungewollte, vom Volk ungewollte Veranstaltung nun auch gegenüber den Vertretern des Bundes abzusagen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Michael Andrejewski, NPD: Ich verzichte. –
Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS: Danke.)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/69. Wer dem NPD-Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/69 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages nach Beendigung dieser Landtagssitzung für 17.55 Uhr ein. Bevor ich die Sitzung schließe, gestatten Sie mir noch einen Hinweis: Der Agrarausschuss findet sich unmittelbar nach Beendigung der jetzigen 9. Sitzung im Raum 357 zu einer Beratung ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.22 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Rudolf Borchert, Jörg Heydorn, Ute Schildt und Toralf Schnur.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern gemäß Artikel 36 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und § 5 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes teilgenommen haben

– Drucksachen 5/94 und 5/101 –

1. Andrejewski, Michael	NPD	35. Müller, Heinz	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	36. Müller, Irene	Die Linkspartei.PDS
3. Baunach, Norbert	SPD	37. Müller, Tino	NPD
4. Bluhm, Andreas	Die Linkspartei.PDS	38. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
5. Borchardt, Barbara	Die Linkspartei.PDS	39. Pastörs, Udo	NPD
6. Borrmann, Raimund	NPD	40. Peters, Angelika	SPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	41. Polzin, Heike	SPD
8. Brodkorb, Mathias	SPD	42. Ratjen, Sebastian	FDP
9. Caffier, Lorenz	CDU	43. Reese, Sigrun	FDP
10. Dankert, Reinhard	SPD	44. Reinhardt, Marc	CDU
11. Fiedler-Wilhelm, Kerstin	CDU	45. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
12. Glawe, Harry	CDU	46. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
13. Grabow, Ralf	FDP	47. Ritter, Peter	Die Linkspartei.PDS
14. Gramkow, Angelika	Die Linkspartei.PDS	48. Roof, Michael	FDP
15. Holter, Helmut	Die Linkspartei.PDS	49. Rühls, Günter	CDU
16. Holznagel, Renate	CDU	50. Schlotmann, Volker	SPD
17. Dr. Jäger, Armin	CDU	51. Schlupp, Beate	CDU
18. Koplin, Torsten	Die Linkspartei.PDS	52. Schubert, Bernd	CDU
19. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	53. Schulte, Jochen	SPD
20. Köster, Stefan	NPD	54. Schwarz, Thomas	SPD
21. Kreher, Hans	FDP	55. Schwebs, Birgit	Die Linkspartei.PDS
22. Kuhn, Werner	CDU	56. Dr. Seemann, Margret	SPD
23. Lenz, Burkard	CDU	57. Seidel, Jürgen	CDU
24. Leonhard, Gino	FDP	58. SELLERING, Erwin	SPD
25. Lietz, Matthias	CDU	59. Stein, Peter	CDU
26. Dr. Linke, Marianne	Die Linkspartei.PDS	60. Dr. von Storch, Henning	CDU
27. Liskow, Egbert	CDU	61. Dr. Tack, Fritz	Die Linkspartei.PDS
28. Lochner-Borst, Ilka	CDU	62. Tegtmeier, Martina	SPD
29. Löttge, Mathias	CDU	63. Dr. Timm, Gottfried	SPD
30. Lück, Regine	Die Linkspartei.PDS	64. Timm, Udo	CDU
31. Lüssow, Birger	NPD	65. Vierkant, Jörg	CDU
32. Měšťan, Gabriele	Die Linkspartei.PDS	66. Waldmüller, Wolfgang	CDU
33. Dr. Methling, Wolfgang	Die Linkspartei.PDS	67. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
34. Müller, Detlef	SPD		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl des Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ teilgenommen haben

– Drucksachen 5/98 und 5/102 –

1. Andrejewski, Michael	NPD	34. Müller, Detlef	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	35. Müller, Heinz	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	36. Müller, Irene	Die Linkspartei.PDS
4. Bluhm, Andreas	Die Linkspartei.PDS	37. Müller, Tino	NPD
5. Borchardt, Barbara	Die Linkspartei.PDS	38. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Borrmann, Raimund	NPD	39. Pastörs, Udo	NPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	40. Peters, Angelika	SPD
8. Brodkorb, Mathias	SPD	41. Polzin, Heike	SPD
9. Caffier, Lorenz	CDU	42. Ratjen, Sebastian	FDP
10. Dankert, Reinhard	SPD	43. Reese, Sigrun	FDP
11. Fiedler-Wilhelm, Kerstin	CDU	44. Reinhardt, Marc	CDU
12. Glawe, Harry	CDU	45. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Grabow, Ralf	FDP	46. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
14. Gramkow, Angelika	Die Linkspartei.PDS	47. Ritter, Peter	Die Linkspartei.PDS
15. Holter, Helmut	Die Linkspartei.PDS	48. Roof, Michael	FDP
16. Holznagel, Renate	CDU	49. Rühs, Günter	CDU
17. Dr. Jäger, Armin	CDU	50. Schlotmann, Volker	SPD
18. Koplín, Torsten	Die Linkspartei.PDS	51. Schlupp, Beate	CDU
19. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	52. Schubert, Bernd	CDU
20. Köster, Stefan	NPD	53. Schulte, Jochen	SPD
21. Kreher, Hans	FDP	54. Schwarz, Thomas	SPD
22. Kuhn, Werner	CDU	55. Schwebs, Birgit	Die Linkspartei.PDS
23. Lenz, Burkard	CDU	56. Dr. Seemann, Margret	SPD
24. Leonhard, Gino	FDP	57. SELLERING, Erwin	SPD
25. Lietz, Matthias	CDU	58. Stein, Peter	CDU
26. Dr. Linke, Marianne	Die Linkspartei.PDS	59. Dr. von Storch, Henning	CDU
27. Liskow, Egbert	CDU	60. Dr. Tack, Fritz	Die Linkspartei.PDS
28. Lochner-Borst, Ilka	CDU	61. Tegtmeier, Martina	SPD
29. Löttge, Mathias	CDU	62. Dr. Timm, Gottfried	SPD
30. Lück, Regine	Die Linkspartei.PDS	63. Timm, Udo	CDU
31. Lüssow, Birger	NPD	64. Vierkant, Jörg	CDU
32. Měšťán, Gabriele	Die Linkspartei.PDS	65. Waldmüller, Wolfgang	CDU
33. Dr. Methling, Wolfgang	Die Linkspartei.PDS	66. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ teilgenommen haben

– Drucksachen 5/99 und 5/108 –

1. Andrejewski, Michael	NPD	34. Müller, Detlef	SPD
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	35. Müller, Heinz	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	36. Müller, Irene	Die Linkspartei.PDS
4. Bluhm, Andreas	Die Linkspartei.PDS	37. Müller, Tino	NPD
5. Borchardt, Barbara	Die Linkspartei.PDS	38. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
6. Borrmann, Raimund	NPD	39. Pastörs, Udo	NPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	40. Peters, Angelika	SPD
8. Brodkorb, Mathias	SPD	41. Polzin, Heike	SPD
9. Caffier, Lorenz	CDU	42. Ratjen, Sebastian	FDP
10. Dankert, Reinhard	SPD	43. Reese, Sigrun	FDP
11. Fiedler-Wilhelm, Kerstin	CDU	44. Reinhardt, Marc	CDU
12. Glawe, Harry	CDU	45. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Grabow, Ralf	FDP	46. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
14. Gramkow, Angelika	Die Linkspartei.PDS	47. Ritter, Peter	Die Linkspartei.PDS
15. Holter, Helmut	Die Linkspartei.PDS	48. Roof, Michael	FDP
16. Holznagel, Renate	CDU	49. Rühs, Günter	CDU
17. Dr. Jäger, Armin	CDU	50. Schlotmann, Volker	SPD
18. Koplin, Torsten	Die Linkspartei.PDS	51. Schlupp, Beate	CDU
19. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	52. Schubert, Bernd	CDU
20. Köster, Stefan	NPD	53. Schulte, Jochen	SPD
21. Kreher, Hans	FDP	54. Schwarz, Thomas	SPD
22. Kuhn, Werner	CDU	55. Schwebs, Birgit	Die Linkspartei.PDS
23. Lenz, Burkard	CDU	56. SELLERING, Erwin	SPD
24. Leonhard, Gino	FDP	57. Stein, Peter	CDU
25. Lietz, Matthias	CDU	58. Dr. von Storch, Henning	CDU
26. Dr. Linke, Marianne	Die Linkspartei.PDS	59. Dr. Tack, Fritz	Die Linkspartei.PDS
27. Liskow, Egbert	CDU	60. Tegtmeier, Martina	SPD
28. Lochner-Borst, Ilka	CDU	61. Dr. Timm, Gottfried	SPD
29. Löttge, Mathias	CDU	62. Timm, Udo	CDU
30. Lück, Regine	Die Linkspartei.PDS	63. Vierkant, Jörg	CDU
31. Lüssow, Birger	NPD	64. Waldmüller, Wolfgang	CDU
32. Měšťan, Gabriele	Die Linkspartei.PDS	65. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
33. Dr. Methling, Wolfgang	Die Linkspartei.PDS		

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl von Mitgliedern in den Landesrundfunkausschuss der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern (LRZ) für die vierte Amtszeit teilgenommen haben

– Drucksache 5/72 –

1. Andrejewski, Michael	NPD	33. Dr. Methling, Wolfgang	Die Linkspartei.PDS
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	34. Müller, Detlef	SPD
3. Baunach, Norbert	SPD	35. Müller, Heinz	SPD
4. Bluhm, Andreas	Die Linkspartei.PDS	36. Müller, Irene	Die Linkspartei.PDS
5. Borchardt, Barbara	Die Linkspartei.PDS	37. Müller, Tino	NPD
6. Borrmann, Raimund	NPD	38. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	39. Pastörs, Udo	NPD
8. Brodkorb, Mathias	SPD	40. Peters, Angelika	SPD
9. Caffier, Lorenz	CDU	41. Polzin, Heike	SPD
10. Dankert, Reinhard	SPD	42. Reese, Sigrun	FDP
11. Fiedler-Wilhelm, Kerstin	CDU	43. Reinhardt, Marc	CDU
12. Glawe, Harry	CDU	44. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
13. Grabow, Ralf	FDP	45. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
14. Gramkow, Angelika	Die Linkspartei.PDS	46. Ritter, Peter	Die Linkspartei.PDS
15. Holter, Helmut	Die Linkspartei.PDS	47. Roof, Michael	FDP
16. Holznagel, Renate	CDU	48. Rühs, Günter	CDU
17. Dr. Jäger, Armin	CDU	49. Schlotmann, Volker	SPD
18. Koplin, Torsten	Die Linkspartei.PDS	50. Schlupp, Beate	CDU
19. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	51. Schubert, Bernd	CDU
20. Köster, Stefan	NPD	52. Schulte, Jochen	SPD
21. Kreher, Hans	FDP	53. Schwarz, Thomas	SPD
22. Kuhn, Werner	CDU	54. Schwebs, Birgit	Die Linkspartei.PDS
23. Lenz, Burkard	CDU	55. SELLERING, Erwin	SPD
24. Leonhard, Gino	FDP	56. Stein, Peter	CDU
25. Lietz, Matthias	CDU	57. Dr. von Storch, Henning	CDU
26. Dr. Linke, Marianne	Die Linkspartei.PDS	58. Dr. Tack, Fritz	Die Linkspartei.PDS
27. Liskow, Egbert	CDU	59. Tegtmeier, Martina	SPD
28. Lochner-Borst, Ilka	CDU	60. Dr. Timm, Gottfried	SPD
29. Löttge, Mathias	CDU	61. Timm, Udo	CDU
30. Lück, Regine	Die Linkspartei.PDS	62. Vierkant, Jörg	CDU
31. Lüssow, Birger	NPD	63. Waldmüller, Wolfgang	CDU
32. Měšťan, Gabriele	Die Linkspartei.PDS	64. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD